

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 30. Januar 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement: Preis volumetrisch: Vierteljahr 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Wochenspiegel 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (mit das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

Ercheint täglich außer Montags.

Kampfsoll-Tarife.

Nachdem schon in den letzten Tagen österreichische Blätter allerlei kleine Ergänzungen zu den Mitteilungen der Ministerpräsidenten von Czell und Koerber über den Ausgleichs-Zolltarif gebracht hatten, sind gestern endlich sowohl dem österreichischen als dem ungarischen Abgeordnetenhaus die Gesetzentwürfe über die sogenannte Fortdauer der wirtschaftlichen Gemeinschaft zwischen beiden Reichshälften zugegangen, darunter auch die Bestimmungen über die Verlängerung des beiderseitigen Zoll- und Handelsbündnisses sowie der neue Zolltarif-Entwurf. Die vielen Vermutungen, die in den letzten beiden Wochen, seit die Herren Hofmann Czell und Koerber in den Abgeordnetenhäusern zu Budapest und Wien zuerst das Ergebnis ihrer Ausgleichsverhandlungen mitgeteilt, über das Verhältnis der neuen Agrar- zu den Industriezöllen durch die Zeitungen liefen, sind nun erledigt. Die Richtung der Handelspolitik, welche die Regierung einzuschlagen gedankt, ist klar ersichtlich. Leider nur wird durch den Tarif bestätigt, was schon aus den früheren ministeriellen Mitteilungen zu erhellen war: daß die Kosten der Fortsetzung der „wirtschaftlichen Gemeinschaft“ zwischen Oesterreich und Ungarn erstens aufgelassen werden sollen, daß also Ungarn bei den Ausgleichsverhandlungen recht günstig abgehandelt hat, und Herr von Czell mit Recht vor vierzehn Tagen selbstbewußt im ungarischen Abgeordnetenhaus erklären konnte: „Ich habe versprochen, in der Schlussbilanz der Vereinbarung solle der gegenwärtige Zustand für Ungarn nicht verschlechtert werden. Und ich kann behaupten, er ist nicht verschlechtert worden... Mag das Haus die Bilanz ziehen; ich werde mich jedem objektiven, unbefangenen Urteil unterwerfen!“

Und ferner bestätigt sich, daß der neue österreichisch-ungarische Tarif zu einem genaueren Gegenstück des deutschen Zolltarifs geworden ist, das nach dem Grundsatz: „Gauß Du meinen Nachbarn, hau' ich Deinen Nachbarn“, eine Reihe der wichtigsten Artikel, die Deutschland bisher nach Oesterreich-Ungarn ausführte, mit beträchtlichen Zollerhöhungen bedient — eine Folge, die allerdings vorauszusetzen war, denn Handelsverträge sind Handels-geschäfte und nichts ist leichter als gegen „Kompensationszölle“ zu finden. Die naive Versicherung der Kardorfer und Konforten im Reichstage, daß man mit der Ueberwindung der Zollforderungen nur beabsichtige, Objekte zum Abhandeln zu schaffen, führt natürlich dazu, daß auch die Gegenseite diese Praxis der höheren Schächermacherei befolgt und von vornherein ihren Tarif aufs Abdingen einrichtet. Neben den Minimalzöllen für Getreide finden wir denn auch in Anlehnung an den deutschen Tarif jene weitgehenden Specialisierungen wieder, die dem heute gültigen österreichischen Tarif völlig fehlt.

Die Zahl der Zollpositionen ist von 357 auf 658 Nummern ge-
stiegen; so umfaßt z. B. die Tarifklasse „Eisen und Eisenwaren“ jetzt 60, bisher dagegen nur 18 Nummern, die Tarifklasse „Uedde Metalle und Waren daraus“ jetzt 38, bisher 9 Nummern, die Tarif-
klasse „Chemische Produkte z.“ jetzt 38, früher 20 Nummern.

Die wichtigsten der neuen landwirtschaftlichen Zölle sind:

	Neuer Zollfuß	Bisheriger Zollfuß
Weizen und Spelz pro 100 Kilogr.	7,50	3,57
Roggen	7,00	3,57
Gerste	4,00	1,70
Hafer	6,00	1,70
Rais	4,00	1,10
Hälfenfrüchte	4,50	2,38
Rais	5,40	3,57
Mehl	15,00	8,96
Trauben, auch Weinmaische	40,00	28,81
Zafelobst	20,00	frei
Reines Tafelobst	20,00	11,90
Käse	20,00	11,90
Reines Tafelgemüse	20,00	11,90
Wursten	50,00	11,90
Dorfen	70,00	23,81
Dorfen pro Stück	60,00	35,71
Eiere	30,00	9,00
Milch	30,00	7,14
Lungdich	16,00	7,14
Milch	5,00	3,00
Schafe und Ziegen	2,00	1,00
Schweine unter 120 Kilogr.	12,00	7,14
Schweine über 120 Kilogr.	22,00	7,14
Pferde über zwei Jahre	100,00	23,81
Pferde unter zwei Jahren	50,00	23,81
Geflügel, lebend, pro 100 Kilogr.	8,00	frei
Geflügel, tot	25,00	14,29
Fleisch	30,00	14,29
Fische	20,00	4,76
Eier	8,00	3,50
Donig	28,00	14,00
Milch	60,00	47,00
Butter	35,00	23,81
Schweinefleisch	45,00	38,08

Ihnen reihen sich als die wichtigsten der Industriezölle an:

	Neuer Zollfuß	Bisheriger Zollfuß
Baumwollgarne, einfach und doubliert, von Nr. 12-50	14-38	14,29-33,33
über Nr. 70	38-45	33,33
über Nr. 70	40-43	33,08
dreifach- oder mehrdrähtig	24-57	57,14
Sollgarne:		
Wollgarne	12-48	3,57-42,07
Streichgarne	18-62	23,57
Baumwolle, Wirt- u. Streichwaren	220,20-400	214,29

	Neuer Zollfuß	Bisheriger Zollfuß
Baumwollene Tücher	350-400	350,95
Baumwollene Strickereien	730-800	714,29
Baumwollgewebe	80-103	80-350
Eisenwaren	18	11,90
Wollwaren, Gemebe	200	109,05
Gelatinöse Teppiche	180	119,05
Seidenwaren	1000-1400	952-1190
Schuhwaren	100-145	83,33
Lebendwaren	119-240	59,52-238,10
Eisenwaren:		
Werkzeuge	12-150	9,52-59,52
Reifenwaren	15-115	35,71-119,05
Gehwären	6-40	4,76-20,24
Maschinen:		
Dampfmaschinen z.	20-40	20,24
Textilmaschinen	7-15	7,14-10
Elektrische Maschinen	24-72	20,24-35,71
Andere Maschinen	18-40	11,90-35,71
Instrumente	120-1100	119,05-714
Gold- und Silberarbeiten	1200-3000	714,29
Feerarbeiten	15 Proz. vom Wert	23,81
Liquore	170,00	142,86
Wein in Fässern	60,00	47,62
Wein in Flaschen	75,00	47,62
Schamwein	150,00	119,05

Bergleicht man diese Industriezoll-Erhöhungen mit der Zufuhr Deutschlands nach Oesterreich, so zeigt sich, daß gerade solche Waren getroffen sind, die Deutschland vorwiegend in den letzten Jahren nach Oesterreich-Ungarn geliefert hat. So exportierte z. B. die deutsche Industrie im vorigen Jahre dorthin für 3,58 Milliarden Mark Baumwollgarne, für 11,96 Mill. Mark Wollgarne, für 4,42 Mill. Mark wollene Tücher z., für 3,13 Mill. Mark seidene und halbseidene Tücher und Bänder, für 9,05 Mill. Mark gefärbtes und laiertes Leder, für über 13 Millionen Mark feine und mittelgrobe Chemwaren, für über 21 Millionen Mark Maschinen, für über 7 Millionen Mark Instrumente usw. Alles Artikel, für welche die Zölle beträchtlich erhöht sind, und zwar sind es, wie sich bei genauerer Betrachtung ergibt, nicht die größeren Qualitäten, die Oesterreich zum größten Teil selbst produziert, sondern die bislang aus Deutschland eingeführten mittleren und besseren Sorten, die mit den höchsten Zöllen bedacht worden sind. Das ist die Antwort Oesterreichs auf das Vorgehen Deutschlands! Den ungarischen Agrariern werden, damit ihnen der österreichische Lebensmittelmarkt gesichert bleibt und die drohende Zufuhr aus Serbien, Rumänien, Rußland und Italien abgewartet wird, Verdoppelungen, Verdrei- und Vierfachen der Zölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse eingeräumt, und die österreichischen Industriellen, denen dadurch der Absatz ihrer Fabrikate nach den Balkanstaaten und Italien erschwert wird, erhalten als Entschädigung Zollerhöhungen auf deutsche Industriewaren. Das ist der zwischlächtige Charakter des neuen österreichisch-ungarischen Zolltarifs, der auch was das Bündnis zwischen Agrarismus und Industrialismus auf Kosten der großen konsumierenden Masse anbetrifft, seinem schönen deutschen Vorbild gleicht.

Und ebenso wie Oesterreich-Ungarn hat auch Rußland inzwischen im stillen seine Vorbereitungen getroffen und sein „Witzzeug“ fertiggestellt. Wie der Telegraph meldet, ist auch dort der neue Kampfzolltarif fertig und bereits heute veröffentlicht worden. Als Hauptgrund der Ausarbeitung des Tarifs wird das Herannahen des Zeitpunkt bezeichnet, in welchem die derzeit gültigen Handelsverträge aufgehoben werden können.

„Der gegenwärtig gültige Generaltarif ist 11 Jahre alt“, heißt es in der offiziellen Meldung, „und dürfte mit den augenblicklichen Bedürfnissen der russischen Industrie nicht mehr übereinstimmen. Wenn der Finanzminister die Umarbeitung des Zolltarifs mit der Epoche der Revision der Handelsverträge zusammenfallen läßt, so folgt er darin dem Beispiele der fremden Staaten, die gerade diese Gelegenheit für angemessen erachtet haben, ihre Generaltarife umzuarbeiten und bedeutenden Abänderungen zu unterziehen, um der nationalen Arbeit erhöhten Schutz zukommen zu lassen. Wenn die Staaten, mit denen Rußland Vertragsverhandlungen wird pflegen müssen, entschlossen sind, neue, den jetzigen Bedürfnissen ihrer Industrie angepaßte Tarife ihren Zugeständnissen bei Vertragsverhandlungen zu Grunde zu legen, mußte auch Rußland sich auf denselben Standpunkt stellen. Nebenbei hat der Finanzminister sich nicht von dem Gedanken einer Erhöhung der Zölle um jeden Preis leiten lassen, um sich ein Mittel zu schaffen, die Länder, mit denen Rußland Vertragsverhandlungen zu pflegen haben wird, zu Konzessionen zu zwingen. Die Finanzverwaltung hat sehr wohl gewußt, daß durch eine künstliche Erhöhung der Zölle sich niemand irreführen lassen würde, daß ein solcher Schritt vielmehr dem Lande selbst schaden könnte. Denn wenn man nicht zum Abschluß neuer Verträge gelangen sollte, würde man gestungen sein, die höchsten Zollfüße anzuwenden, worunter das Land selbst am meisten leiden würde. Die Umarbeitung des russischen Zolltarifs ist mit größter Sorgfalt geschehen. Die Zollerhöhungen erstrecken sich durchaus nicht auf den ganzen Tarif, man hat vielmehr erkannt, daß für eine ganze Anzahl von Artikeln die gegenwärtigen Zölle die heimische Industrie hinreichend schützen. Andre Abänderungen des Tarifs bestehen in anderer Klassifikation und in größerer Specialisierung der Waren. Eine Besonderheit des neuen Gesetzes besteht darin, daß es keine Bestimmung über sein Inkrafttreten enthält.

Mit Rücksicht auf die Lage, in welcher sich Rußland durch die bestehenden Handelsverträge befindet, wird der Finanzminister wegen des Datums des Inkrafttretens und wegen der

Mobilitäten für die Anwendung des neuen Tarifs erst die Entscheidung des Kaisers einholen. Es bestehen in Rußland zwei Tarife: der General- und der Konventional-Tarif. Der Konventionaltarif enthält alle die Artikel des Generaltarifs, für welche die Zollfüße festgelegt sind, sei es, daß sie eine Reduktion erfahren, sei es, daß sie keinerlei Abänderung erfahren haben. Da kein Land, mit alleiniger Ausnahme Bulgariens, von dem Rechte, die Verträge am 31. Dezember vorigen Jahres zu kündigen, Gebrauch gemacht hat, kann der neue Zolltarif in denjenigen Fällen, welche den jetzt gültigen Konventionaltarif ersetzen sollen, unter keinen Umständen vor Ablauf eines vollen Jahres von heute ab in Kraft treten. Dasselbe gilt für diejenigen Artikel des Tarifs, für welche die Zollfüße zwar nicht festgelegt sind, die aber mit andern Artikeln in Verbindung stehen, für welche das der Fall ist. So könnten z. B. die Zollfüße für Kupfer, obgleich dieselben keinerlei Vertragsbestimmungen unterliegen, nicht erhöht werden, so lange die Zollfüße für die verschiedenen Waren aus Kupfer festgelegt sind.

Im normalen Verlauf der Dinge wäre es unzweifelhaft am besten, das Inkrafttreten des neuen Tarifs mit dem Ablauf der bestehenden Handelsverträge oder mit dem Ablauf neuer Verträge zusammenfallen zu lassen. Im ersten Fall würde der Tarif so wie er ist zur Anwendung gelangen können; im zweiten Falle würde er unter all den Vorbehalten in Kraft treten, welche in den neuen Tarifen festgelegt sind. Es gehört aber nicht zu den Unmöglichkeiten, daß Umstände eintreten, durch welche der Finanzminister sich gezwungen sehen könnte, schon vor Ablauf der alten Verträge von dem ihm zugewilligten Rechte, den Kaiser um Genehmigung zur Anwendung des neuen Tarifs zu bitten, Gebrauch zu machen. Der Finanzminister könnte zu diesem Schritt bewogen werden, sei es aus rein fiskalischen Erwägungen, sei es durch die Notwendigkeit, diesem oder jenem Industriezweig einen wirksamen Schutz angedeihen zu lassen, sei es schließlich durch Maßregeln, welche vom Auslande bezüglich der russischen Einfuhr ergriffen würden.“

Als Ergänzung zu diesen Mitteilungen wird vom „Russischen Handels-Telegr.-Bureau“ hinzugefügt:

„In dem neuen Zolltarif sind eine Anzahl Paragraphen unverändert geblieben. Bei vielen Waren, unter andern bei Eisen, Maschinen, einigen elektrischen Apparaten und bei Galanteriewaren sind die Zollfüße differenziert je nach dem Einfuhrungsmodus zu Wasser oder über die Landgrenze. In der Metallbranche ist die Specialisierung der einzelnen Artikel besonders stark bei Draht, Maschinen und elektrischen Apparaten. Für die Erzeugnisse der Eisenbranche und für Eisen selbst sind die Zollfüße ungefähr anderthalbmal höher als bisher und bei der Einfuhr über die Landgrenze tritt noch ein Zuschlag von ungefähr 20 Prozent hinzu. Die Zölle für Chemikalien und Galanteriewaren sind um das Anderthalbfache erhöht, diejenigen für Baumwolle sind unverändert geblieben.“

Also werden auch in dem russischen Tarif speziell die deutschen Artikel mit Zollerhöhungen bedacht, denn Eisenwaren, Maschinen, Galanteriewaren und Chemikalien sind die Hauptprodukte, die bisher aus Deutschland in das zaristische Reich eingeführt wurden; und damit darüber kein Zweifel bleibt, gegen was sich der neue Kampfzolltarif richtet, wird als Besonderheit hinzugefügt, daß die Eingänge über die Landgrenze gegenüber den per Schiff eingehenden Waren einen zwanzigprozentigen Zuschlag tragen sollen. Das ist deutlich!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Januar.

Die Valsestem-Kandidat

hat am Donnerstag ihren programmatischen Abschluß gefunden. Es fanden sich 105 Abgeordnete, die dem Grafen Valsestem ihre Stimme gaben. 80 Stimmzettel waren unbeschrieben; sie stammten von unserer Partei, den freisinnigen Gruppen und ein paar Polen her. Dies demonstrative Mißtrauensvotum wäre noch umfangreicher ausgefallen, wenn die Wänke der freisinnigen Volkspartei besser besetzt gewesen wären, aber das Beispiel, das der Führer der Partei, Herr Richter, im Schwänzen gab, fand nicht unbedeutende Nachfolge. Wieder fand sich der unermessliche Sidold, der dem nie im Hause antretenden Kistwardt seine Stimme gab.

Wie in einem schlechten Hintertreppen-Roman wurde für eine gewisse Spannung dadurch geforgt, daß die Erklärung des Grafen Valsestem, ob er die Wahl annehme, nicht sofort erfolgte. Ein halbes Stündchen war dem Wettstreit noch eingeräumt, dann sah man mitten in die Verhandlung über das Phosphorgefetz hinein den Vizepräsidenten Stolberg zu seinem amtierenden Kollegen Kästing eilen, um ihm die „Neuigkeit“ ins Ohr zu flüstern: er kommt, er ist da, er nimmt an.

In der That, Graf Valsestem hol der nachstehenden Ehrfurcht dieser Wahl in christlicher Ergebung seine Wange. Er fand die 105 Stimmen, die nicht einmal die absolute Mehrheit des Hauses bedeuken, überwältigend genug, um die Komodie seines Widerstandes aufzugeben. Gestützt auf dies Zeichen des unveränderlichen Vertrauens in der Mehrheit trat dieser bescheidenste aller Präsidenten sein Amt von neuem an. Er weiß, daß die Glocke seiner Präsidentschaft einen unheilbaren Sprung hat, aber er meint wohl, daß sie die paar Monate noch halten wird. —

Darauf wurde das gesetzliche Verbot der Verwendung von Phosphor für die Zündholzfabrikation erledigt. Es soll endlich einer der heuchellichsten Industriekampfer, der

flüchtigen Phosphorkreosol, begegnet werden, wie es längst von allen Socialpolitikern und nicht zum mindesten von unsrer Partei verlangt worden ist. Bekanntlich hat der Staat das Patent einer neuen Zündmasse, die den vollkommenen Ersatz des giftigen Phosphors darstellt, erworben und will es allen Zündwarenfabriken ohne Entschädigung zur Verfügung stellen. Aber die Hoffnung, die Graf Pofadowski in seiner einleitenden Rede ausdrückte, daß das Gesetz einstimmig zur Annahme gelangen werde, scheint nicht in Erfüllung zu gehen. Es arbeiten sich bereits aus dem bürgerlichen Lager die Stimmen, die von dem ungeheuren Eingriff in eine blühende Privatindustrie — ihre Blüte beruht auf der schieflichen Entstellung und dem vorzeitigen Tode der Arbeiterinnen — zu sprechen wagten. Schwächern und weniger schäferm machte sich dieser Widerstand in den Reihen des National-Liberalen Dr. Endemann und der freisinnigen Volksparteier Müller, Weininger und Wiemer bemerkbar. Unfre Genossen Sturm und Reichhaus traten ihnen entgegen. Was sie an dem Gesetze zu tadeln hatten, ist nur die lange Karenzzeit, die den Fabrikanten noch gewährt werden soll, bevor der Phosphor ganz verboten wird. Vielleicht gelangt es der Kommission, an welche die Vorlage verwiesen wurde, diese vierjährige Frist abzurufen.

Dann wurde das Kinderzuschuß-Gesetz in die zweite Beratung genommen. Die Debatte kam aber über den § 1 nicht hinaus. Unfre Hauptforderungen sind bekanntlich die Ausdehnung des Kinderzuschusses auf die in der Landwirtschaft und im Gesundheitsdienst verwendeten Kinder und der Schutz der Kinder gegen die Ausbeutung durch die eignen Eltern. Die Diskussion entwickelte sich ganz so wie bei der ersten Lesung.

Herr Camp spannte sein Joch vom Gütefragen und Gütemädchen weiter aus, wobei er selbst die Bibel mit ihren Schilderungen des patriarchalischen Hirtenlebens nicht verschonte und lärmte wieder gegen Herrn Agab.

Sturm entwarf das eindringliche naturalistische Gegenbild zu dem verlogenen Gemälde jenes Vorkämpfers für die Ausdehnungsfreiheit der Landwirte und gab eine treffliche Begründung unsrer Forderungen. Auch die Herren Jwid und Nöfke traten für Herrn Agab ein. Herr Jwid will zwar für unsren Antrag, soweit er von der Einbeziehung der Landwirte handelt, stimmen, machte aber doch einen Unterschied zwischen der Landarbeit auf großen Gütern und auf Bauernhöfen. Herr Nöfke will in unbegrenzter socialpolitischer Weisheit für unsern Antrag nicht stimmen, um das ganze Gesetz nicht zu gefährden.

Morgen geht die Debatte weiter. Vorher wird die Besprechung der Polen-Interpellation fortgesetzt.

Die Jollwucherer unter sich.

Im Abgeordnetenhause wurde am Donnerstag eine erbauliche Komödie aufgeführt. Die Jollwucherer a la Herold und Genossen benutzten die Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung dazu, sich mit den Ueberzählern vom Bunde der Landwirte auseinanderzusetzen. Der Anallekt kam aber erst im letzten Akt, als Minister v. Pobjielski auf die Bühne trat und mit recht antikem Heldenmut das Nichtschuß zwischen sich und dem Vande der Landwirte zerschmitt. Dessen „ostmärkischen“ Hämptling er mit gleichem Heldenmut getretet hatte.

Schon in den letzten Tagen hatte der Vorsitzende des Bundes befragt gegen das Centrum und die Regierung gewartet. Es war zu erwarten, daß das Centrum ihm die Antwort nicht schuldig bleiben würde, und so wandte sich denn auch gleich als erster Redner Herr Herold in scharfer Weise gegen die Bündler, die die rheinischen Bauernvereine zu gewinnen suchen und im Lande gegen den neuen Zolltarif agitieren, weil die Sätze desselben ihnen noch nicht hoch genug sind. Nicht etwa, daß Herr Herold nicht auch höhere Agrarzölle haben möchte, aber vorläufig sind ihm die Zölle noch zu sauer, und so wendet er sich denn gegen die, die durch die Parole „Alles oder nichts“ die Landwirte gegen das Centrum mobil zu machen suchen. Ihm schmiedete Freiherr v. Jeditz (H.), der offen zugab, daß der neue Zuckerzoll die Landwirtschaft genügend schütze.

Das nahmen die Bündler natürlich nicht ruhig hin, einer der Hauptlinge nach dem andern marschierte auf, um in mehr oder minder geschickter Weise der Regierung und der regierenden Partei einige Schmehleien zu sagen. Inerst Herr v. Oldenburg, der Freund Pobjielskis, der die Landwirtschaft als stärkstes Bollwerk gegen die Mächte des Umsturzes anpries und es als fraglich erscheinen ließ, ob mit dem neuen Zolltarif günstige Handelsverträge für die Landwirtschaft zu schließen kommen können. Die Möglichkeit mußte er allerdings zugestehen. Nach ihm ergriff Freiherr v. Wangenheim das Wort; er nahm sich besonders den Grafen Pofadowski vor, der ihm das socialdemokratische Element im Schoße der verhassten Regierungen darzustellen scheint. Als Dritten ließen die Bündler ihren Diederich Hahn, ihr Schreckenskind los. Herr Hahn vergriff sich im Manuscript und hielt die Rede, die eigentlich für den Circus Puff bestimmt war. Die Art seines Auftretens erinnerte lebhaft an vergangene Zeiten, wo die Minister den Agrariern „sonst was“ konnten. Neben einem energischen und rücksichtslosen Kampf gegen die Socialdemokratie predigte er die Milderheit zur Dismodation Wirtschaftspolitik, verhängte über Pofadowski den Vorwurf, über Wilow den Keinen Bann, frag Empörung über die „Liebeswürdigkeiten“ zur Schau, die die Regierung nach allen Seiten ausstelt, und erklärte rund heraus, daß er auf Besprechungen vom Ministerisch aus nichts mehr gibt. Dafür mußte er es sich gefallen lassen, daß ihn Herr v. Pobjielski wie einen Schälgen ausblanzelte. So erregt haben wir den Landwirtschaftsminister noch niemals gesehen. Noch geraume Zeit nach Beendigung seiner Strafpredigt redete er mit Mund und Händen während auf seine Kommissare ein, vermutlich um jedem, der noch einmal mit einem Bundesmitglied spricht, die sofortige Disciplinierung anzudrohen.

Allzu ernst darf man den Zwischenfall nicht nehmen. Die Herren von der Linken werden sich ja gewiß wieder der Hoffnung hingeben, daß nun ihre Zeit gekommen sei. Der lebhafteste Beifall, den sie Herrn v. Pobjielski fast nach jedem Satz spendeten, läßt wenigstens darauf schließen. In Wirklichkeit wird hinter den Kulissen bald wieder der Friede zwischen der Regierung und den agrarischen Schreibern geschlossen werden.

Nach Bewilligung des Ministergehalts wurde die weitere Etatsberatung auf Freitag vertagt.

Ein offener Feind.

Es giebt noch ehrliche Leute unter den Konservativen! Im „Reichsboten“ erhält Wilhelm Herr v. d. Rede, wohnhaft zu Lübbede, das Wort zum erfreulich offenherzigen Ausdruck seines alten und unvermindert geliebten Hasses gegen das bestehende Reichstags-Wahlrecht.

Freiherr v. d. Rede erzählt, daß er schon nach Versailles dem Fürsten Blomard eine Drohschüre zugefandt habe, in der eine „Interessenvertretung“ gefordert wurde. Leider habe man seinen Rat nicht befolgt, habe das allgemeine gleiche Wahlrecht eingeführt — „und jetzt, nach 83 Jahren, tragt das junge Reich schon in allen Fugen!“ Damit erklärt der edle Freiherr, für den die Schwächung der Reaktionsmächte anscheinend das Ende Deutschlands bedeutet, weiterhin:

„Ich habe es schon mehrfach denken Männern gegenüber ausgesprochen und scheue mich nicht, es hier öffentlich zu wiederholen: Unser deutscher Gesetzgebungs-Apparat ist geradezu miserabel! Diejenigen, welche am meisten damit zu thun haben, werden dies am wenigsten leugnen können, wenn sie der Wahrheit die Ehre geben wollen.“

Was kann alle Weisheit des Bundesrats und der Minister Heilames zu Stande bringen, wenn in dem einen Gesetzgebungsakte das große Wort führen und die Abstimmungen beeinflussen, welche wohl niemand für besonders geeignet erachtet kann zur entscheidenden Mitwirkung an der Rechtsbildung des Deutschen Reiches. Das ist eine Aufgabe, an welcher nur die gediegensten und gefühnngstüchtigsten Männer der Nation mitarbeiten sollten. Unser Wahlrecht aber läßt es zu, daß nicht bloß ziemlich fragwürdige Geister, sondern sogar Feinde unsrer ganzen Staatsordnung und „Männer der Obstruktion“ und des „Khabarbers“ haufenweise hineinkommen.

Ihre Zahl ist bis jetzt in jeder Wahlperiode gewachsen, und es gehört wohl keine Sehergabe dazu, um zu befürchten, daß sie gerade dieses Jahr mit seinen ungewöhnlich großen Aufregungen besonders stark wachsen werden, zumal wenn das Entgegenkommen, welches diesen Elementen fast unmittelbar nach dem Wabau der letzten Sitzung des Vorjahres in den ersten Sitzungen des neuen Jahres gezeigt wird, in den Wahlagitationen seine Verwendung finden wird. Gewiß wird kein denkender Politiker irgend einer Klasse des deutschen Volkes eine gerechte Mitwirkung an der Rechtsbildung durch gewählte Vertreter ablehnen wollen. Wenn aber die Wahl so verstanden wird, daß der laudiblest Kadaver, der gar keine direkten Steuern zahlt, bei der Gesetzgebung und der Steuerbewilligung ebenso viel gelten soll, wie derjenige, dessen geistiger und materieller Potenz eine sehr viel höhere Geltung von Rechts wegen zukommt, so kann das bei ersterem nur Dunkel und Selbstüberhebung schlimmster Art, und bei letzterem Wahnmut erregen.

Unfre großen und sehr ernstlichen Rechtsbedürfnisse aber können nicht mehr lange auf angemessener Befriedigung warten, wenn der Gesetzgebungsapparat nicht endlich reformiert wird.

Wenn jetzt öfters hervorgehoben wird, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht ein „hochherziges Geschenk der Monarchie an das Proletariat“ sei, so wird dabei doch wohl vergessen, daß die Monarchie nichts zu verlierten hat, sondern daß das allgemeine gleiche Wahlrecht ein Produkt der Gesetzgebung ist, und daß es die „versuchte Pflicht und Sündigkeit“ aller, die bei der Rechtsbildung des jungen Reiches mitwirken den hohen Verantw. haben, ist, es nach Bedürfnis zu reformieren.

Man denke doch, wohin durch dieses vermeintliche Geschenk Frankreich gekommen ist, und was für Unheil es auch bei uns anzurichten im Begriffe steht. Sehet doch um euch, und beobachtet die Symptome bei den Wahlvorbereitungen.“

Unfre Freude an dem gefährlichen Wahlrechtsfeind ist zu groß, als daß wir uns ausführlich bemühen sollten, die Unsinngkeiten des freiheitlichen Geredes zu widerlegen und die Rohheit, die sich darin äußert, zu brandmarken.

Beweisen hat der Freiherr nur eins, daß wenn jemand unwürdig ist der Ehre des allgemeinen gleichen Wahlrechts, so er und seinesgleichen. Er scheint nicht zu wissen, daß die Steuern des Reiches zum weitaus größten Teile von den unmittelbaren Volksklassen aufgebracht werden.

Wir bewillkommen die offene Erklärung des Freiherrn, die dadurch an Bedeutung noch gewinnt, daß der konservative „Reichsbote“ sie an hervortragender Stelle mittelst und durch Stillschweigen ihr sein Einverständnis erteilt.

Im Reichstag sowie in öffentlichen Parteifundgebungen hätten sich die Feinde des Wahlrechts jetzt mit größter Sorgsamkeit vor dem Verkenntnis ihrer Gefühnung. Behufs Einschläferung der Wähler leugnen sie dreist, was doch ihr eifriges Bestreben ist. Da ist es überaus dankenswert, wenn einer kommt und den konservativen Haß gegen das beste Volkrecht vor aller Welt kundgiebt! Wir danken, Herr Freiherr! —

Deutsches Reich.

Die Verlogenheit der konservativen Politiker tritt gelegentlich der vom Reichsanwalt in Aussicht gestellten Sicherung des Wahlgeheimnisses besonders lehrreich zu Tage. Wir haben die heuchlerischen Ausführungen der „Post“, daß durch die gestanzten Vorkehrungen die Dauer der Wahlhandlungen für den Einzelnen verlängert und so einer großen Anzahl von Arbeitern das Wählen verleidet werden könne, bereits sehngelagt. Wir möchten weiter noch anfragen, wie verhält sich denn die „Post“ gegenüber dem umständlichen Verfahren bei den Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhause? Durch den Isolerraum bei der Reichstagswahl dürfte die Anwesenheit des einzelnen Wählers im Wahllokal kaum um eine Minute verlängert werden — während seines Aufenthaltes im Isolerraum kann seine Anwesenheit in der Liste bemerkbar gemacht werden. Dagegen erfordert die Wahl sowohl der Wahlmänner wie der Abgeordneten einen stundenlangen Aufenthalt im Wahllokal. Während das Verfahren bei der Reichstagswahl dem Wähler erlaubt, seinen kurzen Aufenthalt im Wahllokal außerhalb der Arbeitszeit zu nehmen, zwingt die Bestimmung für die preussischen Landtagswahlen die Wähler, zur bestimmten Stunde die Arbeit zu verlassen mit völliger Ungewißheit darüber, wann er sie wieder aufnehmen kann. Wird die „Post“ sich weiden, „dem großen Verlust an Volkseinkommen“ zu begegnen, den die bevorstehende Anteilnahme breiter Volksmassen an den kommenden Landtagswahlen mit sich bringen wird? Oder wünscht die „Post“, daß z. B. die in Tageslicht arbeitenden Bergleute, für deren Beteiligung an der Reichstagswahl sie trotz Ausdehnung der Wahlzeit bis 7 Uhr bei Einführung der Isolerräume zu fürchten vorgeht, sich an der Landtagswahl überhaupt nicht beteiligen dürfen?

Bevorzugt der Brandbarkeit der Isolerräume seien hier noch einmal die europäischen Länder zusammengestellt, in welchen sie sich bereits bewährt haben: England seit 1872, Belgien seit 1877, Ungarn (1879), Rumänien (1884), Norwegen (1884), Holland (1890), Baden (1896). Beachtenswert ist, daß in einzelnen Ländern die Wählerzahl vorgezogen ist, für die mindestens ein Isolerraum vorhanden sein muß, in England 150, in Belgien 100.

Der Kaiser als Schloß- und Grundbesitzer. Eine Korrespondenz berichtet: Am Etat des Finanzministers ist, wie bekannt, ein Posten aufgeführt, der zum Bau eines für den Kaiser bestimmten Residenzschlosses in Posen ausgeworfen ist. Nach Fertigstellung dieses Schlosses wird Wilhelm II. Eigentümer von nicht weniger als 53 Schlössern und Schlossanlagen einschließlich der Jagdschlösser sein. Von diesen befinden sich drei in Berlin. Auf Potsdam und seine Umgebung entfallen nicht weniger als 13. Im Stadtkreis Posen befinden sich drei Schlösser. Ferner gehören dem Kaiser: Das Residenzschloß in Hannover, das Stadtschloß in Stettin, die Schlösser in Wiesbaden, Straßburg i. E., Schwedt an der Oder, Breslau, Celle, Charlottenburg bei Berlin, Freudenwalde an der Oder, Homburg v. d. Höhe, Königsberg i. Pr., Seidingswusterhausen, Osnabrück, Oliva, Koblenz, das Schloß in Krollau, die Jagdschlösser, Schloß Stolzenfels a. Rh., Jagdschloß Rominten, das Schloß Schonhausen, Jagdschloß Braunwald, das Jagdschloß in der Görde, die Burg Jochenstein, Jagdschloß Hubertusstein, das Schloß in Cadinen, das Schloß Jägerhof bei Düsseldorf, Schloß Georgsgarten, die Burg Sornet a. Rh., Jagdschloß Springe, das Schloß zu Bentsch, zu Wehl, das Schloß zu Erdmannsdorf i. Sch., das Jagdschloß Pöhlitz und schließlich kommt noch hinzu das Residenzschloß in Posen.

Geschichtlich der zu manchen dieser Schlösser gehörenden Güter, nennt der Kaiser insgesamt 83 Güter sein eigen. Diese verfügen in Wald und Feld über einen Gesamtumfang von 98 746 Hektar und liefern einen Grundsteuer-Neinertrag von 651 631 M. im Jahre. — Die häufigste bemerkt folgt dem Kaiser im Güterreichtum der Fürst v. Pleh mit 75 Gütern (151 112 Hektar Gesamtumfang und 324 042 M. Grundsteuer-Neinertrag), der Herzog v. Meit mit 52 Gütern (30 742 Hektar Gesamtumfang und 233 701 M. Grundsteuer-Neinertrag), der Herzog von Ratibor mit 51 Gütern (33 096 Hektar; 274 627 M.), und schließlich König Georg von Sachsen, welcher im Königreich Preußen 50 Güter mit rund 31 000 Hektar Gesamtumfang besitzt. —

Der Freisinn in Oldenburg. Aus Oldenburg, 27. Januar, wird uns geschrieben. In der „Freisinnigen Zeitung“ wird in Bezug auf eine Notiz des „Vorwärts“ es als eine „blanke Erfindung“ hingestellt, daß im „Oldenburger Landtag“ zwei freisinnige Volksparteier gegen den Antrag auf Einführung des direkten Wahlrechts gestimmt hätten. Wenn der „Freisinnigen Zeitung“ von hier die gegenteilige Mitteilung gemacht worden ist, so muß man sie als eine „dreiste Ableugnung“ bezeichnen. Die beiden Abgeordneten Althorn, Jettel und Hanen — Oldenburg galten vor ihrer Wahl allgemein als Anhänger der freisinnigen Volkspartei. Der Erstgenannte ist sogar an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Duchtling, welcher seiner Zeit den 2. Oldenburger Wahlkreis im Reichstag bis 1887 bestritten hat und stets ein Anhänger des freisinnigen Mächtigsten Observanz gewesen ist, gewählt worden. Sollen Eugen Richter und die hiesigen Volksparteier ihren früheren Restor der Partei auch von den Reichstagsabgeordneten? Dessen „Freisinn“ war schließlich auch nicht besser als derjenige des nun verlegneten Anhängers. Als vor einigen Jahren im Oldenburger Landtage von ultramontaner Seite die Verlängerung der Medzeit von 15 auf 20 Minuten im Plenum gelegentlich der Revision der Geschäftsordnung beantragt war, da sprach und stimmte der alte Duchtling gegen diesen Antrag. Die „Freisinnige Zeitung“ und ihre hiesigen Hintermänner werden nun sagen, daß die beiden Reichstagsabgeordneten eingetragenen Mitglieder der freisinnigen Volkspartei gewesen seien. Das will aber nicht viel besagen. Partei-Organisationen sind hier so gut wie keine vorhanden; die vorhandenen sind bedeutungslos und aktionsunfähig. Anderswärts nehmen die Herren Volksparteier jeden für ihre Partei in Beschlag, der nicht ausgeprochen nationalliberal ist. Die freisinnige Vereinigung hat hier wenigstens im zweiten Oldenburger Reichstags-Wahlkreis, in welchem Herr Althorn wohnt, keinen Anhang und keine Organisation. —

Zu den neuen Kriegsartikeln für die Marine bemerkt die „Nordd. Allgemeine Zeitung“:

Für die Marine war der Zusatz des Artikels geboten: „Der Soldat soll die Sitten und Gewohnheiten fremder Völker achten und besonders auch die religiösen Gebräuche und Gefühle Andersgläubiger schonen. Er muß stets dessen eingedenk sein, daß nach seinem Verhalten die deutsche Marine und weiterhin das ganze deutsche Volk beurteilt wird.“ Jetzt sollte man wünschen, daß in ähnlichem, abgeändertem Sinne die Kriegsartikel für das Heer ergänzt würden. Jedenfalls aber ist in der Fassung des Artikels 15 der Kriegsartikel für die Marine ein Vorbild in der künftigen Fassung derer für das Heer zu erblicken, indem gelegentlich der Betonung der Pflicht, den Soldaten richtig zu behandeln, hier der Zusatz zu finden ist:

„Der irgend eine Dienstgewalt über andre auszuüben hat, soll durch ruhiges, ernstes und geistesvolles Verhalten die Achtung und das Vertrauen seiner Untergebenen sich zu erwerben suchen. Er darf daher den Untergebenen den Dienst nicht unnötig erschweren und von denselben nur solche Leistungen fordern, welche der Dienst mit sich bringt.“

In diesem Hinweis auf die Pflichten der Vorgesetzten ist ein Mittel zu erblicken, diesen ihre Aufgabe stets klar vor Augen zu stellen und in ihnen das Bewußtsein ihrer ersten sittlichen Pflichten wach zu erhalten. Gleichzeitig wird hierdurch eine Gewähr geboten, daß die Untergebenen mit Lust und Liebe ihrer Pflicht unterziehen.“

Die Vorgänge in China und die ungeheuerlich answeltende Plut der Soldatenmishandlungs-Prozesse scheinen aber doch nicht ganz ohne Einfluß geblieben zu sein! So lange freilich die Urteile der Militärgerichte eine so erschreckende Nachsicht gegen Soldatenhändler bekunden, werden auch die neuen Kriegsartikel nichts nützen!

Strafbare Bildlichkeit. Daß es gefährlich ist, dem Beispiel des Grafen Bülckers zu folgen, hat ein Arbeiter in Klein-Tschirne erfahren müssen.

Nach dem in Glogau erscheinenden „Niederschlesischen Anzeiger“ wurde der Futtermann Josef Riedel aus Klein-Tschirne wegen Verdröhung mit 5 M. Geldstrafe eventuell 1 Tag Gefängnis vom Schöffengericht Glogau belegt, weil er dem Futtermann Reinisch gelegentlich eines Streites in Aussicht gestellt hatte, daß er ihm die Knochen im Leibe entzweischlagen werde.

Der Verteidiger hat, den Angeklagten Riedel freizusprechen, da seine Schuld nicht erwiesen sei, außerdem könne man annehmen, daß die inkriminierte Aeußerung, weil in Klein-Tschirne gesprochen, nur bildlich gemeint sei. Die Verurteilung wurde aber trotz dieses Hinweises — verworfen!

Ein Arbeiter darf eben nicht so bildlich reden wie der Graf!

Die Delegiertenversammlung des bayerischen Centrums

hielt am Mittwoch zwei Parallelversammlungen ab. Beide Lokale waren derartig überfüllt, daß sie polizeilich abgeperrt wurden. In der Versammlung im katholischen Kasino ergriff das Wort der Reichs- und Landtags-Abgeordnete Schädler, der sich zunächst über das Reichsdefizit und die innere Lage verbreitete und später auf die bekannte 100 000-Mark-Angelegenheit zu sprechen kam. Redner fragt, ob man denn glaube, daß der Regent einer solchen Summe bedürfe und kündigt dem Ministerium Graßheim einen scharfen Kampf an. Das bayerische Volk müsse sich dagegen verwahren, daß seine Wünsche und Beschwerden durch einen Filtrierapparat gingen. Die letzte Reichstagsversammlung hätte gezeigt, daß das Centrum den föderativen Charakter des Reiches zu wahren wisse. Wenn der Kaiser von dem Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch mache, so müsse ihm dabei seine Stellung vorschreiben; das können, das dürfen und das wollen wir verlangen, fährt Redner fort, daß hier jene Grenzen eingehalten werden, die sich durch diese besondere Stellung ergeben. Der Kaiser ist und bleibt Kaiser, zumal er unverantwortlich ist und für die Kritik kaiserlicher Reden außerhalb der parlamentarischen Immunität sehr enge Grenzen gezogen sind. Warum hat man den persönlichen Meinungsäußerung zwischen dem Regenten und dem Kaiser durch den Telegraphen verbieten lassen? Wir meinen, daß man persönliche Angelegenheiten auch persönlich behandeln soll. Es ist fraglich, ob nicht der Reichsanwalt in der Verteidigung seines kaiserlichen Herrn zu weit gegangen ist und den Dank für das Telegramm auch auf das Auerbieten ausgedehnt hat. Die Deutsche ist aber ganz besonders gefährlich für den bundesstaatlichen Charakter des Reiches. In der Auslegung des Artikels 11 der Reichsverfassung durch den Kaiser liegt eine große Gefahr für das Reich. Aber das hat Graf Wilow wohl von seinem Vater geerbt, der sich sehr abfällig darüber äußerte, daß man nach 1870 71 Bayern keine Reservatrechte belassen habe. Der Prinzregent brachte in seiner Darlegung seine ideale Auffassung zum Ausdruck und wir brauchen eine solche nicht zu fürchten. Wir sehen da als Vertreter des bayerischen Reichs gegen alle Uebergriffe von oben. Der Sinn der Reichsrede sei nicht das, was im Kopfe des Grafen Wilow enthalten ist, sondern einzig und allein der eines Präsidiums unter Gleichem. Die Rede Schädlers wurde wiederholt von tosendem Beifall unterbrochen. Nach Schädler sprach Dr. Heim über wirtschaftliche Fragen. Sodann wurde

Die Versammlung mit einem Hoch auf den Regenten und die Reichs- und Landtags-Abgeordneten geschlossen.

Nach einer Mitteilung der „M. N.“ soll der bayerische Prinzregent nach der Lesüre des Reichstagsberichts nicht nur seine besondere Freude und Anerkennung über die Rede Wilhows zur Schweinmünder Devesche geäußert, sondern auch den Minister Crailsheim beauftragt haben, hierüber den hiesigen preussischen Gesandten in Kenntnis zu setzen.

Der Prinzregent muß demnach seine Ansicht über die Devesche schnell wieder geändert haben. Denn wie die „Münchener Post“ aus guter Quelle hört, hat das Kaiser-Telegramm ursprünglich außerordentliches Unbehagen hervorgerufen. Die Mißstimmung des Regenten ging damals so weit, daß es nicht nur der Umgebung, sondern auch den nächsten Verwandten des Regenten verboten war, von der unangenehmen Geschichte zu reden. Hierüber hat sich Dr. Schädlcr freilich ausgesprochen! —

Freie Meinungsäußerung im Centrum. Arefeld, 27. Januar. (Fig. Ver.) Eine Versammlung, welche von dem Centrums-Wahlverein für den Wahlkreis N.-Glabbach, den Zollgegnern im Centrum, auf vergangenen Sonntag nach Oberkirch, einem kleinen Industrie-Ort, einberufen und von ca. 1000 Personen besucht war, wurde von der Centrumsleitung gesprengt. Der Redakteur des „Christlichen Hausnach“ in Düsseldorf und ein christlicher Metallarbeiter sollten über die Stellung des Centrums zu den indirekten Steuern referieren; dies war für die Geistlichkeit ein Grund, gegen die Versammlung Stellung zu nehmen. Es erschienen nun auch eine Anzahl irreführender Centrumsanhänger und machten bei der Bureauwahl einen solchen Kärm, daß die Polizei Veranlassung nahm, die Versammlung aufzulösen. Ein bequemes Mittel, die Gegner mundtot zu machen, doch bezweifelnd, daß eine solche Kampfweise den katholischen Arbeitern gegenüber, denn um solche handelt es sich doch, dem Centrum von Vorteil gewesen. Auf jeden Fall mußten es schon ganz Dumme gewesen sein, welche sich durch solche Maximen überzeugen ließen, daß die Haltung der Centrumsfraktion zur Zollfrage eine richtige war. Ein bezeichnendes Licht wirft ein solches Vorgehen auf die Freiheit der Meinungsäußerung in der Partei, für Freiheit, Wahrheit und Recht, wie sich die Centrumpartei nennt. Außerdem läßt die Centrumspresse einen Druck aus, auf die Wirte, welche den betreffenden katholischen Arbeitern und uns ihre Lokale zur Verfügung stellen. Die Wirte werden in der Presse demüthigt, um sie müde zu machen, oder sie geschäftlich zu ruinieren, welche Methode jetzt noch angewandt wird gegen den Wirt in Weydt, welcher am 5. Januar d. J. unsern Genossen seinen Saal zur Verfügung stellte. Ein solches Vorgehen nennt man dann Kampf mit geschäftigen Waffen. —

Früher Ordensbesen. Der rote Adler-Orden 3. Klasse ist am Geburtstage des Kaisers dem Fürsten zu Schönburg-Waldenburg zu Bonn verliehen worden. Dieser Fürst ist, wie die „Volls-Ztg.“ mitteilt, ein junger Mann von zwanzig Jahren, der durch den frühzeitigen Tod seines Vaters schon im Alter von sechs Jahren in den Besitz des Fürstentums und der Besitzungen seiner Familie kam und gegenwärtig bei der Universität in Bonn als studiosus juris immatriculiert ist. Er gehört dem Corps Borussia an. —

Der Maler Allers. Aus Stuttgart wird der „Frankfurter Zeitung“ berichtet: Der Rechtsbeistand des Malers Allers auf Capri hat aus Neapel an die hiesigen Verwandten desselben die Nachricht gelangen lassen, daß der Hartbesehl gegen Allers von dem Staatsanwalt zurückgenommen wurde und das Verfahren eingestellt ist. Wir halten diese Nachricht für nicht glaubwürdig. Die Abscheulichkeiten, die Allers auf Capri gegen Kinder beging, waren erwiesen, als Allers die Flucht ergriff. —

Husland.

Willerand für den Militarismus.

Aus dem Verlauf der großen Militärdebatte am 23. Januar verdient noch eine Episode nachgetragen zu werden. Nachdem die Interpellation des revolutionär-socialistischen Abgeordneten Desbante mit 371 gegen 68 Stimmen abgelehnt worden war, wurde gegen 55 Stimmen eine „patriotische Manifestation“ in Gestalt einer Tagesordnung noch angenommen, durch die die Erklärungen der Regierung gebilligt wurden. Jene Erklärungen Andrés also, in denen ausgesprochen worden war, daß eine starke Armee die beste Gewähr des Friedens sei, jene Erklärungen, in denen erklärt worden war, daß gegen das vom Arbeitshörten-Verband herausgegebene antimilitaristische „Neue Soldaten-Handbuch“ die gerichtliche Verfolgung eingeleitet werden sei! Ueber diese Abstimmung schreibt uns unser Pariser Korrespondent:

„Die Opposition stimmte für das Vertrauensvotum übrigens vor allem deshalb, weil sie auf diese Weise doch die jaureistischen Mitglieder des Regierungsrates außerhalb der „patriotischen“ Gemeinschaft stellen konnte. In der That, nur 55 Mann haben gegen die Vertrauensformel gestimmt, darunter 8 Linksradikale. Aber in einem Mitglied der jaureistischen Fraktion haben sich die bürgerlichen Patrioten verrecknet: Willerland stimmte ruhig mit den im Nordpatriotismus und in der Verfolgung des antimilitaristischen Handbuchs geeinigten Bourgeoispartei! Was selbst acht Linksradikale zu breuzlich sahen, das fand der Parteigenosse und Freund von Jaurets ganz in der Ordnung. Eines muß aber Willerland zugebilligt werden: er hat den Mut der Konsequenz in der Verleugnung des Socialismus.“

Man darf wohl annehmen, daß die Jaureisten nunmehr doch ein ernstes Wörtchen mit Willerland sprechen werden!

Kerner schreibt uns unser Pariser Korrespondent: Willerland berichtigt sein ausnahmsweise einwandsfrei ausgefallenes Votum in der vorgefertigen Abstimmung über die Abschaffung des Kultusbudgets. Er war nämlich abwesend. Ein anderer hat, wie hier üblich, seinen Stimmzettel abgegeben. Daher jenes nicht ministerfähige Votum. Er erklärt nun, daß er, falls er anwesend gewesen wäre, gegen die Abschaffung des Kultusbudgets gestimmt hätte. Der „Tempo“ fügt in offiziellem Ton hinzu, der ehemalige Handelsminister billige zwar vollständig den von Duffon, dem Linksradikalen Opponenten des Ministerpräsidenten, vertretenen Standpunkt, er wolle aber in der Kultusbudgetfrage dieselbe Haltung bewahren, wie während seiner Ministerzeit. Pelletan, Minister im Dienst, enthielt sich wenigstens der Abstimmung, um so mit seiner oppositionellen Vergangenheit nicht zu brechen; Willerland, Minister a. D., zieht es vor, seiner ministeriellen Vergangenheit treu zu bleiben.

Einmal wenigen Tagen hat er in zwei besonders wichtigen Abstimmungen sich von der Gesamtheit seiner Fraktion, im letzteren Falle auch von nahezu der Gesamtheit der bürgerlichen Radikalen, abgesondert. Und das geschah, nachdem er mit seinem Wahlkomitee erst kürzlich in die Seine-Föderation der jaureistischen Partei aufgenommen worden war. Er betrachtet sich also nach wie vor als einen „Socialisten im Irklaub“, außerhalb der Kontrolle seiner Partei. —

Waroffo.

Dem „Imparcial“ wird aus Langer telegraphiert: Der Präsident hat seine Streitkräfte eilig nach un- bekannter Richtung zurückgezogen. Der Kaiser Dmar

errichtet an strategischen Punkten bei Mexiko Befestigungen. Von Oran sind vier französische Torpedoboote hier eingetroffen; zwei derselben sind alsbald wieder abgegangen. —

Die Banque de Paris et des Pays Bas hat mit Vertretern des Sultans ein Abkommen unterzeichnet, nach welchem der Sultan eine Anleihe von 7 1/2 Millionen Frank zu sechs Prozent erhält. Als Garantie erhält Frankreich die Zolleinnahmen von Langer. Zurückzahlen ist die Anleihe zu jeder Zeit zwei Jahre nach erfolgter Mündigung. Die das Wort des Sultans in Wirklichkeit die einzige Garantie ist, so ist auch die Anleihe offenbar nur ein diplomatischer Schachzug, um das Ansehen Frankreichs zu befestigen.

Man vermutet, daß sich Frankreich durch diese Finanzoperation eine einflussreiche Stellung beim Sultan und die Möglichkeit für eine Intervention habe schaffen wollen, ein Vorgehen, dessen Spitze unverkennbar gegen England gerichtet sei. —

Italien.

Prinetti vom Schlaganfall betroffen. Aus Rom wird gemeldet: Der Minister Prinetti wurde während der Audienz beim König von der plötzlichen Erkrankung betroffen. Prinetti hat keinerlei Trübung der geistigen Kräfte erlitten; auch ist in seinem Befinden bereits eine Besserung eingetreten.

Nach dem über das Befinden des Ministers Prinetti ausgegebenen ärztlichen Berichte war der Minister für kurze Zeit in der freien Bewegung seines linken Armes und Beins behindert. Gegenwärtig zeigen die Krankheitserscheinungen eine leichte aber fortschreitende Besserung. —

England.

Der Schatzkanzler Ritchie hielt gestern abend im Reichspalast eine Rede, in welcher er ausführte, man müsse alle Illusionen von einer großen Zollermäßigung, die im nächsten Etatsjahr stattfinden sollte, fahren lassen. Er wies nicht daran, daß mit Rücksicht auf die in Südafrika erforderlichen Abrechnungen Englands Schulden einen weit höheren Betrag erreichen würden, als jemals angenommen worden sei. Englands Unternehmen müsse aber bis zum Ziel durchgeführt werden, losse es, was es wolle. Er glaube indessen, daß man die Zölle werde etwas ernähigen können. Die Schlagfertigkeit der Marine müsse mit allen Mitteln aufrecht erhalten werden. —

Venezuela.

Aufhebung der Blockade?

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus New York gemeldet: Die Vertreter der fremden Mächte tabellieren ihren Regierungen das dringende Ersuchen, Boven's Vorschläge anzunehmen, damit die Blockade aufgehoben werde. Die Vertreter erklären, die Einzelheiten könnten nach Unterzeichnung des vorläufigen Protokolls geregelt werden.

Wie aus Caracas versichert wird, dürfte die Blockade in den nächsten 24 Stunden aufgehoben werden.

Englische Prekognition.

Die Londoner Presse begrüßt es mit unüberhöhlener Freude, daß nicht nur das Ende der venezolanischen Wirren, sondern vor allem auch das Ende des deutsch-englischen Zusammengehens in Sicht ist. Fast alle Zeitungen bringen Aufsätze mit der Ueberschrift in großen Buchstaben: Die Blockade soll aufgehoben werden, und alle geben der Hoffnung Ausdruck, daß sobald als möglich die britischen Kriegsschiffe abberufen werden und für England die ganze Angelegenheit als erledigt betrachtet wird.

Die Sonntagsnummer der „Conservative“, „Globe“, schreibt in einem „Die gepanzerte Faust“ überschriebenen Artikel:

„Das Land ist in eine ganz schiefe Lage gebracht worden durch einen Verdrinneten, den zu verleugnen schwierig ist. Aber die Regierung sollte sich dessen bewußt sein, daß das englische Volk jede Gefälligkeit Deutschland gegenüber bitter empfinden wird, welche eine Störung der gegenwärtigen herrlichen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten mit sich bringt. Sowohl in England als auch in den Vereinigten Staaten sind die letzten Ereignisse für den gewöhnlichen Menschen eine Bestätigung des Gedankens, daß es die Absicht Deutschlands ist, zwischen uns böses Blut zu erregen.“

Dann fährt das Blatt fort: „Wahrscheinlich wird man uns erzählen, daß das Feuer der deutschen Kriegsschiffe nur gegen das Fort San Carlos gerichtet war, aber wenn die deutsche Artillerie so unsicher ist, daß 90 Prozent der Granaten in ein offenes Dorf, eine halbe Meile davon entfernt, einschlagen, so dürfen wir wohl unsere guten Freunde bitten, so lange gefälligst des Schießens sich zu enthalten, bis sie sich sicher fühlen, dem Ziel etwas näher kommen zu können.“ ... „Deutschland hat niemals viel Rücksicht auf die Gefühle anderer Nationen gezeigt, weder seinem Freunde noch dem Feinde gegenüber.“ Dann folgt zum Schluß: „... wenn dieses Land weiter so antritt wie jetzt, so giebt es uns einen ausgezeichneten Grund, uns von einem Abkommen zurückzuziehen, das die große Mehrheit des englischen Volkes tief bedauert je abgeschlossen zu haben.“

Parlamentarisches.

Die Budget-Kommission des Reichstages hielt am Donnerstag ihre erste Sitzung ab, um ihre Arbeit einzuteilen. Vorsitzender ist, wie bisher, der Vizepräsident des Reichstages, Abg. Graf Stolberg-Wernigerode, sein Stellvertreter ist Abg. Prinz v. Arenberg. Die Sitzungen sollen an jedem Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag stattfinden. Die Beratung des Etats wird mit dem auswärtigen Amt, ausschließlich der Kolonien, beginnen. Dann folgt der Reichs-Invalidentfonds, dann Post- und Telegraphen-Verwaltung, dann Eisenbahn-Verwaltung. Er erfolgt sodann die Verteilung der Referate.

Zum Etat des Reichskanzlers haben die beiden freisinnigen Parteien folgenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage alsbald einen Gesepentwurf, betreffend die Neuerteilung der Reichstags-Wahlkreise unter Berücksichtigung der seit Gründung des Deutschen Reiches erfolgten Verschiebung der Bevölkerung vorzulegen.“

Partei-Nachrichten.

Einen vielversprechenden Aufschwung nimmt zur Zeit die politische Organisation in der Pfalz. Wie aus den verschiedenartigen Jahresberichten der pfälzischen socialdemokratischen Vereine hervorgeht, ist in fast allen derselben eine erfreuliche Zunahme der Mitgliederzahl und dementsprechend auch der Einnahmen zu verzeichnen. Manche der kleineren Organisationen haben ihre Mitgliederzahlen verdoppelt. Die der Partei nahestehenden Vereine führen schon jetzt überschüssige Mittel zum Wahlfonds an den Gauvorstand ab. Die Parteigenossen der Pfalz wollen zum erstenmal Wahlkampf ohne Inanspruchnahme der Parteikasse führen und machen es sich zur Ehrensache, die nötigen Mittel in der Pfalz selbst aufzubringen. Kennzeichnend ist der dieser Tage veröffentlichte Geschäftsbericht des Socialdemokratischen Vereins Ludwigs-hafen, der am Anfang v. J. 585 Mitglieder zählte und nunmehr deren 1025. Auffallend ist das plötzliche Emporschnellen der Mitgliederziffern seit den kaiserlichen Wahlen in Eisen und Weisau. In einem Zeitraum von 10 Monaten hatten sich 142 neue Mitglieder eingestellt und vom 1. November bis 25. Januar meldeten sich nicht weniger als 401 neue Mitglieder an, um in die Reihen der „Clenden“ einzutreten.

Aus Industrie und Handel.

Amerikanische Gewinnbeteiligungs-Politik. In den Vereinigten Staaten von Amerika wird neuerdings von den Truists die Politik verfolgt, einem Teil der Arbeiter, und zwar speziell den Meistern und Vorarbeitern, Aktien zu überlassen, um die derart Begünstigten an die Truistwerke zu fesseln und sie zugleich dazu zu veranlassen, nicht nur ihre eigene Arbeitskraft aufs äußerste auszunutzen, sondern auch die ihnen unterstellten Arbeiter härter anzutreiben. Nachdem wir schon kürzlich über die Gewinnbeteiligung der Arbeiter beim Stahltrist berichtet haben, schreibt uns unser New Yorker Korrespondent über einen andern, in seiner Art nicht minder interessanten Fall amerikanischer Arbeiterfänger:

„Der Fensterglas-Truist hat das dem Verbanke der Wäfer im Jahre 1901 gemachte „Geschenk“ von 5000 Aktien „zurückgezogen“! Und nun erfährt man auch, was es eigentlich mit diesem „Geschenk“ für eine Bewandnis hatte. Einerseits war der Betrag für die Aktien aus den Dividenden zu deducen, die jährlich auf sie entfielen (so daß also auf eine Reihe von Jahren von diesen Dividenden nichts in die Hände der Arbeiter gelangte), und andererseits mußten sich die Arbeiter verpflichten, „nach Kräften darauf zu achten“, daß die Fabriken in ihrer vollen Leistungsfähigkeit betrieben werden können. Da der Truist von seinen 1700 Wäfern wegen Mangels an geübten Wäfern nur 1000 betreiben konnte, so liegt auf der Hand, daß das „Geschenk“ (welches übrigens gerade diese Arbeiter am wichtigsten benötigten, da sie die bestbezahlten der gesamten Industrie sind) nur den Zweck hatte, die von den unabhängigen Unternehmern beschäftigten Wäfer zu bewegen, ihre Arbeitsstätten zu verlassen und in die Fabriken des Truists einzutreten. Die Veranschlagung dieser Unternehmern, d. h. die Fesseltung ihrer Konkurrenz, war die 5000 „Papierchen“ wert, selbst wenn sie ohne „Hintergedanken“ gegeben worden wären. Der Plan schlug aber fehl, da die in den unabhängigen Fabriken beschäftigten Arbeiter, trotz aller dahin gehenden Bemühungen des Verbandspräsidenten Burns (der vom Truist als Repräsentant der „Wäfer“ der 5000 Aktien in den Direktorenrat gewählt worden war) nicht auf den Reim gingen. Als Burns nun neuerdings anordnete, daß eine alte Bestimmung der Verbandsstatuten, wonach kein Wäfer ein gewisses Arbeitsquantum überschreiten dürfe, außer Kraft gesetzt werde, brach gegen ihn eine „offene Rebellion“ aus. Dies zeigte den Truistherren, daß sie mit ihrem Köder nach seiner Richtung hin Erfolg haben würden — somit zogen sie ihn zurück.“

Vielleicht liegt nebenbei auch noch etwas andres zu Grunde. Wie ich seiner Zeit mitgeteilt habe, ist nämlich in der Fensterglas-Produktion eine Erfindung gemacht worden, durch welche die Verwendung geblähter Wäfer bedeutend reduziert und deren Thätigkeit wesentlich vereinfacht worden ist. Später hieß es, daß schon eine Anzahl der betreffenden Apparate — von denen vorher nur einige in et. et. alten, außer Gebrauch gesetzten Anlage erprobt worden waren — in mehreren der Werke des Truists zur Aufstellung gelangt seien. Dann hörte man nichts mehr über die Sache, als daß die Inhaber der bezüglichen Patente, der Erfinder und mehrere Mitglieder des Direktorenrats des Truists, für deren alleinige Ausnutzung durch letzteren 10 Millionen Dollar gefordert hätten. Wenn die Erfindungsgeschichte also kein Säuwinkel gewesen ist, um die Arbeiter für die Absichten des Truists empfänglich zu machen, so ist erklärlich, daß man dieselben nicht als Teilnehmer an den Profitten wünschte, die von der Erfindung erwartet werden, umsonst als der der „Profit-Sharings-Idee“ zu Grunde liegende Hoed dann ja ohnehin erreicht wird: die Abnutzung der „Unabhängigen“.

Wie schon im vorigen Brief angeführt, war der Aktien-Offerte des Stahltrists von den Arbeitern in diversen Werken des selben, besonders in Homestead, mit Mißtrauen begegnet worden. Eine von der Exekutivbehörde des Eisens- und Stahlarbeiter-Verbands veranstaltete Abstimmung über das Projekt hat nun ergeben, daß dieses Mißtrauen ein allgemeines ist, denn die Abstimmung fiel — obwohl jene die Sache günstig dargestellt hatte — mit großer Majorität dagegen aus, daß sich der Verband darauf einlasse. Nur in Chicago (und wohl auch an andren Plätzen in Illinois) war das Gegenteil der Fall. Dort ward in einer Versammlung der Arbeiter des Truists beschloffen, dessen Offerte zu acceptieren und zu dem Hoed eine neue Organisation mit dem Namen „Steel Workers of America“ gegründet. Wie bekannt, nahmen die Arbeiter der Truistwerke in Illinois an dem Generalstreik von 1901 nur teilweise und widerwillig teil, und es hat seitdem zwischen den dortigen Totalorganisationen und der Verbandsleitung ein „gespanntes Verhältnis“ geherrscht. Daraus ist nun durch die Profit-Sharings-Affaire ein böiger Bruch geworden. Es sind übrigens, wie verlautet, nur die „skilled laborers“ (geschulten Arbeiter), welche jene Versammlung arrangiert und besucht hatten; die „gewöhnlichen“ Arbeiter waren überhaupt im Verbanke von jeher nur für das Beitragszahlen vorhanden.

Die Umwandlung der Krupp'schen Werke in eine Aktiengesellschaft. Die Witwe des verstorbenen Geheimrats Krupp hat an die Angehörigen der Firma Friedrich Krupp folgende Befamtmachung gerichtet: „Mein verstorbener Mann hat in seinem Testament die Ueberzeugung niedergelegt, daß — im Falle seines frühzeitigen Ablebens und beim Uebergang der Fabrik an einen minderjährigen Erben — sein Werk in der bisherigen Form nur unter Schwierigkeiten weitergeführt werden könnte. Er hat deshalb letztwillig den Wunsch ausgesprochen, in solchen Falle die Fabrik in die Form einer Aktiengesellschaft überzuführen. In Uebereinstimmung mit dem Direktorium und meinen Verhältnissen werde ich, als Vertreter meiner Tochter Vertha Krupp, diese letztwillige Bestimmung des Entschlafenen, die er in der Sorge um das fernere Gedeihen seiner Werke getroffen hat, zur Ausführung bringen. Diese Veränderung soll jedoch nicht in der Weise erfolgen, daß die Fabrik verkauft wird, vielmehr werden die Anteile im Eigentum meiner Tochter Vertha als Fabrik-Erbin verbleiben. Auf diese Weise wird auch künftig die Fabrik als Krupp'scher Besitz erhalten bleiben, wie es den Wünschen meines Mannes entspricht. Die persönlichen Beziehungen zur Fabrik aufrechtzuerhalten, die Fürsorge für die Angehörigen — Beamte wie Arbeiter — im Sinne und Geiste des Entschlafenen weiter zu pflegen, wird uns stets am Herzen liegen.“

Ueber die Subventionierung der Schifffahrt aus staatlichen Mitteln äußerte sich gestern ein Redakteur des „Berliner Tageblattes“ gegenüber der Generaldirektor Wallin von der Hamburg-Amerika-Linie unter Bezugnahme auf die Unterstützung der Cunard-Linie durch die englische Regierung:

„Der Revers der Medaille ist der, daß das Vorgehen Englands andre Staaten dazu führen dürfte, sich gegenseitig mit Subsidien zu überbieten, bis die Staaten schließlich, ähnlich wie es bei den Jüderpremiën geschehen ist, zusammenbrechen und überhaupt alle Subsidien abschaffen. Ich würde einen solchen Beschluß mit Freuden begrüßen, wie ich selbst, wenn man mein Gutachten forderte, alles thun würde, um die deutschen Behörden von einer etwaigen Beteiligung an der Konkurrenz in der Bewährung von Subsidien zurückzuhalten. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Subventionspolitik die Schifffahrt nicht nur nicht fördert, sondern sogar zur Verumpfung führt. Man braucht bloß auf die Entwicklung der subventionierten Schifffahrt in Frankreich und Italien zu blicken. Die Schifffahrt gedeiht am besten in der Freiheit und Unabhängigkeit und wie die Gesellschaften die guten Jahre gemeinen, so sollen sie auch die schlechten durchmachen, so gut sie können. Wer die ungünstigen Jahre nicht aushalten kann, muß die Konsequenzen tragen; denn wer nicht allein stehen kann, muß eben fallen. Es ist ein großer Fehler, zu glauben, daß man nur Verkehrsmittel zu schaffen braucht, um einen Verkehr großziehen zu können. Jetzt muß man Kaufleute haben, welche wagemutig die Erzeugnisse dieser Industrie in ferne Länder senden und im Austausch überseeische Produkte zur Einfuhr bringen. Da, wo durch staatliche Initiative Verkehrs-mittel geschaffen sind, ohne daß diese Vorbedingung erfüllt ist, ist der Mißerfolg niemals ausgeblieben. Man sehe sich nur den prächtigen Aopenhagener Freibafen an! Wir hätten als derselbe fertiggestellt war, dankigen Freunden zu Liebe

eine Dampfverbindung von den Gassen der Vereinigten Staaten nach Kopenhagen leisten wollen; aber etwas Besseres in Gestalt von Dampfern war eigentlich alle Frucht, welche sich, obendrein nur in beschränktem Quantum, regelmäßig bot. Es fehlte eben die Kaufleute, es fehlte die Vermittler von Einfuhr und Ausfuhr. Daselbst wird man in Ungarn erfahren, wo man im Begriff steht, eine Schiffsverbindung mit New York dadurch gewaltig zu schärfen, daß man einen Teil der ungarischen Auswanderer zwingen will, sich anstatt in Bremen oder Hamburg in Rumania einzuschiffen. Wir haben gemeinsam mit dem König auf Wunsch der ungarischen Regierung vor Jahresfrist eine Kommission an Ort und Stelle entsandt, um die Verhältnisse zu studieren und für uns ist es zweifellos, daß, wenn die Regierung nicht sehr tief in den Staatshaushalt zu greifen gewillt ist, jede derartige Unternehmung in Rumania jämlich verbluten muß; denn es fehlen ihr im Verkehr zwischen diesen beiden Ländern die Frachtmittel, es fehlt ihr im Hinblick auf die zurückzulegende große Distanz auch der Kostenverlecher, und schließlich werden sich von den Reisenden dritter Klasse nur diejenigen, die man mit mehr oder minder langsamem Druck zwingt, zu einer 16- bis 18-tägigen Meerfahrt entschließen, anstatt in sieben bis zehn Tagen die Reise zu machen."

Zum Konkurs der Maschinenfabrik Pöschel weiß das Berliner Tageblatt zu berichten, daß der Konkursverwalter heute das Terrain der Gesellschaft, das zwischen der Waldstraße, Siemensstraße und Bickesstraße liegt, an die Firmen Angere & Sponholz, W. Lomski und den Architekten Arthur Bogt zum Preise von ca. 1 1/2 Millionen Mark zu Veräußerungszwecken verkauft hat. Das Terrain war von der Preussischen Hypothekbank mit ca. 2 1/2 Millionen Mark beliehen worden. An das jetzt zum Verkauf gelangte Terrain stößt ein andres, an dem die Neue Bodengesellschaft interessiert ist. Möglicherweise wird daselbst in den Verkauf mit einbezogen. Die Pommerische Hypothekbank hat bekanntlich in ihrer Bilanz pro 1902 für die an den Hypotheken auf der Pöschelschen Fabrik in Aussicht stehenden Verluste besondere Rückstellungen vorgenommen.

Sociales.

Die Invalidenversicherung im Jahre 1901.

Nach der dem Reichstage zugegangenen Uebersicht über die Geschäft- und Rechnungsergebnisse der Invalidenversicherung wurden im Jahre 1901 130 510 Invalidenrenten, 7032 Krankenrenten und 14 840 Altersrenten festgestellt. Davon entfielen 7555 Invalidenrenten, 716 Krankenrenten und 694 Altersrenten auf die zugelassenen Kassenanstalten und die übrigen auf die 31 Versicherungsanstalten.

Bei den Versicherungsanstalten wurden 541 613 477 Wochenbeiträge geleistet, die einen Gesamterlös von 123 492 230,87 M. erbrachten. Die Zahl der Wochenbeiträge ist um etwa 18 1/2 Millionen größer wie im Jahre 1900, steht aber immer noch um etwa 2 1/2 Millionen hinter der des Jahres 1899 zurück; dagegen hat der Gesamterlös den des Jahres 1899 wieder überbritten, was sich aus dem im Jahre 1900 hinzugekommenen V. Beitragsklasse erklärt. Die durchschnittliche Höhe eines Wochenbeitrages betrug im Jahre 1891: 20,81 Pf., und im Jahre 1899: 21,74 Pf. Im Jahre 1900 kam die V. Lohnklasse dazu und es stieg der durchschnittliche Wochenbeitrag auf 22,55 Pf., im Jahre 1901 auf 22,80 Pf. Von 1000 Beiträgen entfielen auf die Lohnklasse:

	I	II	III	IV	V
1891 . . .	253	384	217	146	—
1899 . . .	109	361	244	196	—
1900 . . .	180	342	238	158	73
1901 . . .	179	336	229	162	84

Die Zahlungen von Renten betragen rund 91 Millionen Mark, wovon 33,9 Millionen auf den Anteil des Reiches entfallen. Beitragsleistungen wurden 6,9 Millionen Mark geleistet.

Für Heilverfahren zur Abwendung einer möglichen Invalidität haben die Versicherungsanstalten 6 638 221 M. ausgegeben. Außer dieser Summe leisteten auch Krankenrenten und Berufsgenossenschaftlichen Zuschüsse für solche Zwecke und zwar die Krankenrenten 1 040 427 M. und die Berufsgenossenschaften ganze 6 129 M.

Die reichlichsten Aufwendungen für diesen wichtigen Zweck hatte die Versicherungsanstalt Berlin mit 750 314 M. aus eigenen Mitteln und 163 809 M. aus Zuschüssen der Krankenrenten. Von den Berufsgenossenschaften wurde dazu noch die Summe von 78 M. zugelegt. Dann folgt die Versicherungsanstalt Wodan mit 514 583 M. eigenen Aufwendungen, 101 801 M. Krankenrentenzuschüssen, 402 M. von Berufsgenossenschaften und 13 816 M. Zuschüssen von anderer Seite. Weiter die Versicherungsanstalt Rheinprovinz mit 509 986 M. eigenen Aufwendungen und 109 986 M. von Krankenrenten. Zwischen 400 000 und 500 000 M. mannten noch auf die Anstalten Brandenburg, Hansestädte, Hannover und Württemberg. Die Zuschüsse der Krankenrenten blieben hier mit Ausnahme der Hansestädte unter 100 000 M. Unter 100 000 M. blieben die Aufwendungen der Versicherungsanstalten Westpreußen, Pommern, Sachsen-Anhalt, Niederbayern (1609 M.), Pfalz, Oberpfalz (4809 M.), Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, Schwaben, Mecklenburg, Oldenburg und Braunschweig.

Leider wird die Wirkung dieser für die Versicherer so wertvollen Aufwendungen oft erheblich beeinträchtigt durch das Gefühl, daß die Angehörigen unterdes Not leiden müssen. Sie bekommen zwar, wenn der Versicherte in eine Pensionat aufgenommen ist, eine kleine Unterstützung, doch ist sie gänzlich unzulänglich. So wurden für Unterstützungen Angehöriger bei den Versicherungsanstalten nur rund 448 000 M. ausgegeben, während die Ausgaben für Durchführung des Heilverfahrens 7 302 910 M. betragen. Zu den Unterstützungen für Angehörige kommen dann allerdings noch 144 884 M. außerordentliche Leistungen auf Grund des § 45 des Gesetzes; 13 Versicherungsanstalten haben noch keinen Gebrauch gemacht von den Vorzügen dieses Paragraphen.

Invalidenambulanz haben bis jetzt eingerichtet die Versicherungsanstalten Berlin, Westfalen, Königreich Sachsen, Württemberg, Thüringen, Oldenburg und Braunschweig. Die Gesamtausgabe hierfür betrug 45 079 M., wovon allein auf Berlin 27 376 M. entfielen.

Das Vermögen der Versicherungsanstalten belief sich am Schlusse des Jahres 1901 auf 854 162 617 M.

Ein Aufruf zum Protest gegen die geplante Gleichstellung der Konfessionswerkstätten nach Maß mit Fabriken hinsichtlich der Arbeiterbeschäftigungsbestimmungen wird im „Konfessionär“ erlassen. In dem Aufruf wird die Einführung der eifständigen Arbeitszeit für Arbeiterinnen, der Fabrikordnung, der Lohnzahlungs-Rücker, die Zuneigung geregelter Pausen usw. in Maßgebungen als unannehmbar bezeichnet. Mit Rücksicht auf die vielfach eiligen Verkündigungen und die Saisonarbeit wäre es der Mühe der Maßgebungen, wenn sie den auf Vorrat arbeitenden Konfessionswerkstätten gleichgestellt würden. Den betroffenen Geschäftsinhabern wird empfohlen, durch die Handelskammern und Detailistenvereinigungen, auf hauptsächlich Material gestützt, gegen die angeregte Ausdehnung der fabriklässigen Verordnung vom 31. Mai 1897 vorzugehen zu werden. Der Aufruf behauptet, daß eine solche Maßnahme nicht nur die Arbeitgeber, sondern auch die Arbeiter und Arbeiterinnen durch Schmälerung ihres Verdienstes schwer schädigen würde.

Wenn sich doch unte Unternehmer abgetöndern wollten, ihren Widerstand gegen eine vernünftige Regelung der Arbeitsverhältnisse mit der Sorge um das Wohl der Arbeiter zu begründen. Das glaubt ihnen ja doch kein Mensch. Die Arbeiter wissen selber, was ihnen kommt und wissen auch ihre Forderungen auszusprechen und zu vertreten.

Grundbesitzer nach dem gemeinen Werte erhoben in Preußen bis jetzt nach einer Mitteilung der „B. N.“ die folgenden

Städtegemeinden:

Remel, Spandau, Charlottenburg, Köpenick, Rixdorf, Schöneberg, Straßburg, Breslau, Schwednitz, Neusalz a. O., Görlitz, Gattowitz, Kiel, Flensburg, Rünthe, Medlinghausen, Bodolt,

Gelsenkirchen, Lünen, Lünen, Schwelgern, Dortmund, Hanau, Marburg, Wiesbaden, Niddaheim, Viehbach, Koblenz, Düsseldorf, Duisburg, Barmen, Elberfeld, Essen, Mülheim a. Ruhr, Mühlheim-Glabbeek, Remscheid, Abent, Solingen, Steele, Bielefeld, Emmerich, Cpladen, Cleve, Wald, Odenkirchen, Neuf, Oberhausen, Bergisch-Gladbach, Kall, Ralswill-Vurbaach, Wachen, Eschweiler, Köln, Mülheim am Rhein, Arefeld, Homburg v. d. H.

Landgemeinden:

Veel, Vohwinkel, Regierungsbezirk Düsseldorf; Eppstein, Regierungsbezirk Wiesbaden; Kordern, Hlowersheim, Regierungsbezirk Aachen; Wilhelmshagen, Regierungsbezirk Aachen; Sellen a. Mügen; Erwalde, Schmiedewitz, Jentzen, Spereberg, Treptow, Johannisthal, Grünau, Mariendorf, Tempelhof, Schmargendorf, Wilmersdorf, Grunewald, Friedenau, Groß-Lichterfelde, Steglitz, Zehlendorf, Kreis Teltow.

Gewerkschaftliches.

Keine Buchbinder nach Göteborg.

Es wird mitgeteilt, daß Herr Makir, der Inhaber einer der größten Buchbindereien Göteborgs, gegenwärtig in Deutschland weilt, vermutlich im Streikbrecher anzutreten. Es liegt nicht nur im Interesse der organisierten Buchbinder Deutschlands, daß keine Streikbrecher nach Schweden gehen, sondern auch im Interesse derjenigen, die vielleicht dazu geneigt sind, daß sie sich nicht anwerben lassen. Infolge der starken Organisation der schwedischen Buchbinder ist es ausgeschlossen, daß ein ausländischer Streikbrecher dort dauernd Arbeit findet.

Berlin und Umgegend.

Die Steindepotarbeiter, die im Verbands der städtischen Arbeiter organisiert sind, beschloßen in ihrer letzten Versammlung, nochmals eine Petition an den Magistrat zu richten und folgende Forderungen zu erheben: 1. Für Sommer- und Wintermonate sind gleiche Löhne zu zahlen und ist besonders darauf zu achten, daß die Löhne im Winter nicht um den Betrag, welcher dem Stundenlohn entspricht, auf die verkürzte Arbeitszeit entfällt, herabgesetzt werden; 2. ist wieder ein Wochenlohn mit dem in der alten Petition bezeichneten Satze zu verlangen, da man auf die Steigerung der Löhne der schon längere Zeit beschäftigten Arbeiter seitens der Deputation überhaupt nicht eingegangen ist; 3. bezüglich der Gewährung des Sommerurlaubs wird gefordert, daß gering bemessene Veranlassung und das Aussehen im Winter nicht als Unterbrechung der Arbeit angesehen werden soll, da sonst nur ein ganz kleiner Teil der Leute diese Vergünstigung erhält; 4. wird gewünscht, daß den Steindepotarbeitern für das ganze Jahr Beschäftigung gegeben wird, damit sie nicht immer wieder in Not und Elend geraten.

Abt. Ufer. Heute, Freitag abends 8 1/2 Uhr, finden in den Reithallen, Kommandantenstr. 20, die Wahlen für den Gefellen-ausschuß statt.

Bauhilfsf. Da der Tischmeister Auras in Rixdorf, Kirchhofstraße 42, wieder Bauhilfsf. sucht, möchten wir die Kollegen warnen, bei dem Herrn in Arbeit zu treten, da die dort beschäftigt gewesenen Kollegen vor drei Wochen gezeugen waren, die Arbeit niedezulegen, weil es Sonnabends kein Geld gab.

Die Werkstatt-Kontrollkommission.

Die Errichtung eines Gewerkschaftsartikels in Bernau hat eine Versammlung der dortigen Gewerkschaftsmitglieder beschloßen. Die Gründung des Artikels ist bereits erfolgt und haben sämtliche Bernauer Gewerkschaften ihren Anschluß erklärt.

Deutsches Reich.

Empfehlungswerte Kreditwillige. Man schreibt uns: Die Aktiengesellschaft für Glasindustrie vorm. Fr. Siemens in Birges beschäftigt nur unorganisierte Flaschenmacher. Die Arbeitsstätte bezieht diese Firma aus Ungarn, da alle deutschen Arbeiter in Bernau stehen. Da nun gefürchtet wird, daß die Verbände die indifferenten Ungarn anwerben könnten, hat man für die Schlichtung der Unternehmer eine Kantine gebaut, damit sie mit den eventuell noch organisierten Arbeitern nicht in Berührung kommen. In der Nacht vom Sonntag zum Montag haben die Ungarn nun der Kantine einen Besuch abgestattet und 26 Kisten Cigaretten, 39 Pakete Cigaretten, 39 Flaschen Wein, vier Brote, 13 M. bares Geld sowie Schinken, Wurst und Käse entwendet. Am andern Tage fand man die Einkrecher in ihrer Wohnung. Die Firma ließ sie von der Polizei abführen. — Ob die Unternehmer wohl infolge der vielen ungünstigen Erfahrungen, welche sie mit den gefährlichsten unorganisierten Arbeitern gemacht haben, endlich zu besserer Einsicht hinsichtlich der Arbeiterorganisation kommen werden?

Ausland.

Der Streik der Wiener Konfektionschneider.

Nachdem, wie wir gestern mitteilten, ein Lohnantrag für die Schneider unter dem Vorhinein des Ober-Gewerbe-Inspektors auch für das Verhältnis zwischen den Schneidern und den Gehilfen ein die letzteren befriedigendes Ergebnis gehabt. Die eifständige Arbeitszeit ist zugestanden, das Wohnen der Gehilfen beim Meister hört auf, und die Stücklöhne der Gehilfen werden entsprechend dem neuen Meisterantrag aufgebessert. Die Forderung auf Erhöhung der Wochenlöhne liegen die Gehilfenvertreter fallen. Die in Wochenlohn beschäftigten Arbeiter sind aber schon dadurch gegen früher besser gestellt, daß ihre Arbeitszeit um 18 Stunden wöchentlich verkürzt ist, und die Ueberstunden jetzt nach der Höhe des Stundenlohnes bezahlt werden.

Wenn nun auch, soweit die Großkonfektionäre und die von ihnen beschäftigten Schneidern und Gehilfen in Frage kommen, die Arbeit wieder aufgenommen wird, so ist der Streik damit noch nicht beendet. Die Detailisten hatten bisher nicht an den Tarifverhandlungen teilgenommen, und es gilt nun, auch sie zur Annahme der mit den Großfirmen getroffenen Vereinbarungen zu bewegen. Diese Vereinbarungen sind unter der ausdrücklichen Voraussetzung geschlossen, daß bestimmte Firmen, die an der Konferenz nicht beteiligt waren, den Tarif bis zum 31. März anerkennen. Wegen die den Vereinbarungen noch fernstehenden Firmen muß also der Kampf fortgesetzt werden, wenn nicht die augenblicklichen Erregungszustände des Streiks wieder verloren gehen sollen.

Die Vereinbarungen, welche vor dem Ober-Gewerbe-Inspektor abgeschlossen wurden, sind die folgenden:

1. Hinsichtlich des vereinbarten Minimal-Lohnantrages übernehmen die Vertreter der Schneider und Arbeiter die Verpflichtung, bei keinem Großkonfektionär die Arbeit aufzunehmen zu lassen, der nicht die von dem Groß der Mitglieder des Vereines der österreichischen Herrenkleider-Konfektionäre unterfertigte Erklärung ebenfalls unterschreibt, ferner bei keinem Detailkonfektionär und Lohnkonfektionär in Wien die Arbeit aufzunehmen zu lassen, der nicht durch eine analoge Erklärung sich zur Einhaltung eines entsprechend höheren Tarifes verpflichtet haben wird.

2. Den Arbeitern gegenüber übernehmen die Vertreter der Schneider nachstehende Verpflichtungen:

- a) Es gilt der bisherige Lohnantrag für die im festen Wochenlohn stehenden Arbeiter für den eifständigen Arbeitstag.
- b) Für eine anohnungsweise Verlängerung der Arbeitszeit wird den im festen Wochenlohn stehenden Arbeitern jede Ueberstunde mit dem aliquoten Teil des Gesamtlohnes vergütet.
- c) Als Lohnerhöhung fallen den Stückerarbeitern zwei Drittel der den Stückermeistern bewilligten Lohnerhöhungen zu.
- d) Es wird das absolute Verbot des Wohnens von Arbeitern bei ihren eigenen Arbeitgebern ausgesprochen.
- e) Die Vereinbarungen von Parteien bezüglich der Einhaltung des Lohnantrages, respektive bezüglich der Ueberwachung werden besonderen Unterhandlungen vorbehalten.

Die Streikbewegung im Hafen von Amsterdam nimmt einen immer größeren Umfang an. Mehrere Schiffe liegen im Hafen und können nicht gelöscht werden. Die Restaurateure weigern sich, den Streikbrechern Nahrungsmittel zu liefern. Bei mehreren Unternehmern haben auch die Kahnführer die Arbeit eingestellt, um nicht zu Streikbrechern zu werden. 50 Juderraffinerie-Arbeiter wurden entlassen, weil sie sich weigerten, an Stelle der Streikenden ein Schiff mit Rohzucker zu löschen. 200 Arbeiter einer Juderraffinerie wurden vorläufig entlassen, weil der raffinierte Zucker nicht verhandelt werden konnte.

Eisenbahnerstreik in Holland. Die „Volks Telegraafbureau“ berichtet, find am Donnerstag 300 Arbeiter und Maschinenisten der Holländischen Eisenbahngesellschaft, die beim Güterverkehr beschäftigt sind, in den Ausstand getreten, so daß der Gütertransport eingestellt werden mußte. Eine Abteilung Marinesoldaten (1) ist an Ort und Stelle angelommen. Man glaubt, daß der Ausstand auch unter den Arbeitern der Staatsbahn ausbrechen werde. Es kam bei Schellingwoude zwischen Arbeitern, die von Amsterdam kamen und andren, die in Dordrecht wohnten, des Ausstandes wegen zu einem Zusammenstoß, bei welchem mehrere Personen, darunter einige schwer, verwundet wurden.

Der Streik der Blei- und Zinkarbeiter in Amsterdam ist zu Gunsten der Arbeiter beendet. Die Hauptforderung, ein Stundenlohn von 25 Cent, wurde bewilligt. Alle Streikbrecher werden entlassen.

Die Auflösung der Gewerkschaften der städtischen Arbeiter in Frankreich ist vom Minister des Innern angeordnet und den Präfeldern durch Mandatschreiben diebezügliche Order erteilt worden. Das Mandat der städtischen Arbeiter von Paris, das schon zwölf Jahre besteht und von Walder-Rouffan ausbrüchlich anerkannt worden ist, hat sich an die sozialistische Kammerfraktion gewandt. Diese wird zunächst eine Delegation an den Ministerpräsidenten abenden, um den Widerruf dieser Verordnung zu erreichen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Reichstags-Erwahl in Schleswig

find gestern statt. Notwendig geworden war dieselbe bekanntlich durch die Mandatsniederlegung des Volksparteilers Jacobson. Diesmal bewarben sich nicht weniger denn fünf Kandidaten um das Mandat. Bisher liegen folgende Nachrichten vor:

Kiel, 29. Januar. (B. T. V.) Bei der heutigen Reichstags-Erwahl im 3. schleswig-holsteinischen Wahlkreise Schleswig-Edernförde-Kappeln erhielten bis 9 Uhr abends: Spethmann-Edernförde (fr. Sp.) 2241, Paul Hoffmann-Hamburg (Soz.) 1874, Hansen-Kiel (natl.) 1739 Stimmen. Graf Reventlow-Wulfsbagen (B. d. L.) 741 Stimmen. Professor Lehmann-Hohenberg-Kiel (fraktionlos) 113 Stimmen.

Kiel, 29. Januar. Bei der heutigen Reichstags-Erwahl im 3. schleswig-holsteinischen Wahlkreise Schleswig-Edernförde-Kappeln erhielten bis 10 Uhr abends: Spethmann-Edernförde (fr. Sp.) 3229, Paul Hoffmann-Hamburg (Soz.) 2583, Hansen-Kiel (natl.) 2091, Graf Reventlow-Wulfsbagen (B. d. L.) 1228, Professor Lehmann-Hohenberg-Kiel (fraktionlos) 102 Stimmen. Das obige Resultat kann nur als Teilergebnis gelten.

Im Jahre 1898 zählte der Wahlkreis 21 077 Wahlberechtigte. Von denselben wurden 16 389 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf den freikonservativen Kandidaten Christophersen 6357, auf den freisinnigen Jacobson 5895, auf den sozialdemokratischen 4116 Stimmen. 21 Stimmen zerplitterten sich. Bei der Stichwahl wurde Jacobson mit 10 029 Stimmen gegen 6823 freikonservative gewählt.

Der Verzicht der Kronprinzessin.

Dresden, 29. Januar. (B. G.) Das amtliche „Dresdener Journal“ bringt heute folgende königliche Verordnung vom 11. d. M.: Nachdem die Kronprinzessin Luise Antoinette Marie, geborene Erzherzogin von Oesterreich, Prinzessin von Toskana, am 9. Januar auf alle Rechte, die ihr auf Grund ihrer Stellung als Kronprinzessin zustanden, in feierlicher Weise für immer verzichtet hat, so erteilen wir hierzu unsere Genehmigung und erklären demgemäß kraft der uns auf Grund des § 4 des Hausgesetzes vom 30. September 1830 zustehenden Hoheitsrechte, daß hochdieselbe aus allen in der Zugehörigkeit zu unsrem Hause begründeten Rechten und Würden von jetzt an ausgeschlossen ist.

Die Brüsseler Juderkonvention.

Wien, 29. Januar. (B. T. V.) AbgeordnetenhauS. Das Haus begann und beendete die Generaldebatte der Brüsseler Juderkonvention sowie der beiden Judersteuer-Gesetze. Der Minister betonte, die Regierung betrachte es als ihre Pflicht, die Juderindustrie sowie die mit ihr eng verbundene Landwirtschaft von den Gefahren des rapiden durch die Konvention herbeigeführten Umsturz zu sichern, und dem entsprechend das im Vorjahre einstimmig aufgestellte Verlangen nach der Kontingenzierung durch die beiden Judersteuer-Gesetze.

Das Budget des Keuzerns in der französischen Kammer.

Paris, 29. Januar. (B. T. V.) Deputiertenkammer. Sembat (Soz.) fordert die Aufhebung der französischen Volksschaft beim Saikat. Minister Delcasse erklärt sich nicht allein gegen die Aufhebung dieser Volksschaft, sondern auch gegen deren Umwandlung in eine Gesundheitschaft. Eine derartige Maßnahme würde den Saikat nicht geringer und Frankreich nicht größer machen, und die Pflicht der Regierung sei, in allem die Größe Frankreichs anzustreben. (Beifall.) Hierauf wird der Antrag Sembat mit 325 gegen 215 Stimmen abgelehnt.

Dejeante beantragt Streichung der Zuschüsse für die Kongregationen im Orient und im arabischen Osten. Der Minister des Keuzerns bekämpft den Antrag; er erklärt, das Protokoll Frankreichs über die Christen im Orient siehe an einem Wendepunkte, es neige — jedoch unter Wahrung seines universalen Charakters — dahin, nur auf Franzosen Anwendung zu finden. Sembat beantragt, die den Missionaren bewilligten Subventionen für die Gründung von Laien-Anstalten im Orient zu verwenden. Redner wendet sich gegen die Missionare, besonders diejenigen in China, die er Agenten für den Krieg nennt. Deuts Cochin verteidigt die Missionare und sprich sich ausstehend über das von den Missionaren in China Gesehete aus. Berichterstatter Dubief möchte, wie Sembat, daß alle französischen Anstalten im Orient verwickelt werden. Redner meint, Frankreich solle auf ein Protokoll verzichten, das ihm nur Lasten auferlege. (Aarm.) Thivrier bringt einen Antrag ein, nach welchem alle Kongregationen bewilligten Subventionen für weltliche Anstalten verwandt werden sollen. Auf eine Behauptung Deuts Cochins, Frankreichs Protokoll werde von russischem Einfluß bekämpft, erklärt der Minister des Keuzerns, Russlands Haltung sei aufrichtig und loyal; Ausland suche in keiner Weise seine Interessen denen Frankreichs, seines Verbündeten, voranzustellen. (Beifall.)

Der Minister bekämpft dann den Antrag Thivrier. Der Antrag Thivrier wird darauf mit 304 gegen 224 Stimmen abgelehnt. Das Haus nimmt dann, nachdem der Minister des Keuzerns sich einverwandelt erklärt hat, mit 340 gegen 88 Stimmen einen Antrag an, in welchem die Regierung ersucht wird, von den den Anstalten im Orient bewilligten Zuschüssen einen von Jahr zu Jahr steigenden Betrag den Laienschulen zuzuwenden und Laien-Keuzern die gleiche Behandlung wie Kongregationsen zu Teil werden zu lassen. Schließlich werden alle Kapitel des Budgets des Keuzerns angenommen.

Reichstag.

246. Sitzung. Donnerstag, den 29. Januar 1903, nachmittags 1 Uhr.

Der Tisch des Bundesrats bleibt zunächst leer; später: Graf Pofadowsky.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Wahl des Präsidenten des Reichstages.

Vizepräsident Graf v. Stolberg verliest die Absätze 2 und 3 des § 9 der Geschäftsordnung und ersucht die Abgeordneten, beim Aufstuf ihres Namens laut mit „hier“ zu antworten und ihren Wahlzettel in die Urne zu werfen.

Das Ergebnis der Abstimmung ist folgendes: Es beteiligen sich 255 Abgeordnete, von den abgegebenen Stimmzetteln lauten: 195 auf den Namen des Abgeordneten Grafen v. Kallestrem, 89 Stimmzettel sind weiß, einer lautet auf den Abgeordneten Abtwardt. (Heiterkeit.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Der Abgeordnete Graf Kallestrem ist zum Reichstag somit zum Präsidenten gewählt worden. Ich werde den Gewählten, der jetzt im Reichstag nicht anwesend ist, fragen, ob er die Wahl annimmt, und werde darauf noch im Laufe der Sitzung zurückkommen.

Es folgt der zweite Gegenstand der Tagesordnung: Erste und eventuelle zweite Beratung des zwischen dem Reich, Italien und der Schweiz geschlossenen Abkommens betreffend den gegenseitigen Patentschutz, Marken- und Warenzeichenschutz.

Staatssekretär Graf Pofadowsky: Das Haus hat seiner Zeit den verbündeten Regierungen die Vollmacht erteilt, dem internationalen Abkommen betreffend den Schutz des gewerblichen Eigentums beizutreten, allerdings mit der Voraussetzung, daß zunächst sämtliche beteiligten Staaten ihrerseits dem Beitritt zustimmen.

Da aber nur noch einige Staaten von geringerer Bedeutung wie Spanien, Serbien und Brasilien dem Abkommen nicht beigetreten sind, bitte ich Sie, ihrerseits dem Beitritt zu genehmigen.

Abg. Gamp (Sp.) bittet um Zustimmung zu dem Abkommen. Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.) bezeichnet die beiden Konventionen als bedeutende Fortschritte. Einige Anstimmigkeiten, die darin enthalten sind, ließen sich nicht mehr beseitigen. Redner fragt den Staatssekretär, wie weit die Verhandlungen mit der Schweiz über die Gestaltung der Patentierungsbestimmungen gediehen sind.

Staatssekretär Graf Pofadowsky: In der Schweiz können nach der jetzt dort geltenden Patent-Gesetzgebung nur solche Erfindungen patentiert werden, die durch Modelle darstellbar sind. Die schweizerische Regierung scheint aber die erste Absicht zu haben, den Patentschutz auf alle überhaupt gewerblich verwertbaren Erfindungen auszudehnen. (Hört! hört!) Das zur Durchführung dieser Maßnahme erforderliche Referendum wird bei der Gerichtigkeitliebe, die das schweizerische Volk auszeichnet, unabweislich zu Gunsten dieser Reform ausfallen. (Bravo!) Die Frage wird also in einer für beide Teile durchaus befriedigenden Weise gelöst werden.

Die beiden Abkommen werden in erster und zweiter Beratung genehmigt.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend Phosphor-Fäudwärt.

Staatssekretär Graf Pofadowsky: Dieser Gesetzentwurf trägt einen vorwiegend socialpolitischen Charakter. Es ist im Reichstage wiederholt angeregt worden, die Herstellung und den Vertrieb von Phosphorhölzern, die mit gelbem Phosphor hergestellt sind, ganz zu verbieten. Im Interesse der Streichholz-Industrie hat man aber bisher davon abgesehen und nur in den Jahren 1884 und 1893 gewisse Vorichtsmaßregeln angeordnet. Die Erfahrung hat aber gelehrt, daß auf diesem Wege das von den verbündeten Regierungen und dem Reichstage gemeinsam erstrebte Ziel nicht zu erreichen ist. Auch in den besagten Fabriken sind schwere Fälle von Krebs vorgekommen, trotz der peinlichsten Beobachtung aller Vorichtsmaßregeln. So lange überhaupt der Vertrieb von Phosphorhölzern aus weißem oder gelbem Phosphor erlaubt ist, kann man es nicht verhindern, daß in der Hausindustrie contra legem die Fabrikation von weißem Phosphor vorgenommen wird — gerade dort aber, in Klammern, die vielfach auch als Wohn- und Schlafstätten der Familie dienen, werden die gesundheitsschädlichen Folgen dieser Fabrikation besonders verhängnisvoll. Nun lag die technische Schwierigkeit darin, daß man keinen Fäudstoff hatte, der sich leicht genug entzündet, um auch bei unsem weichen, in Deutschland wachsendem Kadelholz brauchbar zu sein. Die schwedischen Fäudhölzer werden mit hartem Holz hergestellt, das in Deutschland nur ganz vereinzelt wächst. Es müßte ein Fäudstoff erfunden werden, leicht genug entzündlich, daß bei der Reibung auch mit reinen Kadelhölzern nicht brechen. Nun hat uns ein Unternehmer das Patent eines derartigen Fäudstoffes vorgelegt, der unternehm und als den zu stellenden Anforderungen genügend befunden worden ist. Dies Patent wollen wir erwerben und den Fäudholzfabrikanten ohne Entschädigung zur Verfügung stellen.

Das neue Fäudholz wäre an jedem Gegenstand entzündbar, sogar, wie das der Arbeiter liebt, an den Kleidern; ferner wäre das Fäudholz aus einheimischem Kadelholz herstellbar. Ich hoffe, der Reichstag wird einstimmig der Vorlage beistimmen. Die Forderung der Interessenten auf Gewährung einer Entschädigung haben wir nicht als berechtigt anerkannt können. Wenn wir dahin kämen, jedem Fabrikanten, dem Änderungen in seinem Fabrikbetriebe auferlegt werden, Entschädigung zu gewähren, dann müßten wir den Teil unserer Socialpolitik preisgeben, der die Sicherung von Leben und Gesundheit der Arbeiter bezweckt.

Abg. Dr. Endemann (natl.): Der Gesetzentwurf bedeutet, so kurz er ist, einen ungeheuren Eingriff in eine blühende Industrie. Meine Freunde wünschen die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Dort wird auch das von dem Herrn Staatssekretär erwähnte Patent zu prüfen sein. Der hygienische Standpunkt ist ja zweifellos der wesentlichste und ausschlaggebende und von diesem Standpunkt aus muß man vollkommen mit der Vorlage einverstanden sein.

Vizepräsident Büsing: Ich sehe mich veranlaßt, die Verhandlungen auf kurze Zeit zu unterbrechen. Die Sie sehen, ist Graf Kallestrem im Hause anwesend. Ich richte an denselben die Frage, ob er die auf ihn gefallene Wahl zum Präsidenten des Reichstages annimmt.

Abg. Graf Kallestrem: Meine Herren! Sie haben mich am Beginn dieser Sitzung wieder mit einer sehr großen Majorität zum Präsidenten dieses Hauses gewählt und mir damit Ihr unverändertes Vertrauen in der Reichstagsdokumentation. Ich spreche Ihnen dafür meinen tiefgefühlten Dank aus und nehme, auf dieses Vertrauen gestützt, das mir von Ihnen übertragene Amt wieder an (Beifalles Bravo!) bei der Rehrheit.) und werde es nach wie vor nach bestem Wissen und Gewissen zu handhaben bestrebt sein.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.): Die Phosphornekrose ist durchaus nicht sofort bei Beginn der Erkrankung zu erkennen. In dieser Beziehung kann ich mich auf die früheren Verhandlungen berufen. Immerhin habe ich der Vorlage gegenüber einige Bedenken. Die Fabrikanten werden geschädigt, wenn man ihnen den Betrieb einfach wegnimmt, und diese Schädigung überträgt sich auf die ganze Gegend, soweit sie an der Fabrikation beteiligt ist. Abgesehen ist ein Betrieb sehr bald, und es ist sehr schwierig, sich in einen neuen Betrieb einzuarbeiten. Ueber das Erzeugnis, das die Regierung bietet,

muss volle Klarheit geschaffen werden. Ich bin deshalb ganz mit dem Vorreber einverstanden, der eine Kommission von 21 Mitgliedern vorgeschlagen hat. Nach dem Urteil von Sachverständigen ist das Erzeugnis nicht besonders gut; der Fäudstoff wird im Laufe der Zeit schlecht und verfaßt. 1893 hat die Gesetzgebung die Fabrikanten zu großen Aufwendungen für die gesundheitliche Verbesserung des Betriebes gezwungen, die sie vielleicht nicht angewendet hätten, wenn sie gewußt hätten, daß nach zehn Jahren bereits der ganze Betrieb verboten werden würde. Nach meiner Auffassung werden wir uns der Pflicht nicht entziehen können, die Arbeitgeber und die Arbeiter der Fäudholz-Industrie in gewissen Grade zu entschädigen. Ich wundere mich nur, daß die Herren der äußersten Linken über diese Entschädigung so leicht hinweggehen. Herr Reichmann sollte sich doch überlegen, ob er durch die schroffe Art des Vorgehens, durch die Expropriation ohne Entschädigung, sich die Bevölkerung der armen wirtlichen Gegenden, wo die Fäudholz-Industrie jetzt hergestellt wird, zum Danke verpflichtet. Sie (zur Socialdemokratie) machen die blutarme Bevölkerung da hinten noch viel ärmer. Bei einer Partei wie der Ihrigen, begreife ich das nicht ganz. Eine wirkliche Hilfe kann dieser Bevölkerung nur durch den Bau zweier neuer Eisenbahnlinien erwiesen werden, die es ermöglichen, daß neue Industrien dort eingeführt werden. Dann wäre die ganze Industrie mit einem Schlage beseitigt. Auf diese Angelegenheit werde ich beim Etat der Reichs-Eisenbahnverwaltung zurückkommen. (Beifall bei der freisinnigen Volkspartei.)

Abg. Rehter (C.) erklärt sich mit der Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission einverstanden. Die Erledigung der Vorlage hängt davon ab, ob es richtig ist, was die Motive sagen, daß die Regierung im Besitz einer neuen Fäudmasse ist, die zum Ersatz dienen kann.

Abg. Wurm (Soz.): Auch wir sind mit der Verweisung an eine Kommission einverstanden. Wir hoffen, daß die Mitteilungen der Regierung über die Verwertbarkeit des neuen Fäudstoffes sich als richtig erweisen. Meine Freunde, die bereits zu Beginn dieser Legislaturperiode einen Antrag auf Verbot des weissen Phosphors eingebracht haben, sind der Meinung, daß eine gesundheitschädliche Fabrikationsart verboten werden muß ohne Rücksicht auf die Schädigungen, die etwa für die Fabrikanten dadurch entstehen können. Die offizielle Statistik hat uns über den Umfang der Phosphornekrose völlig im Stich gelassen. Es ist jetzt durch Sachverständige festgestellt worden, daß die Phosphornekrose nicht nur eintritt, während die Arbeiter noch in dem betreffenden Betriebe beschäftigt sind, sondern oft noch viele Jahre nach ihrem Uebertritt zu einem andern Beruf. Die amtliche Statistik führt nur einen Teil der Erkrankungen an Phosphornekrose auf. Der größte Teil entzieht sich der öffentlichen Kenntnis, weil die Kranken nicht nur in den betreffenden Betrieben beschäftigt sind, um so energischer muß die Gesetzgebung eingreifen, um diesem Uebel ein Ende zu machen. Es bleibt mir die Frage, ob ein genügender Ersatz für den weissen Phosphor bereits gefunden ist. Das Vorgehen der Regierung ist ein sehr anerkenntniswerthes. Sie hat sich daran bekümmert, wie man eine bessere Fäudmasse findet. Es wäre sehr wünschenswert, wenn sie auch auf allen andern Gebieten, auf denen die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, in energischer Weise selbständig vorgeinge. Es handelt sich allein darum, ob das von der Regierung geprüfte Verfahren sich behaupten wird. Ein wichtiger Einwand wäre, daß die Fäudmasse zwar im Augenblick sehr brauchbar ist, aber nach längerem Lagern verfaßt. Das Beispiel, das Frankreich mit seiner staatlichen Fäudholzfabrikation uns giebt, muß immerhin bedenklich machen. Selbst eine kleine Vertenerung der Fäudhölzer wäre mit in Kauf zu nehmen. Die organisierte Arbeiterklasse hat sich wiederholt mit unserem Vorgehen einverstanden erklärt auf die Gefahr hin, eventuell die Fäudhölzer etwas teurer bezahlen zu müssen. Die zweite Frage ist die: Was soll mit diesen industriellen Geiseln? Hier entrollt sich uns ein Bild fürchterlichen Jammers. In den ärmsten Gegenden Deutschlands wird die Bevölkerung, die ohnehin schlecht genährt und wenig Lebensfreude hat, durch die Not dazu getrieben, sich einer Fabrikation zuzuwenden, die Leben und Gesundheit unerbittlich zerstört. Es sind besonders zahlreich junge Mädchen von 18—20 Jahren dabei, denen mit 21 Jahren bereits vielfach das Gesicht vollständig entstellt, der Unterleib weggefressen und die Nase zerkratzt ist. Principiell eine Entschädigung für Fabrikanten und auch für Arbeiter zu gewähren lehnen wir ab. Würden wir hier den Fabrikanten eine Entschädigung gewähren, die so gut sind, nicht mehr durch Verwendung von Phosphor das Leben ihrer Arbeiter zu gefährden, so hätten wir z. B. auch bei Einführung des Elftundentages für Arbeiterinnen die Unternehmer entschädigen müssen, die bisher Arbeiterinnen über 11 Stunden beschäftigten. Auf diese Weise wäre ein Arbeiterschutz überhaupt nicht möglich.

Zu der Kommission wird vor allem die Berechtigung der den Unternehmern gewährten Karenzzeit zu prüfen sein. Nach der Vorlage der Regierung sollen noch vier Jahre lang Arbeiter in dieser Industrie beschäftigt werden dürfen. Das ist eine viel zu lange Zeit, zu der gar kein Grund vorliegt, namentlich wenn das neue Verfahren sich behauptet. Wir hoffen, daß wenn das Gesetz in der Kommission noch in dieser Session erledigt ist, die Regierung den Termin des Inkrafttretens möglichst abfrühen wird. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Müsch-Reeber (natl.): Meine Freunde betrachten die Vorlage als einen weiteren Stein in dem Gebäude der Volkswohlfahrt, an dessen Fertigstellung noch viel zu arbeiten ist. Bereits 1879 hat der Reichstag eine Resolution im Sinne der Vorlage angenommen. Bei der Phosphornekrose handelt es sich nicht so sehr um die Anzahl der Fälle als um die Schrecken der Krankheit. Diese vor allem veranlassen uns, dem Verbot der Phosphorhölzer-Fabrikation zuzustimmen, wie es bereits in den Niederlanden, Dänemark und der Schweiz ausgesprochen ist.

Abg. Dr. Reimer (fr. Sp.): Die Erkrankungen an Phosphornekrose finden sich weniger in den Fabriken als in der Hausindustrie. In einem Orte meines Wahlkreises, Venedicinen, wo die Fäudholz-Fabrikation durch mehrere Fabriken vertreten ist, ist seit 1882 kein Fall von Phosphornekrose vorgekommen. Was das neue Patent betrifft, so beruht in Fabrikantenkreisen die Befürchtung, daß der neue Stoff leichter zur Explosion neigt als der frühere. Die Erklärung des Herrn Staatssekretärs wird ja nun etwas beruhigend wirken. Was die Entschädigungsfrage betrifft, so bin ich der Meinung, daß eine billige Entschädigung in diesem Falle doch berechtigt wäre, da es sich um die direkte Vernichtung einer Industrie handelt. Die einzelnen Punkte werden ja in der Kommission näher zu prüfen sein.

Abg. Reichmann (Soz.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Wurm an. Eine Entschädigung der Arbeitgeber ist in diesem Falle nicht angebracht, da es sich nur um eine Änderung in der Produktionsweise handelt. Man hat auf die Entschädigung der Privat-Pofanstalten verwiesen. Dort wurden auch die Arbeiter und Angehörigen entschädigt, weshalb wir damals schließlich für die Entschädigung eintraten.

Den Ausführungen des Abg. Müller-Meinungen bezüglich des Eisenbahnbaues kam ich nicht vollständig zustimmen. Es ist durchaus wünschenswert, daß die Regierungen die um ihre Existenz schwer ringende Bevölkerung des Rheininger Oberlandes durch den Bau von Eisenbahnen unterstützen. Gerade das Gegenteil aber geschieht. Während die Bevölkerung eine Bahn von Schölan über Giefeld nach Sommerberg für notwendig hält,

schaltet die Bahnverwaltung den größeren Teil der Bevölkerung vom Segen des Bahnbaues aus und baut die Bahn nur bis Giefeld. Im übrigen begreife ich den vorliegenden Gesetzentwurf mit großer Freude. Wenn er auch augenblicklich eine gewisse Sorge hervorruft, so wird er bei längerem Bestehen doch großen Nutzen stiften können. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Damit schließt die Beratung. Die Vorlage wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Kinderarbeit in den gewerblichen Betrieben.

§ 1 lautet in der Fassung der Kommission: Auf die Beschäftigung von Kindern in Betrieben, welche als gewerbliche im Sinne der Gewerbeordnung anzusehen sind, finden neben den bestehenden rechtserlässlichen Vorschriften die folgenden Bestimmungen Anwendung und zwar auf die Beschäftigung fremder Kinder die §§ 4 bis 11, auf die Beschäftigung eigener Kinder die §§ 12 bis 16.

Die Abg. Sanders und Genossen beantragen, auch die in der Landwirtschaft und im Gesindebetriebe beschäftigten Kinder in das Gesetz einzubeziehen, und zweitens, den Unterschied zwischen fremden und eigenen Kindern zu beseitigen.

Abg. Gamp (Sp.): Ich habe in der ersten Lesung zwei Verhandlungen aus dem Munde des Lehrers Agab über die ländliche Kinderarbeit als „triviale Verleumdungen“ bezeichnet. Herr Agab hat darauf nachgewiesen, daß jene Verhandlungen nicht von ihm selbst herrühren, sondern der vorliegenden Litteratur entnommen sind. Ich halte somit den von mir erhobenen Vorwurf gegenüber dem erwähnten Autor jener Verhandlungen aufrecht. Das Buch Agabs arbeitet vielfach mit starken Ueberreibungen.

Zum Beispiel wird der „Häsejunge“ von Herrn Agab mit den Worten charakterisiert: „Nüchtern, Heiß, Unmühselig, Tierquäler“ usw. Das Urteil der in erster Linie berufenen Beurteiler, der Geistlichen und Kreisfahulinspektoren, lautet ganz anders. Von diesen wird das ganze Buch des Lehrers Agab als übertrieben und entfallend bezeichnet. Agab habe aus dem ihm zugegangenen Material nur das Ungünstige herausgenommen und generalisiert. Seine Angaben über den großen Umfang der Häsejüngerei seien zum großen Teil unrichtig. Ein Brief eines Pfarrers nennt das Häsejunge eine der schönsten und geündesten Beschäftigungen des Landvolkes. Der Pfarrer erzählt, wie er sich oft zu den hütenden Kindern gesetzt, mit ihnen Lieder gesungen habe, wie die Mädchen einen Kranz gewunden haben und die Knaben dem Fluge eines Papstchens mit den Augen gefolgt sind. Wenn dann den Kindern die Hütchen der Bibel aus dem Leben der Patriarchen, wie Abrahams und Josephs, dargestellt werden, so zeigt sich den Kindern früh die eigenartige Poesie des Landvolkes. (Zuruf bei den Socialdemokraten.) Ich finde für jene Jurae keinen parlamentarischen Anstand, und imparlamentarische Ausdrücke zu gebrauchen habe ich keine Lust. Erneute Zurufe bei den Socialdemokraten. Vizepräsident Graf Stolberg bittet den Redner nicht zu unterbrechen. In Hintergedanken, das Sie (zu den Socialdemokraten) als das schlimmste Land hinzustellen lieben, wird von den Drischulbehörden die Erlaubnis zum Hüten den Kindern nur erteilt, wenn keine ständige Gefährdung der Kinder zu befürchten ist. Der Staat sorgt dort schon ausgiebig für den Schutz der Kinder und wenn die bestehenden Maßnahmen nicht ausreichen, so kann auf dem Wege der Verordnung weiteres verfügt werden. Es liegt somit keine Veranlassung vor, diesen Gesetzentwurf auf die ländliche Kinderarbeit auszudehnen. (Beifall rechts.)

Abg. Wurm (Soz.): Die Rede des Herrn Gamp lang in eine Aufforderung an die preussische Regierung zu übersetzen, die Kinder nach wie vor der Ausbeutung der Landwirtschaft zu überlassen. Wenn Herr Gamp gegenüber dem Gewähronamen Agabs den Vorwurf der Verleumdung erhebt, so hat er damit die evangelische Geistlichkeit der Provinz Brandenburg der Verleumdung geziehen. Dem Herr Agab demüßigt sich für jene Stellen seines Buches ausdrücklich auf ein Citat aus einem Werte über die geschichtlich-sittlichen Verhältnisse in jener Provinz, das von einem evangelischen Pastor auf Grund von Angaben seiner Amtscollegen bearbeitet worden ist. Nachdem Herr Gamp seine verteilte Rede bei der ersten Lesung gehalten hatte, hat noch ein anderer evangelischer Geistlicher in der „Frankfurter Zeitung“ Mitteilungen über die Lage der in der Landwirtschaft beschäftigten Kinder in Hessen gemacht. Herr Gamp wird hoffentlich jetzt nicht wieder behaupten wollen, daß ich mich zum Zwischenträger von Verleumdungen mache, wenn ich die Ausstellungen jenes heftigen Landparrers wiederhole. Demnach werden Kinder im Alter von 11—12 Jahren förmlich zu landwirtschaftlichen Diensten vermietet. Die Schule wird neben dieser Arbeit nur als ein notwendiges Uebel betrachtet. Der Pfarrer sagt, man müßte weinen, wenn man die müden, abgepaunten Kinder schon in den ersten Schulstunden mit ansehen muß. Die sittlichen Verhältnisse in den Schlafstuben dieser Kinder sind so, daß in ihnen jedes Schamgefühl erloscht werden muß. Reimliche schamlose Verhältnisse werden dem „Hamburger Fremdenblatt“ aus dem sächsischen Schleswig berichtet. Die Schulkinder erhalten von den ländlichen Besitzern nur die Hälfte des Lohnes der schulfähigen Anaben, haben aber dabei die gleiche Arbeit zu leisten. Deshalb bevorzugen die Gutsherrn die noch schulpflichtigen Kinder.

Wir haben, trotzdem wir wünschen, daß das Gesetz möglichst schnell erledigt werde, unsere Anträge wieder eingebracht, daß das Gesetz ausgedehnt werde auf die in der Landwirtschaft und im Gesindebetriebe beschäftigten Kinder. Die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Kinder ist sehr groß und auch sie haben ein Recht als Menschen behandelt zu werden. (Zuruf wahr! bei den Socialdemokraten.) Das was der Gewährmann des Herrn Gamp erzählt, glaube ich ja, aber damit ist nur erwiesen, daß jener Herr Pastor nichts gesehen hat. Nur giebt es belamlich auch socialpolitische Gründe, aber nach den Vätern kann man sich natürlich nicht richten. Die Schulinspektoren, die Pfarrer aller Konfessionen, die mit offenen Augen durch das Land gehen, sagen, daß die Ausbeutung der Kinder auf dem Lande ebenso schlimm ist wie in der Stadt. Ein Sanitätsrat in der Grauburger Gegend berichtet, daß ihm die Hütungen durch ihre besonders elende körperliche Entwicklung sofort als solche von den andern Kindern kenntlich sind. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Nicht nur die Kräfte, sondern auch alle Lehrer seien gegen diese Art der Beschäftigung. Die Kinder müßten zum mindesten vorher unterrichtet werden, ob sie einer solchen Arbeit gewachsen sind. Derselbe Sanitätsrat weiß auch, indem er von dem Mangel an Arbeitskräften als Grund der Beschäftigung von Kindern spricht, auf die wahre Ursache hin, weshalb Sie (nach rechts) sich so gegen die Vereitigung der Kinderarbeit auf dem Lande sträuben. Nicht im Interesse der Kinder, weil das Viehhüten eine so idyllische Beschäftigung ist, treten Sie für die Beschäftigung der Kinder ein, sondern weil Sie in ihnen billige und willige Arbeitskräfte haben zum Ersatz der ermüdeten Arbeiter, die Sie durch niedrige Löhne und schlechte Behandlung verlieren. (Zuruf wahr! bei den Socialdemokraten.) Sehr schädlich für die körperliche Entwicklung der Kinder ist auch das Hübenziehen. Der deutsche Handelsrat weist in einer Petition gegenüber der Behauptung des Staatssekretärs Grafen Pofadowsky, daß das Hübenziehen eine leichte Beschäftigung sei, darauf hin, daß das Hübenziehen und Kartoffelhacken sehr viel Kraft in Anspruch nimmt und besonders wegen des häufigen Wadens dem ländlichen Arbeiter sehr wenig zuträglich ist. Das sind Urteile von Pastoren, denen Sie sonst Ihre Ächtung nicht

berufen, nur wenn sie in Ihre Erwerbsinteressen eingreifen, dann sind dieselben Leute nicht mehr maßgebend für Sie und Sie berufen sich auf das Zeugnis eines beliebigen Herrn Pfarrers, der etwas nicht gesehen hat. Ein einziger Fall aber, bei dem man solche Mißstände sieht, wiegt tausend Fälle von denen auf, die nicht gesehen haben, weil sie entweder unfähig sind oder sich keine Mühe geben, etwas zu sehen.

Professor Dr. Hoppe hat im Auftrag des preussischen Medizinalrats den Regierungsbezirk Gumbinnen bereist und darüber amtl. zu Protokoll gegeben, daß die Gutsbesitzer die von ihm angeregte energische Bekämpfung der Grenzflöhe nicht mitmachen wollen, weil dann die Kinder eine Zeitlang von der Arbeit ferngehalten würden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Hier ist unwiderleglich nachgewiesen, was für ein Geist bei den Gutsbesitzern herrscht. Deshalb haben wir unsern Antrag auf Einbeziehung der in der Landwirtschaft beschäftigten Kinder gestellt. Mit dem Entwurf der Regierung wird nur ein halber Schritt getan. Alles, was für die in der Industrie beschäftigten Kinder gilt, gilt auch für die in der Landwirtschaft beschäftigten Kinder. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nun kommen Sie wieder mit Ihrer alten Ausrede: Man schädige ja nicht nur die Interessen der Arbeitgeber, sondern auch die der Arbeiter, da der Erwerb der Eltern verkleinert würde. Aber die soziale Gesetzgebung muß fortschreiten ohne Rücksicht darauf, daß vielleicht durch den Mißbrauch, der jetzt mit der Kinderarbeit geübt wird, einige Eltern geringe Vorteile haben. Die Landwirtschaft, der man eben erst Millionen in den Schoß geworfen hat, wird das kleine Opfer des Verbots der Kinderarbeit schon ertragen können. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Eine ganze Reihe von Unfällen, die ihren Ursprung aus irgend welchen Gründen nicht mehr erfüllen können, würden auf dem Lande leichte Beschäftigung finden, wenn ihnen die Kinderarbeit nicht so große Konkurrenz machte. Die Gesetzgebung muß auch die Kinder vor den eigenen Eltern schützen. Das ist ja Ihre (nach rechts) famose kapitalistische Wirtschaftsordnung, die den Kampf aller gegen alle zur Folge hat, sogar den Kampf der Eltern gegen die eigenen Kinder. (Unruhe rechts.) Wir wollen die Kinder gegen alle Ausbeutung und Verelendung schützen. Nehmen Sie deshalb unsere Anträge an. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Juid (fr. Sp.): Die Angaben des Lehrers Agald beruhen auf authentischen Quellen. Er schöpft u. a. aus Feststellungen von Lehrervereinen der Provinz Pommern. Die sittlichen Gefahren, denen die in der Landwirtschaft beschäftigten Kinder ausgesetzt sind, sind von glaubwürdigen Referenten durchaus beglaubigt. Wir haben allen Anlaß, der Beschäftigung der Kinder in den landwirtschaftlichen Betrieben, besonders in den Großbetrieben der Landwirtschaft, näherzutreten. Gerade die Kinderarbeit auf dem Großgrundbesitz muß eingeschränkt werden, während die Kinderbeschäftigung auf den kleinen Gütern nicht so viele Gefahren bietet. Die Mißstände sind vorhanden und wir müssen ihnen Einhalt thun, besonders in den Großbetrieben. Ich stimme in diesem Punkte durchaus mit meinem Vorredner überein und bin von der Notwendigkeit eines gesetzlichen Eingreifens überzeugt. Trotzdem glaube ich, daß wir erst das vorliegende Gesetz verabschieden sollen, um hoffentlich in kurzer Zeit ein besonderes Gesetz über den Schutz der landwirtschaftlichen Kinderarbeit vorgelegt zu erhalten. Das hierzu bisher vorliegende Material scheint mir trotz seiner Vorteilhaftigkeit auch noch nicht ausreichen für eine gesetzliche Normierung. Wir brauchen dazu eine noch sicherere Unterlage. Ich werde für den Antrag der Herren von der äußersten Linken stimmen, möchte aber dadurch keineswegs das Zustandekommen des vorliegenden Gesetzesvorwurfs gefährden. Ich betrachte den vorliegenden Entwurf nur als eine Abschlagszahlung und erwarte, daß die Regierung dem Werke des Kindergesetzes möglichst bald den Schlüsselstein einsetze. (Beifall links.)

Abg. Köhler (fr. Sp.): Auch ich stehe dem Antrag Wandert sehr sympathisch gegenüber. Da das Gesetz mit diesem Antrag aber nicht die Zustimmung der Mehrheit und des Bundesrates finden würde, so werde ich nicht dafür stimmen. Den Lehrer Agald gebührt für sein Werk der Dank des ganzen deutschen Volkes. Die scharfen Worte des Herrn Gamp können daran nichts ändern. Ich hätte mich gewünscht, solche Ausdrücke zu gebrauchen gegenüber einem Manne, der seine Lebensarbeit an dies verdienstvolle Werk gesetzt hat. Aus Mannheim wird mir mitgeteilt, daß Kinder im Alter von unter sechs Jahren zum Pflichten des Gopens verurteilt werden. Diese Beschäftigung dauert vom frühesten Morgen bis in die Nacht hinein. Nachts schlafen die Kinder mit Erwachsenen zusammen in Räumen, deren Atmosphäre jeder Beschreibung spottet. Trotz aller schlimmen Mißstände müssen wir uns hier zunächst mit dem Erreichbaren begnügen. Eigentlich müßten doch auch die Herren Sozialdemokraten gegen den Antrag Wandert stimmen, weil auch sie doch in jedem Fall die Annahme des vorliegenden Gesetzes erwünschten. Allerdings habe ich leider nicht das Vertrauen zu der Regierung, daß sie uns entgegen den Wünschen der Agrarier eine Ausdehnung des Kinderschutzgesetzes auf die landwirtschaftliche Arbeit vorschlagen wird. Es ist ein starkes Stück, wenn kürzlich die „Kreuz-Zeitung“ die ganze soziale Gesetzgebung den Konservativen und zum Teil auch dem Centrum zu gute schrieb, während alle übrigen Parteien, und insbesondere das liberale Großbürgertum, Gegner dieser Gesetzgebung gewesen sein sollen. Wir sind für das Erreichbare auf sozialem Gebiete stets eingetreten. Auch in Bezug auf die Unterscheidung zwischen eignen und fremden Kindern würden wir uns mit dem begnügen, was die Kommission beschlossen hat. Es ist doch anzuerkennen, daß in dieser Beziehung die Vorlage von der Kommission verbessert worden ist. (Beifall links.)

Darauf vertagt sich das Haus.
Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Polen-Interpellation und Fortsetzung der heutigen Beratung.)
Schluß 6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

9. Sitzung, Donnerstag, 20. Januar. 11 Uhr.

Am Ministerische: v. Poddieck.

Die zweite Lesung des Landwirtschafts-Etats wird fortgesetzt beim Titel „Gehalt des Ministers“.

Abg. Herold (C.):

Die Erwägungen des Ministers über die Einführung einer Schachtwagen-Versicherung könnten schneller zum Abschluß gelangen, als es in Aussicht genommen ist. Wenn Preußen mit der Förderung dieser Angelegenheit energisch vorangeht, werden die übrigen Bundesstaaten bald nachfolgen. Die ewigen „Erwägungen“ entsprechen nicht preussischen Traditionen. (Sehr wohl! im Centrum.) Auch die Neuverteilung der Jagdverpachtung ist dringend erforderlich. Die Bevölkerung wünscht dringend eine generelle Neu-Ordnung aller auf das Jagdweiden bezüglichen Verhältnisse. Weiterhin bedarf das landwirtschaftliche Erbrecht einer gesetzlichen Regelung, die in den verschiedenen Provinzen verschieden sein und überall den herrschenden Volksempfindungen und Ueberlieferungen Rechnung tragen muß. Darin würde auch ein richtiges Moment für die Entschuldung des landwirtschaftlichen Besitzes liegen. Redner verlangt ferner Weiterbildung des landwirtschaftlichen Schulwesens. Die Landwirtschaftskammern sollen sich von politischen Tendenzen fernhalten und belebend auf das landwirtschaftliche Vereinswesen einwirken.

Der Etat weist ja manche Ausgaben zur Förderung der Landwirtschaft auf. Aber dem ganzen Landwirtschafts-Etat fehlt der große Zug! (Lebhafte Zustimmung im Centrum und rechts.) Da wäre es die Aufgabe eines Landwirtschafts-Ministers, endlich einmal eingzugreifen und eine Förderung der Land-

wirtschaft im großen Stil vorzunehmen. (Lebhafte Zustimmung im Centrum und rechts.) Es kommt hier z. B. in Betracht die Hebung des Handwerks auf dem Lande und die Ausgestaltung der Verkehrswege, speziell der Eisenbahnen auf dem Lande. Hier sollte der Landwirtschafts-Minister intensiver auf den neuen Eisenbahn-Minister einwirken.

Die immer wiederholte Behauptung des Abg. Gothein, daß die Höhe die Preise der Lebensmittel verteuern, wird durch Wiederholung nicht wahr. Das Primäre ist die Produktion, erst das Sekundäre die Konsumtion. Die Lebenshaltung der Arbeiter ist am besten dort, wo die Lebensmittel am teuersten sind, wie in den Industriezentren. Das beweisen die Thatfachen. Freiherr v. Wangenheim hat gegenüber den Bauernvereinen eine direkt feindliche Stellung eingenommen. Nachdem die Bauernvereine alles so schön organisiert hatten, daß niemand es besser machen konnte, da kam der Bund der Landwirte und wollte dasselbe machen. Die Bauernvereine genügen völlig zur Wahrnehmung der landwirtschaftlichen Interessen. Der Bund der Landwirte ist ein unfassbares Ding. Ich verweise auf seine Haltung im Parlament in der Zolltariffrage. Der Vorstand des Bundes der Landwirte hat sich gegen den Zolltarif erklärt. Trotzdem hat die Mehrheit der im Reichstage sitzenden Bundesmitglieder für den Zolltarif gestimmt! Wir werden uns durch die übertriebenen Forderungen des Bundesvorstandes nicht von einem ruhigen Eintreten für die Interessen der Landwirtschaft abhalten lassen, ebensowenig wie wir uns durch die einseitige und engherzige Haltung der Sozialdemokratie, die sich als alleinige Vertreterin der Arbeiterinteressen aufspielt und permanent unerfüllbare Forderungen stellt, davon abhalten lassen, auf dem ruhigen, sicheren Wege fortzuschreiten und für die Arbeiter zu erstreben, was irgend möglich ist. Die Landwirtschaft hatte ein wesentliches Interesse daran, daß der Zolltarif in der Form angenommen wurde, wie wir ihn formuliert haben. Wenn es nach dem Willen des Freiherrn v. Wangenheim gegangen wäre, hätte die Landwirtschaft gar nichts bekommen. Das wußte auch der Freiherr v. Wangenheim, denn er hat einmal von sich selbst erklärt: „Dumm bin ich nicht!“ (Große Heiterkeit.) Es ist kein Kunststück, in agitatorischer Weise für einen 7,50 Mark-Gebirgszoll einzutreten. Ich hätte leicht für 10 M. eintreten können und wäre dann dem Freiherrn v. Wangenheim noch über gewesen. (Heiterkeit im Centrum.) Herr v. Wangenheim hat sich dann von andern die Kastanien aus dem Feuer holen lassen. Er selbst wünschte, wenn er es auch nicht zugestanden hat, das Zustandekommen des Kompromisses und hat, wenn auch nicht positiv, so doch passiv zu seinem Zustandekommen beigetragen. Jetzt gehen die Bundesführer nun im Lande herum und erwecken Unzufriedenheit. Es läge mehr im Interesse des Landes, die erregten Gemüter zu beruhigen als sie von neuem aufzuregen. (Lebhafte Zustimmung im Centrum.) Diejenigen, die immer unerfüllbare Forderungen erheben und dadurch die Unzufriedenheit schüren und Zwietracht unter den positiven Schutz-zöllnerischen Parteien erregen, verfländigen sich schwer am Vaterlande! (Lebhafte Beifall im Centrum, Unruhe rechts.)

Abg. Engelbrecht (fr. Sp.) bleibt auf der Tribüne fast vollkommen unverständlich. Er scheint über die Entscheidung von Grund und Boden zu sprechen und als erstrebenswertes Ziel hinzustellen, daß die deutsche Getreidekonsumtion im Falle eines Krieges vom Ausland unabhängig sei.

Abg. Lüders-Gronau (fr. Sp.) bittet den Minister auf den Ausbau des Eisenbahnnetzes auf dem platten Lande hinzuwirken. Die Landwirtschaft verdiene Förderung auch von dem Gesichtspunkte aus, daß mit ihr die Wehrkraft des Landes stehe und falle. Deshalb müsse alles geschehen, um der ländlichen Bevölkerung ihre Zufriedenheit zu erhalten.

Abg. Junke (fr. Sp.): Ueber den Quebrachozoll hat Abg. Racco in nicht besonders sachmännischer Weise sich geäußert. Die Lederindustrie ist die drittgrößte Industrie in Deutschland. Auf Grund der Quebracho-Einfuhr hat sich diese Industrie in Deutschland in einer so bedenklichen Weise entwickelt, daß es geradezu ein Frevel wäre, die Art an die Wurzel dieser Industrie zu legen. Wenn ein Quebrachozoll von sieben Mark, das ist ungefähr 110-120 Prozent des Wertes, wirklich durchgeföhrt wird, so wäre die erste Folge der Ruin dieser Industrie, ohne daß die Schälwäldungen Deutschlands sich auf ihren früheren Zustand der Prosperität zurückbringen lassen würden. Schon jetzt macht der amerikanische Schuß-Import der deutschen Industrie sehr starke Konkurrenz. Herr v. Wangenheim bezweifelte gestern die landwirtschaftlichen Kenntnisse meines Freundes Dr. Krüger. Aber er selbst hat in seinen Ausführungen über den Quebrachozoll nicht gerade den Befähigungsnachweis erbracht, in Sachen der Lederindustrie mitzusprechen. (Heiterkeit links.) Es giebt heute in Deutschland keine bedeutende Lederfabrik mehr, die nicht irgend welche exotische Zusätze, meistens Quebrachozoll, zu ihrem Gerbstoffe hinzunähme. Es steht in Frankreich außer jedem Zweifel, daß in der Praxis der 7 Mark-Quebrachozoll nicht aufrecht erhalten werden kann. (Sehr richtig! links.) Die interessanten Ausführungen des Abg. Herold beweisen, daß auch unter den Mehrheitsparteien jetzt so etwas wie ein handels- und wirtschaftspolitisches Gewissen erwacht. Der Herr sagte, die Hauptsache sei jetzt, daß wir zu Handelsverträgen kommen. Die Differenzen, die jetzt unter den Schutzöllnern selbst sich ergeben haben, lassen uns wenigstens einigermassen hoffen, daß auch hier die Dinge nicht so heiß geoffen werden, wie sie geoffen sind. (Sehr gut! links.) Deshalb hoffe ich auch, daß der 7 Mark-Zoll für Quebrachozoll wesentlich herabgesetzt oder ganz beseitigt wird und daß die deutsche Lederindustrie nach wie vor ihr Rohmaterial zollfrei vom Auslande beziehen kann. (Beifall links.)

Abg. v. Oldenburg-Jansschau (L.): Ich würde den Herrn Grafen Eimburg-Stimm oder Grafen Rantzau nie vorzuwerfen wagen, daß sie ihre Stimme zum Zolltarif gegen ihre innere Ueberzeugung abgegeben hätten. Ebenso sehr deamdrücke ich aber auch für mich, daß ich selbst nach bestem Wissen und Gewissen meine Stimme abgegeben habe, nicht aber, wie Herr Herold meinte, zu einem agitatorischen Zweck. Diesen unkollegialischen Vorwurf des Herrn Herold weise ich ganz energisch zurück. Durch die Annahme des Zolltarifs ist kein glücklicher Zustand für die Landwirtschaft geschaffen. Wir haben keineswegs die Politik des „alles oder nichts!“ getrieben. Ich hätte eventuell für den Antrag v. Kardorff eintreten können, wenn die Bindung der Reichszölle beibehalten worden wäre. Wenn auch das nicht zu erreichen war, so hätte wenigstens eine Herabsetzung der Industriezölle erfolgen müssen. Man hat gesagt, wir hätten va banque gespielt. Aber die Herren, die den Zolltarif angenommen haben, haben einen Blancowechsel ausgestellt, und es fragi sich, was gefährlicher ist. Es ist ja möglich, daß die Handelsverträge der Landwirtschaft ungünstig werden und der Industrie günstig. Solche Handelsverträge müssen wir ablehnen, denn die Landwirtschaft ist ihnen dann in den zehn Jahren ihrer Dauer nicht gemächlich. Sie ist im Mark krank.

Abg. Frhr. v. Wangenheim (L.) tritt für die Erhaltung des Schälwaldes und einen hohen Quebrachozoll ein. Die Arbeiter, die dann eventuell in der Lederindustrie überflüssig würden, lämen leicht in anderen Industrien unter, aber den ruinirten Schälwald könne kein Gott zum Leben zurückverleben. Redner polemisiert dann gegen den Abg. Herold und das Centrum. In einzelnen Centramtsblättern würden geradezu schmutzige Angriffe gegen den Bund der Landwirte gerichtet. Er wisse sich bei seinen Abstimmungen von unanständigen Motiven frei. Das Centrum solle den Kampf gegen den Bund der Landwirte aufgeben, es werde agrarisch sein müssen, oder es werde nicht mehr sein. Der Bund werde jetzt unter den katholischen Bauern seine Ausläuferarbeiten beginnen. Der neue Zolltarif nähme der Landwirtschaft nichts, die Regierung habe neulich durch den Grafen Posadowski im Reichstag der Landwirtschaft gesagt, daß sie aus Berechtigungs-Forderungen immer schwerer bewilligen könnte. Diese Worte kennzeichneten die Situation klarer als alles andre. Von der Regierung sei für die Landwirtschaft nichts mehr zu hoffen. (Beifall rechts.)

Abg. Schmitz-Dasselhof (C.) tritt für die Erhaltung des Schälwaldes und einen hohen Quebrachozoll ein. Mit dem Zolltarif sei für die Landwirtschaft ein erheblicher Vorteil erzielt worden. Seine Freunde ständen samt und sonders auf dem Standpunkt des Herrn v. Kardorff. Das Centrum werde so lange gegen den Bund der Landwirte Front machen als dieser in die bauerlichen Vereine des Westens einzubringen trachte, diese Organisationen zu fördern suche. Das Centrum könne keine rein agrarische Partei sein, es müsse allen Berufsständen Rechnung tragen, deshalb ergab sich die bittere Notwendigkeit, den Zolltarif anzunehmen.

Abg. Frhr. v. Jeditz (fr. Sp.) bestreitet gegenüber dem Abg. v. Oldenburg, daß Zolltarif und Obstruktion nicht zusammengehören. Es habe sich im Reichstage herausgestellt, daß eine Mehrheit zur Wiederwirkung der Obstruktion nicht vorhanden war, ohne daß vorher eine Verständigung über den Zolltarif selbst bei der Mehrheit erfolgt war. Deshalb hätten alle die politisch klug und patriotisch gehandelt, die dem Antrag v. Kardorff zugestimmt haben. Redner warnt vor agrarischen Ueberreibungen, die Landwirtschaft brauche das Vertrauen zur Regierung durchaus nicht zu verlieren.

Abg. Goldschmidt (fr. Sp.) nagelt die Bemerkung des Abg. v. Kardorff vom geistigen Luge fest, daß nach Aufhebung des Identitätsnachweises die volle Höhe des Getreidezollses im Inlandpreise zum Ausdruck komme. Redner geht auf die Getreidezollfrage näher ein und weist nach, daß die jetzige Zollpolitik nur die Grund- und Bodenpreise in die Höhe treibe und dadurch die Lage der Landwirtschaft fortgesetzt verschlimmert werde. Die jetzige Zollpolitik fördere nur den Großgrundbesitz, nicht den bauerlichen Besitz. (Unruhe rechts: Sie verstehen ja von der Landwirtschaft gar nichts! Heiterkeit.) Dieser Vorwurf ist nicht neu, er ist so abgebraucht, daß er keinen Eindruck mehr auf uns macht. Wir lassen uns dadurch nicht abhalten, unsere Meinung zu sagen, wenn sie auch den Vertretern des Großgrundbesitzes nicht gefällt. (Sehr gut! links.) Die Mehrheitsparteien spielen eine Komödie, wenn sie es so darstellen, als sei für die Landwirtschaft mit dem Zolltarif nichts gethan. Der Zolltarif ist so agrarisch, daß man mit ihm kaum zu Handelsverträgen kommen werde. (Beifall links.)

Abg. Dr. Hahn (W. d. L.) polemisiert gegen die Abgg. Schmitz und Goldschmidt. Frhr. v. Jeditz habe sich hier als freiwilliger Regierungskommissar gezeigt. Die Regierung verdiene nicht das Vertrauen der Landwirte, denn sie habe die Wünsche der agrarischen Majorität des Reichstages nicht erfüllt. Dieser Regierung gegenüber müsse der Reichstag fest bleiben. Nur so lasse sie sich etwas abringen. Nach der letzten Erklärung des Grafen Posadowski sei es klar, daß die Regierung Ranchezpolitik treiben wolle. Man sehe das ja auch im Verhalten der Regierung der Sozialdemokratie gegenüber. Diese Partei werde nicht zielbewußt und energisch bekämpft. Die Rede Sebels habe keine genügende Abwehr durch den Reichstanzler erfahren. Dieser suche allen mit Liebenswürdigkeiten zu begegnen. Die Landwirtschaft werde bei den Wahlen gegen die Regierung Stellung nehmen. Es müßten Männer gewählt werden, die die neuen Handelsverträge ablehnen. In diese Lage sei man zum guten Teil durch die Verschlingungs-politik verlegt worden.

Landwirtschaftsminister v. Poddieck:

Solche Worte, wie sie hier von einem Mitgliede des Hauses gegen die Regierung geschleudert worden sind, können, wie Sie mir nachsühlen, von mir nicht unbedacht gelassen werden. (Sehr richtig! im Centrum und links.) Es hat mich in meinem konservativen Herzen tief gekränkt, solche Worte hier hören zu müssen. Ich habe mein ganzes Leben für die Landwirtschaft und ihre Förderung gekämpft, aber nach dieser Rede ist das Tuch zwischen mir und dem Bunde der Landwirte zerschnitten. Nach solchen Worten giebt es kein Mechten mehr von meiner Seite. (Sehr richtig! im Centrum und links.) Ich verstehe nicht, was diese Rede veranlaßt hat? Warum diese Provokationen? Der dritte Vorliegende des Bundes der Landwirte hat hier Worte gesprochen, die hoffentlich keinen Widerhall in der ländlichen, sicherlich nicht in der konservativen Bevölkerung des Landes finden werden. In Volksversammlungen kann man mit beredeten Worten über eine Situation hinwegtäuschen. Das geht doch aber in diesem hohen Hause nicht. (Sehr richtig! im Centrum und links.) Der Vorredner hat fortwährend Zolltarif und Handelsverträge zusammengeworfen, die Handelsverträge sehen doch aber noch gar nicht fest. Ich glaube, selbst der Reichstanzler kann heute noch nicht sagen, wie sie ausfallen werden. Also das muß man abwarten. Bis heute habe ich gehofft, daß die besonnenen Elemente im Bunde der Landwirte die Oberhand gewinnen werden. Heute, nachdem ich diese provokatorische Rede gehört habe, ist diese Hoffnung zu Schanden geworden. Der Reichstanzler hat neulich unter Beifall hier gesagt: Der Zolltarif bedeuete einen Fortschritt für die Landwirtschaft und die Regierung werde bei den Handelsverträgen durch die That beweisen, daß sie gewillt sei, das Interesse der Landwirtschaft ernsthaft zu vertreten. Das ist auch mein Standpunkt, den ich mit der ganzen Kraft meiner Persönlichkeit durchzuführen bestrebt sein werde. (Beifall links.)

Abg. Hirth (L.) bespricht das landwirtschaftliche Schulwesen. Die Diskussion wird hierauf durch einen Schlussantrag geschlossen.

Personlich bemerkt

Abg. Dr. Hahn (W. d. L.): Der Minister hat mich zu Unrecht in einen Nebenlag zu den übrigen Rednern der Rechten gebracht. Ich habe niemals andres gesagt, als was die Abgg. v. Wangenheim und v. Oldenburg auch gesagt haben. (Sehr richtig! links.) Ich muß es auch zurückweisen, agitatorisch oder provokatorisch gesprochen zu haben. Ich habe nur konstatiert, aus welchen Beobachtungen heraus ich das Vertrauen zur Regierung verloren habe. Das war weder provokatorisch, noch agitatorisch. (Lachen links.) Dasselbe was ich heute hier gesagt habe, ist im Reichstag oft gesagt worden, ohne daß sich Herr v. Poddieck so aufgeregt hätte. Ich möchte auch feststellen, daß es eine Zeit gab, wo auch Herr v. Poddieck der Regierung kein Vertrauen entgegenbrachte. Ein Tischstuch, an dem der Minister v. Poddieck und der Bund der Landwirte gemeinsam saßen, giebt es beinahe schon seit vielen Jahren nicht mehr; es konnte also auch feins zerschnitten werden. (Heiterkeit.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. (Fortsetzung der Staatsberatung.) Außerdem Antrag Langerhans betr. die Feuerbestattung.)
Schluß 4 1/2 Uhr.

Haus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 2. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20: Vortrag des Frä. Alice Salomon über „Die Verklärung der Arbeitszeit der Frauen“. Gäste willkommen. — Unser diesjähriges Stiftungsfest findet Sonntag, den 15. Februar, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20, statt. Aus dem reichhaltigen Programm heben wir hervor: Konzert, Recitation des Frä. Luise Dumont vom Deutschen Theater, Mitwirkung eines Doppel-Quartetts (M. d. A. S. B.) und des Solosängers Herrn A. Kaye, Recitanz der Damen-Abteilung des Turnvereins „Richte“. Billets a 30 Pf. sind in sämtlichen Zahlstellen sowie an den Vereinsabendungen zu haben. Wir bitten die Mitglieder, sich rechtzeitig damit zu versehen, da nur eine beschränkte Anzahl ausgegeben wird.

Der Vorstand.

Briefkasten der Redaktion.

M. Silber. 2. Erwähnen Sie sich bei der Redaktion der „Nachzeitung für Sauerbr.“ nicht Engel-Wer 15, sondern Köpplickerstr. 32.
G. D. In unsern Bedauern: nein.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 30. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr
Opernhaus, Lohengrin.
Schauspielhaus. Die Welt, in der man sich langweilt.
Neues Opern-Theater. Geschlossen.
Deutsches. Roma Vanna.
Berliner. Mit-Helberg.
Festung. Der blinde Passagier.
Neues. Die Blige.
Reizend. Lutti.
Thalia. Charleys Tante. Vorher: Cassis Pascha.
Weiten. Die lustigen Weiber von Windsor.
Central. Madame Sherry.
Belle-Alliance-Theater. Am Telephon. Hierauf: Cupido u. Cie.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Ein Ehrenwort.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmsstädt. Theater.) Hier: Zwei Affen im Feuer.

Carl Weik. Familie Humbert.
Luisen. Der Richter von Ravenna.
Metropol. Neues! Allerneuestes! Bunt. System Aubert.
Kleines. Nachspiel.
Trianon. Die Liebeschaukel.
Casino. Christliche Arbeit. Specialität.
Apollo. Specialitäten. — Frau Emma.
Palast. Auf hoher See. Specialitäten.
Wintergarten. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Steidl. Steidl-Sänger.
Passage-Theater. Specialitäten.
Passage-Panoptikum. Specialitäten.
Urania. Taubenstrasse 48/49.
Das Land Tirol.
Im Hörsaal um 6 Uhr: Dr. Donath: Einführung in die Wechselstrom-Erscheinungen.
Invalidenstrasse 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Central-Theater

Abends 7 1/2 Uhr:
Madame Sherry.
Morgen und die folgenden Abende: Dieselbe Vorstellung.
Sonabend, den 31. Januar 1903, nachmittags 4 Uhr, halbe Preise. Jeder Besucher ein Kind frei. Jedes Kind erhält ein Geschenk.
Schneeweißchen und Rosenrot.
Weihnachtsmärchen mit Gesang und Tanz in 4 Bildern.
1. Bild: Der verzauberte Hirt. 2. Bild: Der böse Geist. 3. Bild: Am Weihnachtsabend. 4. Bild: Die Erlösung.
Sonntag, den 1. Februar, halbe Preise: Die Geisha. Abends 7 1/2 Uhr: Madame Sherry.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73. Anfang 7 1/2 Uhr.
Heute und folgende Tage:
Charleys Tante.
Vorher: Cassis Pascha.
Guido Heiliger als Charleys Tante.
Sonntag, den 1. Februar, halbe Preise: **Egmont.**
Am 6. Februar zum erstenmal: **Der Kamellenonkel.** Pöffe mit Gesang u. Tanz v. Leon Leipziger.

Luisen-Theater.

Zum erstenmal:
Der Richter von Ravenna.
Anfang 8 Uhr:
Morgen: Die Maschinenbauer von Berlin. — Sonntag, den 1. Februar, nachmittags 3 Uhr, halbe Preise: Die Maschinenbauer von Berlin. 8 Uhr: Die Tochter Bellas.

Belle-Alliance-Theater.

Alle Abende 7 1/2 Uhr:
Am Telephon.
Drama in zwei Aufzügen.
Wegen 8 1/2 Uhr:
Cupido u. Cie.
Schwank mit Ges. u. Tanz in 3 Akten.
Sonntag, den 1. Februar, nachmittags 3 Uhr, halbe Preise: **Der Dornenweg.** Schauspiel in 3 Akten von Felix Blüppel. **Josefina Dora** vom Thalia-Theater als Gast.

Metropol-Theater.

Mit glänzender Ausstattung:
Neuestes!
Allerneuestes!
Revue in 5 Bildern von J. Freund.
Musik von Victor Holländer.
Gastspiel Julius Spielmann.
Emil Thomas a. G., Henri Bender.
Frid Frid, Fl. Siding, Hans Reichsberg.
300 Mitwirkende.
Grandioses Ballett.
Sonabend, den 31. Januar 1903:
2. grosser Metropol-Theater-Ball.
Anfang 8 Uhr.
Rauschen überall gestattet.

Trianon-Theater.

Georgenstrasse.
zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.
Die Liebeschaukel.
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay.
Anfang 8 Uhr.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Das Land Tirol.
Im Hörsaal um 6 Uhr: Dr. Donath: Einführung in die Wechselstrom-Erscheinungen.
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS Panoptikum

Friedrichstrasse 165.
Wilhelm Busch
Ausstellung.
Neu! **Otto Reutter** Neu!
Zauberkünstler **F. Roberts**
(d. Verschwinden einer Dame).
Kasperle-Theater. — Illusionen.
Gr. Promenaden-Konzert.

Passage-Theater.

Anfang: Sonntags 3 Uhr,
Wochentags 5 Uhr, Ende 11 Uhr
Vorletzter Tag!
Augusta Adamovic,
Willy Prager.
Voranzeige: Sonntag, 1. Febr.:
AGA die schwebende Jungfrau.
Ein mysteriöses Theaterstück.
14 neue erstklass. Nummern.

Wintergarten.

Sonabend, den 31. Januar
Erstes Auftreten von
Yvette Guilbert
Keine erhöhten Preise.

Apollo-Theater.

Tägl. 8-9 1/2 Uhr: Specialitäten u. auf dem Hängeboden.
Freitag und Sonntag:
Nakiris Hochzeit.
Sonabend und Montag: **Frau Luna.**
Sonntag, den 1. Februar, nachmittags 3 Uhr: **Frau Luna** zu ermäßigten Preisen. Sonntagabend: **Nakiris Hochzeit.**
Buntes Theater
Königsplatzstrasse 68.
Abends 8 Uhr:
System Aubert
Die angewandte Philosophie.
Sonntag, den 1. Februar, 3 Uhr nachmittags, bei bedeutend ermäßigten Preisen: **Lore Nora.** Biene. Abergläubisch. Bokken Lasso.
Residenz-Theater.
Direktion: Sigmund Lautenburg.
Zum erstenmal:
Lutti. (Loute.)
Schwank in 4 Akten von Pierre Veder. Deutsch von Max Schönaa.
Morgen und folgende Tage: **Lutti.**
Sonntag, den 1. Februar, nachmittags 3 Uhr zu bis über die Hälfte ermäßigten Preisen: **Nora.**
Casino-Theater
Lothringergstr. 37.
Nur bis Freitag:
Ehrliche Arbeit.
8 Uhr: Die glänzenden Specialitäten.
Sonabend: Neu! **Lehmann.**
Zum erstenmal: **Cavalleria rusticana.**

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Ein Ehrenwort.
Schauspiel in 4 Akten von Otto Erich Hartleben.
Sonabendabend 8 Uhr:
Das Geheimnis der Gilde.
Sonntag, den 1. Februar, nachmittags 3 Uhr:
Doktor Klaus.
Sonntagabend 8 Uhr:
Das Geheimnis der Gilde.

Wintergarten

Das sensationelle
Januar-Programm.
Tortajada Spanische Tänzerin.
Paul Conchas: „Im Bivouac“,
Morton und Elliott, Excentrics.
Walms und Marinette, Tanzduo.
Thompsons Wunder-Elefanten.
Otto Reutter, Humorist.
Das **Bordoverry-Trio.**
Adrienne Larive, Pariser Sängerin.
Alburtus u. Bartram, Keulen-Jongl.
Die 7 Allison, Akrobaten.
„Das Mädchen mit dem goldenen Haar“, Eine Vision.
Pariser Luft, Ballett.
„Die Reise in den Mond“, Biographische Bilder

Carl Weiss-Theater.
Grosse Frankfurtstr. 132.
Familie Humbert
oder:
Der 100 Millionen-Schwindel.
Aktuelle Sensationskomödie in 5 Akten (6 Bildern) nach dem bekannten Pariser Vorgänge von Edouard Godelle, deutsch von J. Barn.
Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater

Burgstr. 22. Früher: Jeen-Palast.
Nur noch bis Freitag, den 30. Jan.:
Der unergleiche Schlager!
Abends 8 1/2 Uhr:
Auf hoher See.
Lebensbild (Gesang u. Tanz) in 3 Akten.
Dazu das phänom. Jan.-Programm.
Anfang 8 Uhr. — Ende 50 Pf.
Sonabend, den 31. Januar 1903:
Gr. Premieren-Abend.
8 1/2 Uhr. Zum erstenmal: 8 1/2 Uhr:
Berliner Luft.
Gr. Operettenstücke mit Gesang und Tanz in 3 Akten von H. Rofé.
Mit durchaus neuer Ausstattung.
Wilhelm Zwiclow. Dir.: Rich. Winkler.

W. Noack's Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Heute: Große Extra-Vorstellung.
Luftschlösser.
Hoffe in 3 Akten von Mannstätt und Keller.
Morgen: Keine Vorstellung.

Bernhard Rose-Theater

Sadstr. 58.
Freitag, den 30. Januar 1903:
Grosse Extra-Vorstellung.
Neu! **Theodora.** Neu!
Drama in 4 Akten (6 Vermählung) von Heinrich Geising.
Mit neuen Dekorationen, Kostümen und Requisite.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag: **Gewonnene Herzen.**
Bolzstr. mit Gesang.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
u. a.: **Vor 25 Jahren**
Bühnenstück v. Meyfel.
Zum Jubiläum, neu:
O diese Chansons
parnithen in
Quartette von Godelle.

Schiller-Theater N.

(Friedrich-Wilhelmsstädt. Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Esther.
Von Franz Grillparzer.
Hierauf: **Zwei Affen im Feuer.**
Lustspiel in 3 Akten frei nach Calderon von Friedrich Adler.
Sonabendabend 8 Uhr:
Sappho.
Sonntag, den 1. Februar, nachmittags 3 Uhr:
Heimat.
Sonntagabend 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.

Cirkus Schumann

Freitag, den 30. Januar 1903,
abends 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend.
Hervorrag. neues Elite-Programm.
Ausserdem:
Nur noch kurze Zeit!
Mr. Diavolo.



Looping und the Loop.
sowie
Die lustigen Heidelberger.
Morgen Sonabend zum 75. Male:
Looping the Loop.
Sonntag, den 1. Februar, die reizende Pantomime: **Pierrots Weihnachten.**
Zum Schluss: Die **Riesenhonbonnière** und der **Bonbonregen.**
In beiden Vorstell. **Looping the Loop.**

Sanssouci

Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Nach jeder Vorstellung:
Tanz-Kränzchen.
De Lup in Lupt.
Sensationsparodie.
Säle zu Reizlichkeiten.

Steidl-Theater

Oranienstr. 122. Dresdenburger Thor.
Neues Programm.
Der vorzügliche Tenorist **Galvalag.**
Herner: **Kleines Lagerstück:**
Familie Humbert.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Ende 50 Pf.
(Vorverkauf Sonntag 40 Pf.)

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke 3
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Wochentags:
Eintritt frei!
5 Künstler-5 Kapellen
Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.
Achtung, Billig!
10 Bld. Rippenfanster III 2,25 Bld.
10 „ do. II, sehr leicht, 2,75 „
10 „ do. I, prima Taaf, 3,00 „
10 „ Victorico-Melange 3,75 „
10 „ Pastoren-Tafel 4,50 „
10 „ Maryland-Wildung 5,00 „
10 „ Holländischer-Tabak 5,75 „
10 „ Parinas-Geld 7,50 „
versendet franco gegen Nachnahme
J. Mattesen, Versand.
Haderleben (Schlesw.)

Der Fall Krupp.

Sein Verlauf und seine folgen.
Eine Thatsachen-Sammlung von G. Birk & Co., München, Wittelsbacherplatz 2.
Preis 50 Pf.
Bestellungen auf diese sensationelle, auf Thatsachen beruhende Darstellung werden schon jetzt entgegen genommen. 4292*

Cirkus Busch.

Freitag, den 30. Januar 1903,
abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Vorstellung.
Kalifornische Seelöwen. — Tartakoff Troupe. — Elefant und Pferd.
Amateurreiten — Dahomey mit Elefanten im Bade.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.

Nachtsyl.

Königstadt-Casino.
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich erst. Specialitäten-Vorstellung. Jed. Mittwoch, Sonnabend und Sonntag Tanzkonzerte.
Anf. Bochent. 8, Sonntag 6 Uhr

Gratweils Bierhallen

Theater u. Variété
Kommandanten-Str. 77/79.
Direktion: Carl Haverland.
Täglich: **Gr. Vorstellung.**
Das grosse amüsante **Januar-Programm**
Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Jed. Sonabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung:
TANZ.

Etablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Der schöne Max aus Franz.-Südholz.
Heute: **Bockbierfest.**
Im Keller-Zaal:
Norddeutsche Sänger und Tanz.

Café Schurig.

Oranien-Str. 144
dicht am Moritzplatz.
Rauch 10 u. 15; Bier 10 Pf.
Billard u. Stunde 40 Pf.
Gr. Auswahl v. Zeitungen, modernen Zeitschriften und Journalen. [1902]

Nowawes. Restaurant Otto Kiemke

Wallstrasse 55.
Am Sonntag, den 1. Februar, findet in meinem vergrößerten Lokal zur Umwehung das

1. Urbockbier-Fest

statt. Schwach, Mäßen und musikalische Unterhaltung. [4042]
Hierzu laden Parteigenossen sowie Freunde ergebenst ein. D. O.
Ein interessantes Buch ist:
Die französische Lyrik i. 19. Jahrh.
von Sigm. Mehring.
14 Bogen, nur 2 Bld. br. 3 Bld. geb.
Der Vortrag im Verein „Freie Volkshilfe“ am 20. d. gilt als die beste Empfehlung.
Exemplare sind in der Buchhandlung des „Vorwärts“ vorräthig. [4412]

Charlottenburg.

M. Schmerberg [1882]
Wilmersdorfer Str. 127.
Uhrmacher und Goldarbeiter.
Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu äußerst billigen Preisen.
Optische Artikel. Uhrmacher werden schmerzlos gestochen.

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser treues Mitglied
Otto Bewart
Zolmsstr. 43
am 25. d. Mts. im Alter von 37 Jahren gestorben ist.
Seine feinen Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Kreuzkirchhofs in Paraden-dorf aus statt. 136/7
Um zahlreichere Beteiligung ersucht
Die Verbandleitung.

Dankagung.

Hiermit sage allen Freunden, Bekannten, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und der Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter für die rege Beteiligung und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes meinen herzlichsten Dank.
Die trauernde Witwe Frau Stiller
18965 nicht Kindern.

Danksagung.

Allen Verwandten, Bekannten, den Kollegen der Sächsischen Tischlervereins sowie dem Theater-Verein „Professur“ sage hierdurch für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau Hedwig Genthe geb. Meyer meinen besten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen:
Wilh. Genthe nebst Kindern. 18966

Carl Schneider,

171, Oranienstrasse 171.
empfiehlt sein Weiß- u. Garbisch-Bierstoff, Billard und Billardzimmer mit Piano (bis 50 Personen fassend). 4672*

Reste

in Herren-Stoffen
spottbillig
direkt an Private:
a Meter 2,25
für Anzüge u. Paletots
reines Kammgarn.
Blau Cheviot
für Kinder-Anzüge
1,50 M. per Meter!!
Tuchfabrik-Niederlage
Koch & Seeland
Berlin C.,
Ross-Strasse 2.



ff. Kalbleder aus einem Stück mit Goldschnecke Mk. 1,46.

Carl Schmidt,

Büsten-Fabrik,
BERLIN W.,
Taubenstr. 23,
empfiehlt seine weltberühmten **Stoffbüsten**
für jede Körperform.
Figur wie nebensteh.
von 7 Mk. bis 50 Mk.
Unentbehrlich zur Anfertigung der Kostüme.
Katalog V gratis und franco.
Man hüte sich vor wertlosen Nachahmungen. 4682*

Julius Fischer, Boeckstr. 7.

empfiehlt allen Freunden und Genossen sein Lokal „Bereinszimmer zu 25 Personen, „Leipziger Volkszeitung“ mit Lotterieliste liegt aus. 1892*



C. Hänel,

Kottbuscherstr. 1, pt.
Hocheleg. Herren-, Damen-
Masken.
Große Auswahl zu enorm billigen Preisen.
Kunststopferei
von 2892*
Frau Kokosky,
Zetunstr. 18, Turgeb. hochparl.

Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee No. 11-13.

Unser **Bockbier-Ausstoss** beginnt
am **Dienstag, den 27. Januar er.**
Ebenso empfehlen wir unser
Helles und dunkles Tafelbier,
Gambrinus-Bräu nach Münchener Art
und **Böhmisches Pilsener**
Telephon-Amt VII 3120 für Bestellungen in Fässern.
do. VII 5088 „ „ „ „
do. VII 1670 „ „ „ „
Flaschen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Central-Kranken- und Sierbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

Oertliche Verwaltung Berlin D (Moabit). Sonntag, den 1. Februar 1903, vormittags 10 Uhr, in der Brauerei Friedrichshöhe, 104. Moabit, Turmstr. 25/26, II. Saal:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht vom 1. Quartal 1902. 2. Verschiedenes. 3. Bericht über die Kassenangelegenheiten. 4. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwünscht. Die Ortsverwaltung.

Sonnabend, den 7. Februar, in der Kronenbrauerei, Alt-Moabit 17-19: Grosser Wiener Maskenball.

Der Ueberwacht ist für die angezeigten Mitglieder obiger Klasse bestimmt. Sittlich 50 Pf. sind auf den Eintrittskarten sowie in der Veranstaltung zu haben. Es ladet ergebenst ein: Das Komitee.

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Bureau: Berlin O 22, Dorotheenstr. 15. Telefon: Amt III Nr. 5028.

Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend. Sonntag, den 1. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Cohn, Feuststr. 20:

Generalversammlung.

Tages-Ordnung: 1. Beschlusstzung über die Umänderung der Beitragsleistung. 2. Verschiedenes. In dieser Versammlung muß jedes Mitglied anwesend sein. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Der Vorstand. S. A.: Wih. Schäfer.

Verband der Bauanschläger Deutschlands.

Ortsverwaltung Schöneberg. Sonntag, den 1. Februar 1903, vormittags 10 Uhr, bei Hauser, Hauptstr. 97:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Verhandlungsangelegenheiten. 2. Verschiedenes. Aufnahmen neuer Mitglieder finden statt außer in den Versammlungen in den Nachbarorten: Charlottenburg bei Hagen, Schenckstr. 50, Fernspr. 470; Berlin bei Barthmann, Duffenstr. 75, Fernspr. Amt 3, 3058; Müldorf bei Voell, Rosenstr. 21, Fernspr. 312; Schöneberg bei Köhler, Tempelhoferstr. 17, 1854b.

Die weltbekannte Bettfedern-Fabrik
Guthaus, Berlin S., Prinzenstr. 46, verleiht gegen Kaution gegen neue Bettfedern d. Pfd. 50 Pf., bessere Halbannen d. Pfd. 32.125, beste Halbannen d. Pfd. 32.125, beste Halbannen d. Pfd. 32.125. Von diesen Dingen gewähren 3 bis 4 Pfund zum großen Vorteil. Verpackung frei. Preis u. Probe gratis. Die Anerkennung ist.

Dr. Simmel, Prinsenzstr. 41.
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

Masken- und Theater-Garderobe.
Grosse Auswahl historischer Kostüme. Vereinen Preisermässigung. E. Elzel-Beck, Neanderstr. 34, Amt VIIa 7700.

Central-Verband der Maurer.

Zahlstelle Berlin. Freitag, den 30. Januar 1903, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Anträge zum Verbandstage. 2. Wahl der Delegierten zum Verbandstage. Mitgliedsbuch resp. Bescheinigung legitimiert. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Gutes Besuch erwartet. Die Verbandsleitung.

VI. Wahlkreis.

Schönhauser Vorstadt. Sonntag, den 1. Februar, abends 6 Uhr, im Jägerhaus, Schönhauser Allee 103:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Glenden und die Gottbegnadeten. Referent: Stadtverordneter Genosse Adolf Hoffmann. 2. Diskussion. Nachdem: Gemütliches Beisammensein und Tanz. Zahlreiches Besuch erwartet. Der Vertrauensmann.

Arbeiter-Radfahrerverein „Berlin“.

Sonntag 2 Uhr: Brandenburger Thor nach Spandau bei Halleser. Donnerstag: General-Versammlung bei Merowitz, Andreasstr. 99, NB. Sittensgabe zum Radfahren am 28. Februar im Schminchen Brandhaus. 11/5

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter (Ortsverwaltung Berlin S.)

Sonntag, den 1. Februar 1903, vorm. 9 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal V, Duergebäude. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1902. 2. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter (S. A. Nr. 3, Hamburg)

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter (S. A. Nr. 3, Hamburg). Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter (S. A. Nr. 3, Hamburg). Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter (S. A. Nr. 3, Hamburg).

Mitglieder-Versammlung

am Sonntag, 1. Februar, bei Wernau, Schmiedestr. 29/21. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1902. 2. Unsere Tätigkeit. 3. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Reges Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Nur noch 14 Tage! Blut-feliche Hasen 2, Wildfleisch

Blut-feliche Hasen 2, Wildfleisch. Nur noch 14 Tage! Blut-feliche Hasen 2, Wildfleisch. Nur noch 14 Tage! Blut-feliche Hasen 2, Wildfleisch.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter. Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter.

Mitglieder-Versammlung

Mitglieder-Versammlung. Mitglieder-Versammlung. Mitglieder-Versammlung.

Seidenstoffe

Seidenstoffe. Seidenstoffe. Seidenstoffe.

Pauldrach & Ott

Pauldrach & Ott. Pauldrach & Ott. Pauldrach & Ott.

Dichter- u. Komponisten-Abende

Dichter- u. Komponisten-Abende. Dichter- u. Komponisten-Abende. Dichter- u. Komponisten-Abende.

Frische Blut- u. Leberwurst

Jeden Freitag von mittags an: Richard Augustin, Frühlings-, Mittagstisch, Sitzungszimmer.

Raucher Haas-Tabak

Raucher Haas-Tabak. Raucher Haas-Tabak. Raucher Haas-Tabak.

Berliner Shag hell

Berliner Shag hell. Berliner Shag hell. Berliner Shag hell.

Seidenstoffe

Seidenstoffe. Seidenstoffe. Seidenstoffe.

Pauldrach & Ott

Pauldrach & Ott. Pauldrach & Ott. Pauldrach & Ott.

Dichter- u. Komponisten-Abende

Dichter- u. Komponisten-Abende. Dichter- u. Komponisten-Abende. Dichter- u. Komponisten-Abende.

Seidenstoffe

Seidenstoffe. Seidenstoffe. Seidenstoffe.

Pauldrach & Ott

Pauldrach & Ott. Pauldrach & Ott. Pauldrach & Ott.

Dichter- u. Komponisten-Abende

Dichter- u. Komponisten-Abende. Dichter- u. Komponisten-Abende. Dichter- u. Komponisten-Abende.

Seidenstoffe

Seidenstoffe. Seidenstoffe. Seidenstoffe.

Pauldrach & Ott

Pauldrach & Ott. Pauldrach & Ott. Pauldrach & Ott.

Dichter- u. Komponisten-Abende

Dichter- u. Komponisten-Abende. Dichter- u. Komponisten-Abende. Dichter- u. Komponisten-Abende.

Seidenstoffe

Seidenstoffe. Seidenstoffe. Seidenstoffe.

Pauldrach & Ott

Pauldrach & Ott. Pauldrach & Ott. Pauldrach & Ott.

Dichter- u. Komponisten-Abende

Dichter- u. Komponisten-Abende. Dichter- u. Komponisten-Abende. Dichter- u. Komponisten-Abende.

Seidenstoffe

Seidenstoffe. Seidenstoffe. Seidenstoffe.

Pauldrach & Ott

Pauldrach & Ott. Pauldrach & Ott. Pauldrach & Ott.

Dichter- u. Komponisten-Abende

Dichter- u. Komponisten-Abende. Dichter- u. Komponisten-Abende. Dichter- u. Komponisten-Abende.

Seidenstoffe

Seidenstoffe. Seidenstoffe. Seidenstoffe.

Pauldrach & Ott

Pauldrach & Ott. Pauldrach & Ott. Pauldrach & Ott.

Dichter- u. Komponisten-Abende

Dichter- u. Komponisten-Abende. Dichter- u. Komponisten-Abende. Dichter- u. Komponisten-Abende.

Seidenstoffe

Seidenstoffe. Seidenstoffe. Seidenstoffe.

Pauldrach & Ott

Pauldrach & Ott. Pauldrach & Ott. Pauldrach & Ott.

Dichter- u. Komponisten-Abende

Dichter- u. Komponisten-Abende. Dichter- u. Komponisten-Abende. Dichter- u. Komponisten-Abende.

Jedes Wort 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

- Garbinenhans Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737
- Diesjährige elegante Herren-Anzüge und Paletots aus den modernsten Stoffen in guter Verarbeitung und mit besten von 18 bis 45 Mark. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstr. 141, Ecke Krühlstr. *
- Vorjährige elegante Herren-Winterpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25 bis 40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verbandshaus Germania, Unter den Linden 21. 14638
- Winterpaletots, Anzüge, Soppen, Socken, fertig und nach Maß, Große Frankfurterstr. 16, August Schiller.
- Teppiche (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Berlin, Hofscheer Markt 4, Bahnhofs Börse. 1195
- Teppiche, Winterpaletots, Betten, Anzüge, Steppdecken, Gardinen, Böden, Remontierarbeiten, Kostümmodelle (schöne) Teppichhaus, Neanderstr. 6, Teilzahlungen gestattet.
- Pianos, Vertikon, Standuhr, Radios, Spiegel, Stühle, Regulatoren (schöne) Teppichhaus, Neanderstr. 6. 5716
- Pianos, Gelegenheitskauf, billig verkauft Neanderstr. 15, parterre rechts (Neanderstr. 15). 5719
- Teppiche mit besten Teppichfabrikation Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737
- Wingmaschinen auf Abzahlung, ohne Anzahlung, Bellmann, Gollnowstr. 26, nahe der Landwehrstr. 14673
- Nähmaschinen, Langschiffchen, 12 Mark. Walter-Bülow 8 Mark, Bellmann, Gollnowstr. 26, nahe der Landwehrstr. 14682
- Kanarienhähne, kräftige Jungweibchen verkauft Kramer, Klagstr. 136. 746
- Kanarienvogel, Weibchen verkauft Scholtz, Schönhauserstr. 20. 7420

Verantwortlicher Redakteur: Carl Reid in Berlin. Für den Inhalt verantwortlich: Th. Glöckner in Berlin, Druck und Verlag: Vorwärts

Kleine Anzeigen.

- Wohnungen**
Wohnungen von 1000, 1. März und 1. April. Näheres beim Verwalter. 722
- Zimmer**
Freundlich möbliertes Zimmer, 12 Mark. Näheres beim Verwalter. 1800b
- Schlafstellen**
Möblierte, separate Schlafstelle für 2 Herren. Preis 10 Mark. 788
- Arbeitsmarkt**
Junge Schneider, der 3/4 Jahre gelernt hat, sucht Stellung, um sich zu vervollständigen. Näheres unter R. D. an Schumann 19. 1800b
- Verschiedenes**
Rechtsbureau Jodisch, Gruner Weg. 1800b
- Wohnungen**
Zwei Stuben mit Küche, Preis 20,10, vermietet 1. April. Näheres bei Schöneberg, Gollnowstr. 85. 7425

Anzeigen für die nächste Nummer werden

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Anzeigenblättern für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptredaktion Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Stellenangebote.

- Büchler, tüchtige, verlangen 18 Mark. Näheres beim Verwalter. 1800b
- Junge Mann sucht Beschäftigung gleich oder später. Näheres beim Verwalter. 1800b
- Bücher-Druckerei sucht tüchtige Arbeiter. Näheres beim Verwalter. 1800b
- Büchler, tüchtige, verlangen 18 Mark. Näheres beim Verwalter. 1800b
- Junge Mann sucht Beschäftigung gleich oder später. Näheres beim Verwalter. 1800b
- Bücher-Druckerei sucht tüchtige Arbeiter. Näheres beim Verwalter. 1800b

Verantwortlicher Redakteur: Carl Reid in Berlin. Für den Inhalt verantwortlich: Th. Glöckner in Berlin, Druck und Verlag: Vorwärts

An unsre Parteigenossen!

Die zahlreichen Wünsche der Berliner Genossen nach Befestigung der neuen Geschäftslokaleitäten des „Vorwärts“ konnten bisher aus geschäftlichen Gründen nicht in gewünschter Weise befriedigt werden. Um nun weiteren Kreisen die Befestigung zu ermöglichen, haben wir Vorkehrung getroffen, daß an den vier Sonntagen im Monat Februar...

bier Sonntagen im Monat Februar vormittags von 9—12 Uhr

diese Befestigung unsrer neuen Druckereilokalitäten

unter sachmännischer Leitung stattfindet. Wir bitten daher die Lit. Vereine, sich bei uns unter Angabe der wahrscheinlichen Teilnehmerzahl zu melden, damit ihnen Mitteilung gemacht werden kann, an welchem der vier Sonntage sie an der Reihe sind.

Die Befestigung der neuen Rotationsmaschinen während des Betriebes kann nur in beschränktem Maße an Wochentagen in der Zeit von morgens 2 1/2 Uhr bis 5 Uhr und nur nach vorheriger Anmeldung bei der Geschäftsleitung stattfinden.

Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt. Paul Singer & Co.

Lokales.

Das Ober-Verwaltungsgericht und die Theaterzensur.

Der Polizeikommissar Berlins hat im vergangenen Jahre reichliche Arbeit geleistet. Ueber seine Leistungen hatte das preussische Ober-Verwaltungsgericht am 29. Januar schon wieder einmal zu befinden. Es handelte sich um den „historischen Schwank“ „Das Thal des Lebens“...

Der Dichter führt uns ein in das „Thal des Lebens“, eine arme Gegend, wo die Armenindustrie blüht und es viele uneheliche Kinder giebt. Der Marzgraf, ein alterer, abgelebter Herr, der aber trotzdem gern einen Erben hätte, will die unehelichen Kinder verbieten und ihre Erzeuger streng verfolgen. Als jedoch die junge Marzgräfin, die Gefallen an einem jungen, blühenden Soldaten, einem Sprossling des „Thales des Lebens“ findet, eines Sohnes geneigt ist, schwimmt der Marzgraf in Wolken, verzichtet alles mögliche und holt sich selber eine Arme aus dem „Thal des Lebens“.

Der Oberpräsident verwarf die Beschwerde. Er gab zwar zu, daß die öffentliche Ordnung nicht durch die Aufführung gefährdet werden würde, erklärte aber, das Verbot rechtfertige sich durch die dem Publikum drohende Gefährdung der öffentlichen Sittlichkeit. Nunmehr klagte der Beschwerdeführer beim Ober-Verwaltungsgericht. Zur Begründung der Klage wurde u. a. geltend gemacht: Die Dichtung gehele gerade jene Verhältnisse. Sie habe nichts gemein mit jenen von Lascivitäten strotzenden Stücken französischer Autoren, die nicht von der Zensur beanstandet würden.

Der Oberpräsident verwarf die Beschwerde. Er gab zwar zu, daß die öffentliche Ordnung nicht durch die Aufführung gefährdet werden würde, erklärte aber, das Verbot rechtfertige sich durch die dem Publikum drohende Gefährdung der öffentlichen Sittlichkeit. Nunmehr klagte der Beschwerdeführer beim Ober-Verwaltungsgericht. Zur Begründung der Klage wurde u. a. geltend gemacht: Die Dichtung gehele gerade jene Verhältnisse. Sie habe nichts gemein mit jenen von Lascivitäten strotzenden Stücken französischer Autoren, die nicht von der Zensur beanstandet würden.

Das Ober-Verwaltungsgericht wies die Klage ab und erklärte das Verbot für gerechtfertigt. Begründend wurde ausgeführt: Es müsse zugegeben werden, daß nicht verhindert werden kann und darf, daß auch unsittliche Zustände auf die Bühne gebracht werden; es würde sonst ja nicht möglich sein, historische Dinge darzustellen. Da es hier aber allein auf die Wirkung auf das Publikum ankomme, so müsse verlangt werden, daß die Darstellung unsittlicher Zustände im Dienste vielleicht einer gewaltigen historischen Idee oder im Dienste einer sittlichen Idee erfolge. Durch die Handlung, den Zusammenhang oder irgendwie sonst müsse das zum Ausdruck kommen. Das sei aber hier nicht der Fall. Das Stück müsse nach seinem ganzen Inhalt und Zusammenhang als ein Angriff auf die öffentliche Sittlichkeit angesehen werden, die nur ein Teil der öffentlichen Ordnung sei und somit von der Polizei nach § 10 II. 17 Allgemeinen Landrechts geschützt werden müsse.

So wird also an der Kunst gestraft, was an dem sächsischen Hofe etwa an Verschönerungen vorgekommen.

Es scheint, daß die Oberhofmeisterin der entschloffenen Kronprinzessin Duffe fortan im Reiche der Kunst eine herrschende Rolle ausüben soll. Gut, daß der selige Aristophanes nicht heute zu leben braucht. Das Ober-Verwaltungsgericht hätte sicherlich in seinen meisten Kommodien die „gewaltige historische Idee“ und die „sittliche Idee“ vernichtet. Also, Ihr Dichter, schreibt nur noch für Triots' hübsche Joten! Dann findet Ihr Gnade!

Die neugewählte Kammer für Berlin und die Provinz Brandenburg trat gestern im hiesigen Provinzial-Ständehaus zu einer Sitzung zusammen. Es fanden zuerst unter Leitung des Oberpräsidenten v. Bethmann-Sollweg die Reuwahlen für den Vorstand statt. Zu gerichtlichen Sachverständigen für Berlin wurden gewählt: Dr. Schönheimer, Dr. Joachim und Sanitätsrat

Dr. Patschlowitz. Der Kammer liegt der Bericht über die Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1902 vor. Daraus ist ersichtlich, daß das Anlagevermögen eine Einnahme von 67 855,72 M. ergeben hat. Für die Befestigung der Kuppelkuppel hat die Kammer 610,05 M. verausgabt. Zur Deckung sämtlicher Unkosten ist in Vorschlag gebracht 1. die Erhebung von 10 M. Grundsteuer, was bei den 3630 Hektar des Bezirks eine Einnahme von 36 300 M. ergeben würde, 2. die Erhebung eines Zuschlages von 5 Proz. auf die Einnahmen von mehr als 5000 M., was eine weitere Einnahme von 37 351 M. ergeben würde. Dieser Schätzung liegt eine sehr interessante Statistik über das Einkommen der Ärzte im hiesigen Stadtbezirk zu Grunde. Nach dieser Statistik hatten im Jahre 1902 in Berlin 556 Ärzte oder 28 Proz. aller Ärzte ein Einkommen unter 3000 M. gegen 561 im Jahre 1901 und 529 im Jahre 1900. In Charlottenburg hatten dieses Einkommen 82 oder 21,81 Proz. gegen 78 im Jahre 1901 und 76 im Jahre 1900. In Misdorf hatten dieses Einkommen 6 oder 20 Proz., gegen 8 im Jahre 1901 und 10 im Jahre 1900. In Schöneberg hatten dieses Einkommen 49 oder 37,12 Proz. gegen 47 im Jahre 1901 und 31 im Jahre 1900. Ein Einkommen von 4—5000 M. hatten für 1902 in Berlin 298 oder 15 Proz., in Charlottenburg 44 oder 11,7 Proz., in Misdorf 9 oder 30 Proz., in Schöneberg 26 oder 19,7 Proz. Ein Einkommen von 5000 M. und darüber hatten für 1902 in Berlin 941 oder 47,38 Proz., in Charlottenburg 200 oder 55,8 Proz., in Misdorf 18 oder 43,34 Proz., in Schöneberg 48 oder 38,26 Proz.

Der Nachtverkehr der Großstadt. Die großen und wachsenden Ansprüche, die das nie ruhende Leben der Großstadt an die Verkehrsmittel stellt, zeigt am deutlichsten die allmähliche Verminderung der nächtlichen Betriebsaufs. Zur Zeit des Betriebes mit Pferden war z. B. bei der Straßenbahn eine Betriebspause von 5 bis 8 Stunden in der Nacht die Regel. Die gesteigerten Ansprüche des großstädtischen Verkehrs haben sie mehr und mehr verfeinert, so daß sie schon dem ununterbrochenen Betriebe nahe gekommen ist. Die Betriebspause beträgt auf einzelnen Bahnhöfen kaum mehr als eine Stunde. So fehlt auf dem Bahnhof 18 in der Markstraße seit der Einführung der Nachtwagen der letzte Wagen der Linie 78 Ab. 10—11 Uhr—Gertrude-Luisenpark erst um 1/4 Uhr heim. 1,40, also nur 1 Stunde und 10 Minuten später macht sich schon der erste Wagen der Linie 69 Köpenick—Schönberg auf den Weg. Gerade fünf Viertelstunden dauert die nächtliche Betriebspause auf dem Bahnhof 14 in der Arenbergstraße. Hier kommt um 1/4 Uhr der letzte Nachtwagen der Linie 34 Gendarmenbrunnen—Opert. 1/4—Kreuzberg in den Wagenstopp. Um 1/5 fährt schon der erste Wagen der Linie 80 Müllerstraße—Wintersfeldplatz vom dem Bahnhof. 2 Minuten länger oder 1 Stunde 17 Minuten hat der Bahnhof 10 in Schöneberg in der Weißgerstraße nächtliche Betriebspause. Hier fehlt 3,38 der letzte Nachtwagen vom Alexanderplatz auf der Linie 72 heim. 8,10 verläßt den Bahnhof schon der erste Papagei von der Linie 64 Bahnhof Zoologischer Garten—Landsberger Allee. 1 Stunde und 37 Minuten ist die Betriebspause auf dem Bahnhof 12 in der GutsMuthsstraße in Charlottenburg. Hier kommt um 3,13 der letzte Wagen der Linie 9 Moabit—Zehlener Bahnhof nach Hause. 4,50 geht schon der erste Wagen der Linie 15 von Moabit nach Misdorf. Kurz überall wo die neu eingeführten Nachtwagen verkehren, dauert die Betriebspause höchstens 2 Stunden. Auch auf den andern Bahnhöfen ist sie nicht sehr erheblich, da der Betrieb gerade auf den Linien ohne Nachtverkehr besonders früh einsetzt. Eine Betriebspause von 5 Stunden hat überhaupt kein Bahnhof mehr. Selbst auf dem Bahnhof mit der längsten Nachtstrecke, dem Bahnhof 6 in Zehlendorf, dauert die Pause nur 4 Stunden 40 Minuten. 12,19 kommt zwar schon der letzte Wagen von der Charlottenstraße nach Hause, 6,01 aber wird bereits der erste Wagen zum Oranienburger Thor geschickt.

Eine Professur für Chinesisch soll an der hiesigen Universität wieder errichtet werden. Bis zum Jahre 1894 bestand an der Universität eine Professur für die klassische chinesische Sprache und Literatur, einschließlich Mongolisch und Mandschu, als Lehrstuhl für orientalische Sprachen. Diese Professur ging ein, obwohl sich die Universität wiederholt um ihre Fortführung bemühte. Voriges Jahr erhielt der bisherige unbesoldete außerordentliche Professor Dr. Grube, ein sehr tüchtiger Kenner des Hochchinesischen, der chinesischen Bezeichnungssprache, und zugleich der ganzen chinesischen Literatur und Kultur, gegen eine angemessene Remuneration einen Lehrauftrag in der gedachten Richtung. Jetzt hat sich die Unterrichtsverwaltung entschlossen, die Stelle in eine etatsmäßige zu verwandeln.

Zu der Angelegenheit der unsauberen Wärdereien wird magistratsamtlich geschrieben: Die Wärdereien „Kontordia“ und „Germania“ sollen angeblich wegen des Berichtes des Ausschusses für Anstalten und Anträge am Berliner Gewerbeamt über die Unsauberkeit in Wärdereien die Abfertigung der Vorfinden des Berliner Gewerbeamtes v. Schulz wegen Verleumdung zu verfallen. Die Anzeigen sind sehr schlecht beraten, wenn sie das Gericht antufen. Herr v. Schulz ist für den Bericht und für die Verleumdung nicht verantwortlich, sondern höchstens die Mitglieder des Ausschusses, das aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern besteht. Das amtliche und nichtamtliche Material des Ausschusses über die Unsauberkeit in einzelnen Betrieben ist dazu angethan, noch mehr Aufsehen zu erregen als der Bericht des Ausschusses.

Der Kaufmann Hugo Kochler aus der Wilhelmstraße 84 zu Lichtenberg, der seine Geliebte, die Kartondruckerin Martha Berken aus der Reinholdstraße 26 in der Tegeler Vorstadt erschoss, die Leiche unter dem aufgespannten Regenschirm neben einer jungen Frau liegend und sich später, wahrscheinlich in seiner Wohnung, einen Revolver in den Kopf schied, wurde gestern durch die Charité nach dem Untersuchungsgefängnis übergeführt. Die Behandlung seiner Frau, die er geisteskrank sei, hat sich im Krankenhaus als unrichtig erwiesen.

Der Mörder der Witwe Ludwig, Kellner Feid Weber, auch Adolf Leschnold genannt, wird der Todesstrafe entgegen, da er nicht ausgeliefert wird. Nach russischem Gelehrte wird ein Russe wegen eines im Auslande verübten Verbrechens überhaupt nicht ausgeliefert, auch dann nicht, wenn er durch langen Aufenthalt im Auslande und Vernachlässigung seiner Bürgerpflichten die Zugehörigkeit und den Schutz seines Heimatlandes verloren hat. Es kommt allein darauf an, daß der Verbrecher die That im Auslande verübt hat und in Auslande ergriffen worden ist. Weber kann hiernach im schlimmsten Falle zu 20 Jahren Verbannung und Zwangsarbeit verurteilt werden. Der Tod durch den Strang steht in Auslande nur auf Hochverrat.

Der Landbeamte Max Kehler, der der Darmstädter Bank 700 000 M. unterschlug, traf gestern aus der Schweiz hier ein und wurde in das Untersuchungsgefängnis gebracht. Das Auslieferungsverfahren wickelte sich außerordentlich rasch ab. Kehler wurde nicht von besonders entzündeten Beamten hierher geholt, sondern kam mit dem gewöhnlichen Schut mit andren zusammen.

Durch den steilen Wind, der seit vorgestern über Berlin hinwegweht, sind die Gläser der Seen in der Umgebung der Reichshauptstadt zertrennt. Die Eisflächen werden durch den hohen Wellengang auseinander getrieben, so daß sich förmliche Eisberge bilden, die der Schifffahrt nicht ungefährlich sind. Auf der Spree, wo eine große Anzahl Lastkähne die Fahrt wieder aufgenommen haben, müssen die Schiffer eine ganz besondere Sorgfalt entwideln, da bei einem Zusammenstoß mit einem Eisblock die Seitenwände der Kähne leicht zerschnitten werden.

Ein Zusammenstoß der Feuerwehre mit einem Straßenbahnwagen der Westlichen Berliner Vorortbahn fand gestern nachmittag um

5 Uhr in der Goltzstraße, Ecke Frankfurterstraße statt. Zu dieser Zeit kam ein Leiterwagen der Feuerwehre die Goltzstraße entlang, und auf das Warnungssignal hin hielt der Motorwagen vorchristlich an der Ecke der Frankfurterstraße. Vermutlich infolge zu kurzer Wendung beim Ausbiegen wurde der schwere Feuerwehrowagen gegen die Vorderplattform des Motorwagens geschleudert, die bei dem Anprall völlig eingedrückt wurde. Personen wurden bei dem Zusammenstoß glücklicherweise nicht verletzt und auch der Feuerwehrowagen konnte anschließend unbeschädigt seine Fahrt fortsetzen.

Wegen Kindesunterschlebung ist die 57 Jahre alte Gräfin Isabella Wasinska-Kiwiloda hier verhaftet worden. Sie will mit 61 Jahren einen Sohn geboren haben, der jetzt sechs Jahre zählt. Von der Verwandtschaft wird jedoch behauptet, daß dies Kind untergeschoben sei, damit der Familie das Majorat erhalten bleiben solle. Ein Prozeß, der vor zwei Jahren in der Sache geführt wurde, hatte kein Ergebnis, jetzt soll jedoch soviel Material gesammelt worden sein, daß die Verhaftung gerechtfertigt erscheint.

Ein schwerer Unfall wurde gestern nachmittag durch einen Postwagen herbeigeführt. Der bei der Großen Berliner Straßenbahn angestellte Streckenwärter Bajdulowitsch war in der Apostel-Kaulenstraße auf der Geleisestrecke thätig, als ein Straßenbahnwagen herannah und er zur Seite trat, um den Waggon vorbeizulassen. In diesem Moment kam ein schwerer Lastwagen der Postwagen Nr. 76 an dem Motorwagen vorbei. Der Streckenbeamte wurde von den Rädern erfasst und geriet unter die Räder des Postwagens. Er erlitt Verletzungen an beiden Füßen und am Kopf sowie eine Quetschung des rechten Armes und mußte nach der Unfallstation in der Bahnhofstraße gebracht werden, wo ihm die erste Hilfe zu teil wurde.

Der Berliner Verein für Schulgesundheitspflege veranstaltet am Dienstag, den 3. Februar, abends 8 Uhr, im Bürgercafé des Rathauses einen öffentlichen Vortragsabend. Herr Dr. med. Eichholz aus London, His Majesty's Inspector of Schools, wird über: „Der Schwachmüßige in der Schule und später“, Herr Kreis- und Stadtschulinspektor Dr. v. Glöckl über „Charaktertypen schwachmüßiger Kinder“ sprechen. Göße sind willkommen.

Die Jakob Israel-Stiftung, Pensionskasse für die Angestellten der Firma R. Israel zu Berlin, sowie für deren Witwen und Waisen, hielt am Montag, den 26. Januar, ihre diesjährige ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende über die Finanzlage der Kasse kurzen Bericht und schloß mit dem Resultate, daß das Stiftungskapital von 200 000 M. sich um 385 670,63 M. erhöht hat, so daß die Kasse augenblicklich über ein Vermögen von 625 670,63 M. verfügt. Die Mitgliederzahl beträgt 488. Im verfloßenen Jahre wurden an Pensionen und Unterhaltungen 5004 M. gezahlt.

Feuerbericht. Donnerstagsabend gegen 7 Uhr wurde die Behr nach der Straßburgerstr. 18 gerufen, wo im dritten Stock in einer Wohnung Feuer ausgebrochen war, das Möbel und Kleiderstücke ergriffen hatte. Früh 5 Uhr hatte die fünfte Compagnie an der Fehrbellenerstr. 7 in einem Keller einen Brand zu beseitigen, der Strohhalm und andres Verpackungsmaterial ergriffen hatte. Gardinen gingen Mittwochsabend in der Wallenstr. 15 in Flammen auf, während in der Brunnenstr. 158 Wäsche in Feuer gefangen hatten. Zur selben Zeit wurde infolge mehrmaliger Meldung ein großes Löschaufgebot nach der Luisenstr. 25/26 gerufen. Hier war in der Maschinenfabrik von C. Weiler ein Ballon mit Benzin geplatzt. Die Gefahr konnte indes leicht beseitigt werden, weshalb die Löschkräfte in kurzer Zeit wieder abrufen konnten. Kleinere Brände beschäftigten die Behr in den letzten 24 Stunden noch an verschiedenen andren Stellen.

Aus den Nachbarorten.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung beriet am Mittwoch nochmals die Vorlage betr. die Errichtung von Wärmehallen. Die Debatte darüber war, wie erinnerlich, in der Sitzung vorher wegen Beschlußunfähigkeit abgebrochen worden. Die Sozialdemokraten brachten einen Antrag ein, wonach das Abkommen mit dem Verein gegen Mißbrauch geistiger Getränke, dem der Betrieb übertragen ist, nur bis zum Schluß des laufenden Rechnungsjahres gelten und der Magistrat ersucht werden soll, im nächsten Winter im Innern der Stadt eine Wärmehalle zu errichten und den Betrieb in eigene Regie zu nehmen. Stadtv. Baake begründete diesen Antrag, indem er sich besonders gegen das immer mehr hervortretende Bestreben wandte, alle sozialen Aufgaben an Wohlthätigkeitsvereine gewissermaßen im Ramisch zu übertragen. Nach längerer Debatte wurde der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt, die Vorlage selbst mit einem Jauch Proze angenommen, der den Magistrat ersucht, für weitere Maßnahmen bezüglich Einrichtung von Wärmehallen auf Grund der in diesem Winter gemachten Erfahrungen rechtzeitig im Laufe des Sommers der Versammlung eine Vorlage zu machen. Eine lebhaft erörterte Vorlage, die auch auf die Vorlage betr. die Festsetzung von Schulgeldern, deren Inhalt bereits mitgeteilt ist. Der Berichterstatter, Stadtv. Duda, beantragte, das Schulgeld für die Gymnasien noch weiter zu erhöhen, als es der Magistrat beabsichtigt, und die Frage der Aufhebung der Vorhölzer und Errichtung derselben durch Hebung der Gemeindefunktionen überhaupt zurückzustellen; seine Anträge wurden sowohl vom Magistrat als von verschiedenen Rednern aus dem Hause heftig bekämpft. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Stadtv. Baake betonte die Notwendigkeit der Hebung der Volksschulen und regte an, die Mehreinnahmen aus der Erhöhung des Schulgeldes für Freistellen zu verwenden. Stadtv. Otto (lib.) beschränkte die Einsetzung einer aus Mitgliedern der städtischen Kollegien, Rektoren, Lehrer und Lehrkräften, bestehenden Kommission, welche sich mit der Frage der Revision des Lehrplans der Gemeindefunktionen beschäftigen soll. Zu einer Abstimmung kam es nicht; in der nächsten Sitzung soll eine zweite Lesung stattfinden.

Ein Bau-Unfall ereignete sich am Dienstagvormittag in Wilmersdorf, Regensburgerstr. 15, an der Ecke der Kaiser-Allee. Zwei mit Äxten beschäftigte Arbeiter hatten das Schuttbach soweit hergestellt, daß nur noch das Stimbrett anzunehmen war, als das Schuttbach brach und beide Arbeiter in die Tiefe stürzten. Während der eine sich das Gesicht vollständig zerquetscht, erlitt der andre schwere Verletzungen, so daß er mit einer Drohsche nach der Unfallstation gebracht werden mußte.

Ein eigenes Mieselgut hat die Gemeinde Treptow zu erwerben beschloßen. Es sind der Gemeinde in Klein-Gliethen 403 Morgen Landes zum Preise von rund einer halben Million zu diesem Preise angeboten und von der Gemeindevertretung als geeignet und preiswert anerkannt worden. Die Lössen, welche die Gemeinde durch Ankauf eines Mieselgutes auf sich nimmt, sollen durch allmähliche Amortisierung verringert werden. Der Beschluß ist noch infolgedessen von besonderer Bedeutung, als dadurch die langwierigen Verhandlungen zwischen Berlin und Treptow wegen Anschlusses des genannten Dorfes an die Berliner Kanalisation geshickert erscheinen, obwohl der Magistrat Treptow gegenüber weitgehendes Entgegenkommen bewiesen hat. Dem Anschlag gab der Hinweis auf die Ueberschüsse, welche andre Vororte aus ihrer Kanalisation erzielen und welche z. B. in Misdorf 14 000, in Steglitz 30 000 M. jährlich betragen.

Gerichts-Zeitung.

Zum Polizeikampf gegen die Streifen. Daß das Streifenwesen ein solches, mag man es durch allerlei polizeiliche Maßnahmen in seiner praktischen Handhabung auch noch so sehr erschweren, erlaubt und nach vor kurzem vom Reichsgericht als ein straflose Vorbereitung der ebenfalls zulässigen Arbeitsleistung er-

Nicht ist, scheint den Polizeibehörden noch immer nicht überall bekannt zu sein. Vor einigen Monaten erhielten die Kohleleger Polizeipräsidenten Berlin, der dahin ging, daß die Angeklagten großen Unfug verübt und Vergewaltigt erregt haben, daß sie die arbeitswilligen Kohleleger zum Streiken aufforderten und sie hierdurch belästigten. Das, was den beiden Kohlelegern zur Last gelegt und als großer Unfug charakterisiert wird, ist also die bloße Ausübung des Koalitionsrechts selbst, obwohl doch das Reichsgericht oft genug ausgesprochen hat, daß das, was durch Reichsgericht gestattet ist, nicht noch irgend einem andern Gesetz strafbar sein kann, mithin auch nicht großer Unfug ist. Die Angeklagten beantragten durch ihren Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Heinemann gegen den Strafbefehl richterliche Entscheidung. Sie führten aus, daß sie nur von dem ihnen durch § 152 der Gewerbe-Ordnung gewährleisteten Recht Gebrauch gemacht haben, daher nicht strafbar seien. Ueberdies fehle es an irgend einer Störung des Bestandes der öffentlichen Ordnung, so daß die Annahme des großen Unfugs entfalle. Wie selbstverständlich ist, mußten die Angeklagten freigesprochen werden, da sie, wie die Belastungszeugen selbst bekunden mußten, nichts andres getan hatten, als daß sie ihre Kollegen auf das Bestehen des Streiks aufmerksam machten. Das Gericht fand hierin nur die einfache Ausübung des Wesens der Koalitionsfreiheit und sprach die Angeklagten frei.

Ein Millionenschwindel beschäftigte gestern die vierte Strafkammer des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Braun. Auf der Anklagebank erschien ein Mann, der seinem Wehern und seinem Auftreten nach zu Quacksalbeien schloßt geeignet schien; er ist mit einem so schweren Sprachfehler behaftet, daß die Verhandlung mit ihm Schwierigkeiten bot. Der aus der Untersuchungshaft vorgeführte 37-jährige frühere Privatförster Alfred Henig ist der Sohn eines vermögenden Lehrers zu Herzberge an der Elbe. Er soll von Jugend auf ein zu Phantasieerei und Neugierde neigender Mensch gewesen sein. Mehrere Jahre lang stand er in den Diensten des Herzogs von Sachsen-Altenburg. Nach dessen Tode verlor er jeden Herz und beging dann ein schweres Verbrechen. Er gab in Rastenburg einen Geldbrief an die Dresdener Bank auf, der angeblich 78 000 M. enthalten sollte. Am Bestimmungsorte stellte sich heraus, daß der Brief nur Papierfälschung enthielt. Der Angeklagte hatte die Post für den angeblichen Verlust haftbar machen wollen. Dieser Betrug brachte ihm eine zweijährige Gefängnisstrafe ein. Im September 1891 brach er diese Strafe verbüßt. Er war natürlich mittellos und als geradezu rätselhaft bezeichnete es der Vorsitzende, daß es dem Angeklagten gelang, bald darauf als Eigentümer eines Gutes in Mecklenburg eingetragen zu werden. Von jetzt ab lebte der Angeklagte als „Rittergutsbesitzer“ in einem Hotel in Berlin. Es gelang ihm Schulden über Schulden zu machen. Im verflohenen Herbst setzte er einen argen Schwindel in Scene. Der Ingenieur Pamppe zu Hamburg hatte eine Erfindung auf dem Gebiete der Spiritusverwertung gemacht und sich diese patentieren lassen. Henig, der ihn gelegentlich kennen gelernt hatte, erbot sich, ihm beim Verlaufe des Patents behilflich zu sein. Er ließ durchblicken, daß er zu hochstehenden Personen in Beziehungen stehe und eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung und einem Einlagekapital von 2 Millionen zu gründen vermöge. Pamppe nahm das Anerbieten an und versprach ihm eine Provision von 10 Proz. des Kapitals. Nun trat der Angeklagte mit zwei größeren Industriellen in Verbindung und suchte sie für das neue Unternehmen zu erwärmen. Es gelang ihm dies auch dadurch, daß er einen Brief fälschte, der die Unterschrift des Grafen Solms-Baruth trug und worin dieser in Aussicht stellte, daß er sich mit einer Million Anteilsgeld an dem Unternehmen beteiligen würde. Die Verhandlungen waren schließlich dem Abschlusse nahe, da der Angeklagte noch mit zwei andern Briefen des Grafen Solms aufzuwarten mußte, von denen der letzte die feste Zusage enthielt, daß der Graf sich mit einer Million an dem Unternehmen beteiligen würde, wenn die Gründung bis zum 1. April 1903 perfekt geworden sei. Nach diesem Termin hatte er sich nicht mehr für gebunden. Inzwischen hatte der Angeklagte die beiden Industriellen fortwährend um Darlehen und Vorschüsse bedrängt und dies hatte Veracht erregt. Eine direkte schriftliche Anfrage bei dem Grafen Solms ergab, daß dessen Name gemißbraucht worden sei. Der Angeklagte wurde in Haft genommen und wegen Urkundenfälschung in drei Fällen zur Verantwortung gezogen. Das Verfahren wegen verschiedener Betrugsfälle ist gegen den Angeklagten noch in der Schwere. Im Termin bestritt der Angeklagte, daß er es auf einen Betrag im großartigen Maßstabe abgesehen habe, wie es seitens der Anklagebehörde angenommen wurde, er habe gehofft, daß das Unternehmen zu stande kommen und allen Beteiligten Glück bringen würde. Gerichtspräsident Dr. Puppe wurde über den Geisteszustand des Angeklagten vernommen. Er begutachtete, daß derselbe zwar erlich belastet und deshalb geistig minderbewertet sei, indessen könne keine Rede davon sein, daß seine freie Willensbestimmung bei der Begehung der strafbaren Handlungen ausgeschlossen gewesen sei. Der Staatsanwalt führte aus, daß die ganze Art, wie die Straftat ausgeführt sei, die Zuhilfenahme von mildern Umständen nicht zulasse, er beantrage, den Angeklagten wegen schwerer Urkundenfälschung in drei Fällen mit zwei Jahren Zuchthaus und dreijährigem Ehrverlust zu belegen.

Der Gerichtshof nahm nach dem Antrage des Verteidigers nur eine einzige Handlung als vorliegend an und verurteilte ihn unter Zuhilfenahme von mildern Umständen zu drei Jahren Gefängnis.

Verfammlungen.

Deutscher Buchbinder-Verband. Die Jahrsliste Berlin hielt am Dienstag ihre Generalversammlung im Schwereichthaus ab. Aus dem Jahresbericht, der gedruckt vorlag, ist zu ersehen, daß die Organisation trotz der Krisis gute Fortschritte gemacht hat. Die Jahrsliste hatte am Jahresanfang 8786 Mitglieder, darunter 1884 weibliche, gegen 3426 im Jahre zuvor. Für Arbeitslosen-Unterstützung wurden im verflohenen Jahre 11 811,10 M. ausbezogen, gegen 13 110,85 M. im Jahre 1901; für Unterstützung Gemahregeliefer 553,30 M. Außerdem hat die Ortsverwaltung in 23 Fällen Unterstützungs- und in 17 Fällen Darlehensgesuche bewilligt. Im Arbeitsnachweis meldeten sich 3497 Kollegen, darunter 1336 weibliche, arbeitslos; verlangt wurden 1132 Arbeiter und 1849 Arbeiterinnen, zusammen also 2981; besetzt wurden 2026 Stellen, darunter 1055 durch Arbeiterinnen. Die Buchbinder-Jahnnung hat durch den Gesellenauschuss an die Ortsverwaltung das Erfuchen gerichtet, den Arbeitsnachweis zu einem paritätischen anzugestalten; die Meister wollten nach einen Teil der Kosten übernehmen. Inzwischen machte der Vertreter des Centralvereins für Arbeitsnachweis den Vorschlag, den zu gründenden Nachweis dem Verein anzugliedern. Eine kom-

missive Werkbuden-Delegierten-Sitzung hat sich im Prinzip mit der Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises einverstanden erklärt und die Ortsverwaltung sowie den Gesellenauschuss beauftragt, die Verhandlungen zu führen. In mehreren Werkbuden, namentlich in der Kartonbranche, wurden teils durch Arbeitsniederlegung, teils durch Verhandlung Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erzielt. Ein Streik, und zwar der bei der Kartonfabrik War Med, ging verloren. — In den verschiedenen Branchen wurde eine sehr lebhaftige Tätigkeit entfaltet. In der Buchbinder-Branchen wurde das Tarifschiedsgericht reger in Anspruch genommen, als im vorhergehenden Jahr, trotzdem lange nicht alle Tarifdurchbrechungen gemeldet wurden. In der Konfektions-Branchen fand eine Konferenz mit Vertretern der Branche aus Hannover statt zwecks Beratung eines Accordtarifs. Die Beschlüsse der Konferenz wurden von einer Accordarbeiter-Versammlung gutgeheißen. Eine Tarifkommission wurde gewählt. Die Etzarbeiter hatten am Anfang des Jahres unter einer außerordentlichen Arbeitslosigkeit zu leiden. In der Ledergalanterie-Branchen war die Konjunktur im verflohenen Jahre andauernd ungünstig, auch in der Album-Branchen ist der Geschäftsgang kein guter. In der Kartonbranche wird an der Ausarbeitung eines Tarifs gearbeitet. In der Lugschpapier-Branchen wurde die Agitation im allgemeinen durch den schlechten Geschäftsgang erschwert. Die Goldschmiedemacher konnten, weil die Branche sehr daniiederlag, keine großen Erfolge erzielen. Eine Kommission ist beauftragt worden, einen Tarif für die Branche auszuarbeiten.

Der Vorsitzende Brückner forderte im Anschluß an den Jahresbericht unter Hinweis darauf, daß die Arbeitgeber in der Buchbinderlei wahrscheinlich eine Herabsetzung des Tarifs planen, zu besonders energischer Tätigkeit für den Verband auf. — Der Kassenericht weist folgende Hauptsummen auf: Die Centralkasse schließt in Einnahme und Ausgabe mit 43 206,26 M. ab. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen einschließlich eines alten Bestandes von 2019,18 M., 12 960,89 M., die Ausgaben 8098,01 M., jedoch ein Bestand von 3987,88 M. verbleibt. Der Bestand des Extrafonds ist auf 11 675,09 M. angewachsen. — Dem Kassierer Lemser wurde einstimmig Decharge erteilt. — Der Bücherbestand der Bibliothek hat sich um 74 Bände, auf 1030 Bände erhöht. Ausleihungen fanden 3736 statt. — Die Neuwahlen zur Ortsverwaltung hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Brückner, 2. Richter; Kassierer Lemser; 1. Schriftführer Klar, 2. Friederici; Beisitzer: Waller, Joch, Frau Stoppel, Braun, Scholz, Reiche, Kämmer. Als Revisoren wurden Albert Lang und Gerhardt gewählt; in die Bibliotheks-Kommission Paul Hoffmann, Reisinger, Heubredner und Emil Schmidt. — Der Tarifkommission wurden für ihre Tätigkeit 150 M. bewilligt. Das Gehalt des Bureaubeamten wurden um 104 M. jährlich erhöht. Ein Antrag auf Einführung einer Sterbunterstützung wurde auf eine im Februar stattfindende außerordentliche Generalversammlung verschoben.

Die Hausdiener-, Packer- und Geschäftslieferer-Vereinigung nahm in ihrer Generalversammlung am 21. d. M. den Rechenschaftsbericht des Vorstandes entgegen. Die Abrechnung des Kassierers ergab bei einer Einnahme von 1516,58 M., einer Ausgabe von 1233,89 M. einen Kassenbestand von 282,69 M. Die Neuwahl des Gesamtvorstandes zeitigte folgendes Resultat: Koch 1., Schmidt 2. Vorsitzender; Reiche Kassierer; Hilbert Schriftführer. Zu Revisoren wurden Friedrich Schwarz, Kaiser, zu Beisitzern sechs weitere Kollegen ernannt. Den Kartellbericht, an welchen sich eine lebhaft Diskussion schloß, gab Kluge.

Der Interessen-Verein der Eisenmacher hielt am 26. d. M. seine ordentliche Generalversammlung ab. Die Abrechnung vom letzten Quartal ergab eine Einnahme von 556,70 M., eine Ausgabe von 338,86 M.; der Barbestand beträgt 717,28 M. In Streit- und Mahnungsbüchlein wurden 3476,60 M. gezahlt. — Der Vorstand wurde beauftragt, in nächster Zeit eine Versammlung einzuberufen, welche sich mit dem eventuellen Anschluß an den Holzarbeiter-Verband beschäftigen soll. Der Referent soll vom Holzarbeiter-Verband sein.

Der Kampf gegen die Arbeiter-Turnvereine bezog die Maßnahmen der Schulrektoren und Lehrer gegen die Kinder, welche das Jugendturnen dieser Vereine besuchen, war das Thema einer gut besuchten Vollversammlung, welche am 28. Januar in Rixdorf tagte. Der Referent Stadterordneter Buhl kennezeichnete das Verhalten der Rektoren und Lehrer, welche den Schülern durch Strafandrohungen das Turnen in den der Schulbehörde nicht genehmen sogenannten roten Turnvereinen untersagen. Im ferneren Verlauf seiner Rede geißelte der Redner das völlig unmotivierte Verhalten der städtischen Behörden gegenüber den Gesuchen der Arbeiter-Turnvereine Rixdorf-Bezirk wegen Ueberlassung einer Schulturnhalle, die jedes Mal unter den wichtigsten Vorwänden abgelehnt wurden. In der Diskussion stimmten verschiedene Redner aus Berlin, Friedrichsberg, Weissenhof, Rummelsburg und Wlbershof dem Referenten zu. Man gab der Meinung Ausdruck, daß hier ein planmäßiges Vorgehen der Behörden konstatiert werden kann. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung protestiert ganz energisch gegen die Einmischung der Lehrerschaft in diese rein privaten Angelegenheiten der Eltern. Die Versammelten erklären ferner mit aller Bestimmtheit, sich in keiner Weise durch die von der Lehrerschaft betriebenen Maßnahmen beeinträchtigen zu lassen, sondern nach wie vor dafür zu wirken, daß den Turnvereinen, die sich in selbstloser Weise der Pflege der Leibesübungen annehmen, immer weitere Anhänger aus der Jugend zugeführt werden. Die Versammelten erwarten daher, daß die unberechtigten Maßnahmen seitens der Schulbehörden sofortigt wieder rückgängig gemacht werden.

Diese Resolution soll dem städtischen Schulvorstand sowie dem Magistrat zugestellt werden. Zu bemerken ist noch, daß von der Lehrerschaft niemand in der Versammlung anwesend war.

Treptow-Baumfäulnweg. Am 21. d. M. fand eine gut besuchte Versammlung des Wahlvereins statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung erbat die Versammlung in üblicher Weise das Andenken des verstorbenen Genossen Heim. Hierauf referierte Bernuth über: „Die politische Lage und die bevorstehenden Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse“. — Der Kassenericht für das 1. Vierteljahr ergab eine Einnahme von 105,13 M. und eine Ausgabe von 86,55 M., dem Kassierer wurde Decharge erteilt. In der Organisationsfrage Unter-Treptow wurde die Vorarbeit den dortigen Genossen übertragen. Des weitern wurde beschloßen, für Baumfäulnweg Sonnabends nach dem 1. jeden Monats einen Zahlabend im Restaurant Königshaid des Herrn Sanfleben stattfinden zu lassen. — Aufgenommen wurden 17 Mitglieder.

Rummelsburg. Die General-Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins fand am 27. d. M. in Hahn's Parks garden statt. Schul-Vorwissen referierte über die preussischen Landtagswahlen. Den Kassenericht gab Witterhof; die Einnahmen

des alten Bestandes betrugen 305,72 M., die Ausgaben 27 M. Die Zahl der Mitglieder betrug zu Anfang des Quers 308, jetzt ist der Verein 415 Mitglieder stark. „Der Angelegenheiten“ entwickelte sich wegen eines vor 2 Jahren geführten Streiks, wozu nur solche Mitglieder in den Vorstand wählten sind, die gewerkschaftlich organisiert sind, eine he Debatte, die zur Folge hatte, daß dieser Beschluß aufgehoben wurde. Am Schlusse wurden alle diejenigen aufgefordert, welche nicht Treuen sind, sich naturalisieren zu lassen, um sich an der Landtagswahl beteiligen zu können. Die Listen sowie die weiteren Ausführungen dieser Angelegenheit sind dem Genossen Prüfer übertragen und haben die Betreffenden sich dort zu melden.

Vermischtes.

Ueber den Tod des Fürsten Wolfgang zu Stolberg meldet das „Berliner Tageblatt“: Es ist fraglich, ob die Affaire Wolfgang Stolberg jemals völlig aufgeklärt werden wird. In Stolberg und Kottlitz wurde selbst, kann man sagen, glaubt kein Mensch an einen Unglücksfall. Es steht fest, daß an dem Tage, der dem mysteriösen Vorfall in Kottlitz vorüberging, die Eröffnung des Testaments des Fürsten Alfred stattgefunden habe. Leute, die Anspruch darauf machen, gut unterrichtet zu sein, behaupten, daß die Bestimmungen des Testaments das scharf ausgeprägte Selbstgefühl des Fürsten Wolfgang verlegen mußten. Dazu kommt, daß, wie ein Herr erzählte, der häufig in Schloß Kottlitz verkehrte, die Fürstin durch den Jähzorn und die plötzlichen Nebenbuhler ihres Gatten in letzter Zeit sehr beunruhigt wurde. Sie hätte wiederholt die Befürchtung ausgesprochen, es würde noch ein Unglück passieren. Noch mehr Nahrung finden diese Gerüchte durch die Berichte von Augenzeugen. Ein Mann, der bei der Auffindung der Leiche zugegen war, behauptete mit größter Bestimmtheit, daß sämtliche drei Käufe des Drillings abgefueuert waren. Derselbe Augenzeuge gab einen erschütternden Bericht über das Aussehen der Leiche. Die Schüsse hätten den oberen Teil des Kopfes vollkommen zerstört. Die untere Partie des Gehirns sei gelappt gewesen und hätte genötigt werden müssen. Gegen diese Darstellungen eines Augenzeugen können Einwände nicht erhoben werden, und es ist selbst den Leuten in Stolberg und Kottlitz, die gern an ein Unglück glauben möchten, unerklärlich, daß eine einzige Kugel solch' entsetzliche Verletzungen anrichten konnte. Und schließlich erhebt es den Leuten und Unbegreiflich, daß Fürst Wolfgang, den der Tod seines Vaters so tief erschüttert hatte, bez am Morgen seines Todes einer wichtigen Konferenz im Schloß Stolberg betheiligen sollte, gerade diesen Zeitpunkt zur „Jagd auf einen Silberfalken“ gewählt haben soll.

Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich gestern im Norden Amerikas, im Staate Arizona, zugetragen. 15 Meilen östlich von Tucson stießen zwei Personenzüge zusammen. Bis jetzt wurden noch zwölf Leichen unter den bei dem getrigen Eisenbahnzusammenstoß zertrümmerten Wagen aufgefunden, so daß die Gesamtzahl der Toten jetzt zwanzig beträgt.

Ein Lustmord. In der Rolkestraße zu Altona wurde in der gestrigen Nacht die Leiche einer Frauensperson von 25 bis 30 Jahren mit zusammengebundenen Händen aufgefunden. Die näheren Umstände lassen keinen Zweifel, daß es sich wiederum um einen Lustmord handelt. Die Hoffnung, in dem kürzlich verhafteten Keffalla den Urheber der Missetate der letzten Zeit gefunden zu haben, scheint demnach hinfällig.

Witterungsbericht vom 29. Januar 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C. u. F.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C. u. F.
Eintriede	750	SW	3	5	Dapartanda	782	SW	3	10
Hamburg	763	SW	3	5	Petersburg	761	SW	3	1
Berlin	763	SW	3	5	Coak	772	SW	3	8
Konigsbr.	772	SW	3	5	Hberbern	—	—	—	—
München	775	SW	3	5	Paris	776	SW	3	0
Wien	772	SW	3	5					

Weiter Prognose für Freitag, den 30. Januar 1903. Zunächst etwas kühler, etwas heiter bei ziemlich lebhaften westlichen Winden; später neue Erdoornung, Trübung und etwas Regen.

Partei-Expeditionen:

Berlin zweiter Wahlkreis: Hermann Berner, Mittelwalderstraße 30, v. part. — **Dritter Wahlkreis:** St. Fröh. Wenzelstr. 31, v. part. — **Vierter Wahlkreis O.:** Robert Wengels, Or. Neankfurterstr. 133, Hof part. — **SO.:** Paul Böhm, Langhagenstr. 14/15 (Laden). — **Sechster Wahlkreis (Kobalt):** Karl Händers, Salzweidelerstr. 8, im Laden. — **Wedding und Oranienburger Vorstadt:** Emil Stolzenburg, Bienenstr. 41/42. — **Rosenthaler Vorstadt, Gesundbrunnen, Reinickendorf (Ost und West), Wilhelmsruh und Schönholz:** Hermann Kaspale, Brunnenstr. 69, Hof part. I. — **Schönhauser Vorstadt:** Karl Mars, Kottbener-Allee 55/56. — **Alt-Gilencike:** W. Fries, Nordamerstr. 88. — **Charlottenburg:** Gustav Schwarzenberg, Sehenheimerstr. 1, Ecke Goethestraße, vorn I. — **Deutsch-Wilmersdorf:** W. Ridel, Wilmersstr. 108, part. — **Friedrichsberg-Friedrichsfelde-Wilhelmsberg-Bohenschönhausen:** Oswald Grauer, Berlin O., Neankfurter Allee 197. — **Grünau:** Gustav Riers, Köpenickerstr. 21. — **Rixdorf:** O. Hermann, Brigg Danzigerstraße 7, im Laden. — **Schöneberg:** Wilhelm Bäumer, Berlin-Lutherstr. 51, Laden. — **Ober-Schöneweide:** Richard Jürl, Edisonstraße 4, vorn 2 Treppen. — **Nieder-Schöneweide:** Bonkowski, Berlinstr. 8. — **Johannisthal:** Paul Mann, Bismarckstr. 7. — **Adlershof:** Gustav Dike, Gadenbergstraße 8. — **Köpenick:** Friedrich Bold, Grünstr. 29. — **Friedenau-Steglitz:** H. Versee, Rixstr. 15 in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: H. Mohr, Däpplerstr. 8, und H. Schellhake, Rhenstr. 15a. — **Baumfäulnweg:** Stof, Ernststr. 2. II. — **Neu-Weissensee:** Joseph Rein, Fiedrichstr. 38, Ecke Streustr. — **Rummelsburg:** Fergbert, Prinz Allee 5a. — **Pankow:** R. Rummert, Altonaerstr. 43.

Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werte dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.

Bitte ausschneiden. Mein diesjähriger Maskenball findet am 7. Februar statt, wozu Freunde und Bekannte freundlichst einlade. W. Keller, Köpenick, „Wilhelmshof“.

Weimarer Geld-Lotterie

Ziehung schon nächsten Dienstag. 4840 Gewinne im Betrage von **60 000, 30 000, 10 000** etc. etc. bar ohne Abzug zahlbar. Lose zum Originalpreise a 3 Mark (ohne Aufgeld).

Porto und Liste 50 Pfg.

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

G. m. b. H. Bankgeschäft, Berlin W., Friedrichstr. 181.

Filialen: NW., Wilsnackerstr. 63. O., Andreasstr. 46a. SO., Oranienstr. 177.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Zeit in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Ed. Glöck in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts-Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.